

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsblätter, Die Neue Welt 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Gallizien, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. Kleine Anzeigen, das selbige Wort 20 Pfg. (zünftig 2 selbige Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Wahn und seine Lenker.

I.

Paris, 5. März. (Fig. Ver.) Der heutige Ministerrat hat beschlossen, die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit vorzuschlagen. Dies war zu erwarten und die gestrige Sitzung des obersten Kriegsrats selbst mit ihrer Einstimmigkeit war nur eine Formalität, die allerdings mit ihrer offiziellen Unterordnung des Regierungswillens unter die Säupter des Militarismus ihre politische Bedeutung hatte und überdies die Stimmung der Bevölkerung zugunsten der bedrückenden reaktionären Maßregel beeinflussen sollte. Das Dementi, das Briand noch vor ein paar Tagen den Meldungen der imperialistischen und nationalistischen Presse entgegengesetzt hat, ist also durch die Tatsache selbst widerlegt worden. Das soll nun nicht etwa belegen, daß Briand bewußt die Unwahrheit gesagt habe — das hätte ja auch angesichts der kurzen Frist, die bis zur Entscheidung offen stand, gar keinen Zweck gehabt. Man kann schon glauben, daß der „Temps“ früher erzählt, was der Kriegsminister Herr Etienne will, als Etienne eigener Chef. Und die Etienne und Genossen, die Großprofitmacher der Kriegsindustrie und die Meister der Kriegergilde halten sich heute für die unangreifbaren Herren der Republik. Wer nicht in den Reigen vor Molochs Altar eintreten will, muß sich darauf gefaßt machen, als Vaterlandsverräter in Bann getan zu werden. Briand und seine Kollegen haben keine Lust, die Märtyrer der radikalen Demokratie zu werden. Das wilde Geschrei der militaristischen Presse kann auch ihnen als „Volkstimme“ vorkommen. Sind doch selbst manche unter den Doktrinären des radikalen Republikanismus unsicher geworden und wollen abwarten, wie sich die Stimmung der Volksmassen in Wirklichkeit entwickelt — oder wie sie es nicht gerade überhört ausdrücken, ob die Informatoren von Hoch, die der Regierung zur Seite stehen, die Unentbehrlichkeit des dritten Dienstjahres unwiderleglich nachweisen werden. Das die vom Kaiserneid beherrschten Generale einen schon hergerichteten „Beweis“ liefern werden, ist nicht zweifelhaft — aber seine überzeugende Kraft hängt in hohem Maß mit der Meinung der Massen über die Verlängerung der Dienstzeit und mit dem Eindruck der Argumente zusammen, die die sozialistische Partei in einer gewaltigen, der nationalistischen Verleumdung lähn die Stirne bietenden Aktion gegen die militaristischen Anschläge dem ganzen Lande vorlegen wird.

Dies ist der Kampf, der in den kommenden Wochen die französische Politik beherrschen und alle übrigen Fragen — die Wahlreform und die Verteidigung der weltlichen Schule mit inbegriffen — in den Hintergrund drängen wird. Beide Parteien — das Jngotum wie die organisierte, sozialistische Arbeiterchaft — haben starke Trümpe in der Hand. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Chauvinismus und Imperialismus in den letzten Jahren in den bestehenden Klassen, in einem Teil der „Intelligenz“ und im Kleinbürgertum zugenommen hat. Die deutsche Auslands politik und vor allem der Meisterkrieg von Agadir tragen einen großen Teil der Schuld daran, wenn auch zugegeben werden kann, daß die Ideologie der Gewalttätigkeit und des nationalen und sozialen Faustrechts in allen Ländern der entwickelten kapitalistischen Kultur um sich greift. Dabei läßt sich auch nicht verkennen, daß sich der französische Nationalismus in einer Art tragischer Situation befindet. Seine Traditionen weisen ihn auf eine Hegemonierolle hin, die durch die neue europäische Staatenentwicklung ausgeschlossen ist und lassen ihn am zahlenmäßigen Wettbewerb mit dem deutschen Kasernenmilitarismus festhalten, trotzdem die zunehmende Bevölkerungsdifferenz zwischen Frankreich und Deutschland diesen Wettbewerb immer schwieriger macht und, wie unbefangene Beurteiler zugeben, zur vier- und fünfjährigen Dienstzeit und so unbegrenzt fortführen müßte, was in einem modernen Staat, der nicht etwa wie der spartanische auf Sklaventwirtschaft beruht, ein Unding ist. Die Sozialisten haben die Lösung gefunden, die in dieser gewiß schwierigen Lage auch in der Zeit der kapitalistischen Gabaier der Nation die Sicherheit verbürgt. Sie fordern die Einführung der Volkswehr, die einer Nation von 40 Millionen eine unzerbrechbare Kraft der Selbstverteidigung auch gegen einen an Bevölkerungszahl stärkeren Nachbar gewährt und Eroberungslüste, wie die, von denen die Nationalistenblätter faszeln, als Tollheit erscheinen ließe. Wie überall vertreten die Sozialisten auch in Frankreich mit dem allgemeinen Interesse der auf den Frieden angewiesenen Kultur das Interesse der Nation, die, im wachsenden Maß in die Kaserne gesperrt, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und namentlich auch ansteigend in ihrer Vermehrung gehemmt, in einen chronischen Krisenzustand geraten müßte, worin sie beim Ausbrechen eines internationalen Konflikts auch nicht den Enthusiasmus der für bedrohte Freiheitsgüter ankämpfenden Massen einzuheben hätte. Schon die dreijährige Dienstzeit wird die der Arbeitskräfte ermanelnde Industrie und Landwirtschaft in eine schwierige Situation bringen. Wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter und die Erschwerung des industriellen Wettkampfes mit den Nachbarstaaten ein nationaler Gewinn sein? Allerdings, den Leuten vom „Temps“ mag vorräuben, daß sich das kapitalistische Unternehmertum gegen diese Wirkung und gegen die Gefahr,

daß die Arbeiterschaft ihre durch die verminderte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verbesserte Situation zur Hebung ihrer Arbeitsbedingungen ausnützen könnte, durch neue Ausbeutungsmethoden, wie das Taylorische System, um das gerade jetzt in Paris ein größter Beachtung werter Streikampf geführt wird und durch verstärkten politischen Druck schützen könnte.

Die Aufgabe der Sozialisten ist also, den Volksmassen zu zeigen, daß die Sicherheit der Nation durch die allgemeine Volksbewaffnung besser verbürgt ist, als durch die verstärkte Belastung des einzelnen Bürgers mit Kasernendienst. Dabei muß sie aber gleichzeitig das Ideal der internationalen Arbeiterschaft offen der nationalistischen Phrase entgegenstellen. Hierbei ist aber die internationale Kooperation der französischen und deutschen Partei von höchster Bedeutung.

Jaurès gegen die Rüstungstreiber.

Paris, 7. März. Jaurès schreibt in der „Humanité“: Es war ein spontaner Ausschrei, der gestern aus dem Munde der Sozialisten erschallte, als die militarische Reaktion, verkörpert in der Gestalt Etienne es wagte, von der französischen republikanischen Demokratie zu verlangen, daß sie sich an einem leichtsinnigen und verderblichen Unternehmen beteilige, das Unsummen verschlingen muß und dem Volke nur neue Lasten auferlegt.

Die Vertreter der Arbeiterklasse werden sich von der Woge des rückwärtigen Militarismus und Chauvinismus nicht wegschwemmen lassen. Sie werden sich mit unbefiegender Energie dem verabschiedungswürdigen Plane der Reaktionäre widersetzen und gleichzeitig die praktischen Mittel bekanntgeben, um die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Landes gegen jeden Zufall, gegen jede Drohung schützen zu können.

Das chauvinistische Aesteltreiben und die sozialistische Antwort.

Paris, 7. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Heerpresse tobt über die gestrige Demonstration in der Kammer und variiert das Thema von den vaterlandslosen Gefellen. Das „Echo de Paris“ greift Jaurès und den Exminister Augagneur an, die im Heeresauschuß die Forderung stellten, vorerst die Vorlage über die 500 Millionen zu beraten und durchzusetzen, daß die Kommission den Dienstag abwartet, ob der Budgetauschuß den Bericht darüber erstattet, um in diesem Falle die 500 Millionen-Vorlage vor der Vorlage auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu beraten. Das „Echo de Paris“ ist erboßt, daß Jaurès im Prinzip siegte. Indes wird der Heeresauschuß zur Beschleunigung täglicher Sitzungen abhalten. Voraussichtlich wird der Referent einen Bericht von einigen Zeilen vorlegen und die unverzügliche unveränderte Annahme der dreijährigen Dienstzeit fordern. Wenn die Opposition die Annahme vor Diern verhindern sollte, werden die Osterferien verkürzt. Die Regierung will das Gesetz noch vor dem 15. April, an welchem Tage die Generale zusammentreten, durchbringen. Sie hat es so eilig, weil sie eine Ernüchterung der suggerierten Massen durch die sozialistische Propaganda fürchtet. Der „Temps“ versucht den angeblichen Patriotismus der deutschen Sozialdemokratie nachzuweisen, indem er auf die Reichstagsreden der Genossen Stüden, Noske, Daale und Bradnauer hinweist, die im Falle eines Angriffs die Verteidigungsbereitschaft für das Reich erklärt haben sollen. Die „Liberté“ wirft die Frage auf, ob der Kriegsminister die nationale Verteidigung vorlegen dürfe.

Gestern begannen in der Provinz die Demonstrationen. An einer Versammlung in St. Denis unter Vorsitz des sozialistischen Gemeinderats nahmen 4000 Personen teil. Es redeten die Deputierten Rouger, Raffin und Dugens. Die Darlegungen des Genossen Pohl über den deutschen Antimilitarismus gegenüber den ausgetreuten Verleumdungen riefen unter den Versammelten stürmische Zustimmung für das Vorgehen der Sozialdemokratie nach.

Ein sozialistischer Abrüstungsantrag.

Paris, 7. März. (W. L. V.) Die sozialistische Fraktion wird einen Resolutionsentwurf einbringen, in dem die Regierung aufgefordert wird, den europäischen Staaten eine progressive, gleichzeitige Herabsetzung der Rüstungen vorzuschlagen.

Geschäft und Politik.

Wir Sozialdemokraten können es — glücklicherweise! — den Gegnern nie recht machen. Entwickeln wir für irgendeine Einzelfrage der Politik unsere sozialistischen Grundzüge, die für ihre Beurteilung von entscheidender Bedeutung sind, so find wir Utopisten, Theoretiker, unpraktische Weltverbesserungsschwärmer. In dieser Konart bewegte sich im wesentlichen die Kritik, die sich unser erster Redner zum Kolonialetat, Genosse Penke, hat gefallen lassen müssen. Graßen wir aber in das Wesen der kapitalistischen Geschäftspolitik der Lantienen-, Dividenden- und Aufsichtsratsgewinnliebe, der Börsenjobber-, Panzerplatten- und Kolonialprofite hinein, und greifen wir dabei so fest, wie es nach einem alten Erfahrungssatz bei Griffen ins Wespennest geschehen muß, so heulmeiert die ganze verschwürzte und berschwägerete Gesellschaft der bürgerlichen Geschäftspolitiker von links

bis rechts im schönsten „Webe“ tone des antiken Chorus über die Rücksichtslosigkeit der sozialdemokratischen Kritik.

Dieser Chorgesang erfüllte schauerlich das hohe Haus, als am Freitag ein geächteter Geschäftspolitiker par excoellence, der hinreichend wegen seiner interessanten und interessierten Kolonialpolitik verdächtige Hamburger Rechtsanwalt Dr. Semler die bürgerliche Mehrheit wegen einer ihm widerfahrenen Züchtigung anjammerte.

Unser Genosse Dr. Weill war es gewesen, der der Rake die Schelle umgehängt hatte. Weill wandte sich gegen die berüchtigten Konzessionsgesellschaften in den Kolonien. Er ging davon aus, daß der Reichstag fast einhellig und ebenso die Regierung sich öfter gegen das Unwesen des Konzessionsgesellschaften, die die Handelsfreiheit zugunsten der konzessionierten Seutepolitiker unterbinden, ausgesprochen hat. Obwohl die Regierung gelegentlich der Reuerwerbungen in Äquatorialafrika der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß die Mißhände unter der deutschen Gerichtsbarkeit verschwinden würden, sei davon noch nichts zu spüren. Man dürfe auch nicht allzu festes Vertrauen auf die Regierung setzen, da sich diese an Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Konzessionsgesellschaften beteiligt und dadurch diesen Gesellschaften den Rücken gestärkt habe. Als Mittelmann bei diesen Verhandlungen ist der Reichstagsabgeordnete Semler tätig gewesen, und bei diesen Verhandlungen ist auch als auf einen besonders wichtigen Umstand auf die Tatsache hingewiesen worden, daß Semler Mitglied des Reichstags und Referent des Reichstags für das Reichskolonialamt ist.

Genosse Weill hatte diese an sich leider nicht neuen Beziehungen zwischen der Tätigkeit Semlers als Mitglied des Reichstags und Referenten für das Kolonialwesen auf der einen Seite und seiner geeigneten Tätigkeit als kaufmännischer Rechtsanwalt in Hamburg und als Teilhaber an kolonialen Gründungen auf der anderen Seite in durchaus schälicher Weise zur Sprache gebracht; das Kente daran waren die interessantesten Belege, die Genosse Weill für die besonders lebhafteste Beteiligung Semlers an den besonders interessanten Fusionen zwischen deutschen und französischen Konzessionsgesellschaften dem Reichstags vorlegte. Gewiß ist das keine angenehme Aufgabe, es gibt erhebendere Aufgaben im Dienste des deutschen Volkes zu erfüllen. Aber es ist leider eine sehr wichtige, eminent praktische und eminent zeitgemäße Aufgabe für einen Reichstagsabgeordneten, sofern er bemüht sein will, das deutsche Volk nach besten Kräften vor einer allzu skrupellosen Ausbeutung durch smarte Geschäftsmänner zu bewahren.

Nach unserem Genossen Weill hätte eigentlich der Nationalliberale Paasche zu Wort kommen müssen. Er verzichtete aber zugunsten seines Parteifreundes Semler. Dieser Redere wollte augenscheinlich nach dem an sich nicht zu verachtenden Federgrundsatze, der sich in die beste Parabe, vorgehen. Aber wenn ein solcher Fieb, für den mächtig ausgeholt wird, durch die leere Luft jault, so wirkt er um so lächerlicher, besonders wenn der ungeschickte Feder hinter seinem eigenen Lusthiebe herstolpert. Herr Semler nahm den Mund voll — so voll, ach! — und setzte eine stolze Miene auf — so stolz, ach! — und schimpfte wie ein Kohrpsay auf die Sozialdemokraten, die sich an ihm nur rächen wollten, weil er sie am Tage zuvor in einer Rede angegriffen habe. Dabei konnte der vollste Pund und die eiserne Stütze doch niemanden darüber täuschen, daß diesem geschäftskundigen Politiker das Herz im Busen bebte, weil plötzlich klar vor aller Welt zu tage lag, was er so gern unter dem Schleier der Heimlichkeit verborgen gehalten hätte.

Genosse Weill gab ihm eine Antwort, kurz, scharf, schlagend, unwiderleglich, eine Antwort, die den bürgerlichen Chorus zum völligen Schweigen brachte und Herrn Semler selbst so völlig matt setzte, daß er mit keinem Worte auf diese vernichtende Abfuhr zu erwidern wagte. Dabei war Weill auch dieses Mal wieder durchaus sachlich und erklärte nochmals mit vornehmer Heberlegenheit, daß es sich für uns Sozialdemokraten nicht um Herrn Semler als Person und um seine Privatgeschäfte, welcher Art sie auch immer sein mögen, handle, sondern um die Tatsache, daß die Regierung die Konzessionsgesellschaften nach wie vor begünstige, und daß ein deutscher Reichstagsabgeordneter, der Referent des Reichstages für Kolonialangelegenheiten ist, seine Hände in die Geschäfte dieser Konzessionsgesellschaften stecke.

Dieser aufregenden Schlußzene der Freitagssitzung war eine mehrstündige Debatte über die Kolonien im allgemeinen vorangegangen. Zuerst hatte Genosse Koste aus guter langjähriger Kenntnis der Kolonialangelegenheiten herous eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Rednern der ersten Runde gehalten. Mit besonderer Schärfe ging er gegen den bekannten Herrn v. Liebert vor, der sich auch an kolonialen Gründungen beteiligt und durch seine Unterzeichnung von Schwindelprojekten dazu beigetragen hat, daß zahlreiche gutgläubige Leute um ihr Geld gekommen sind. Koste wies ferner die törichtsten Redensarten über die angebliche Unruchbarkeit der sozialdemokratischen Kritik an der deutschen Kolonialpolitik zurück. Daß der Staatssekretär guten Willen hat, erkannte Koste an; aber nicht auf den guten Willen und auf schöne Versprechungen, sondern auf Taten kommt es an. Und die müssen erst noch abgewartet werden. Für eine wirkliche Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung der Schwachen und Unterdrückten in den Kolonien wird die Sozialdemokratie wie bisher so auch in Zukunft eintreten.

Der abgeflagte Generalstreik.

* Aus Wien wird uns vom 6. März geschrieben: Im letzten Augenblick hat die ungarische Sozialdemokratie den Generalstreik, den sie auf dem außerordentlichen

Parteitage beschlossen und für den sie durch Wochen gerüstet hatte, aufgegeben und abgesetzt, in einer Weise abgesetzt, die bei Freund und Feind Verblüffung erregt hat. Die Gründe, die die Parteileitung für ihren Entschluß ins Treffen führt, haben ohne Zweifel starkes Gewicht; es ist wohl wahr, daß die parlamentarische Opposition im Abgeordnetenhaus verjagt hat, und daß die militärischen Vorführungen den Schluß zuließen, daß es den Machthabern gar nicht unwillkommen wäre, den proletarischen Widerstand gegen ihr Schandwerk in Blut und Tränen zu erstickten. Aber durchschlagend sind diese Gründe dennoch keineswegs. An sich ist schon der Gedanke, den Generalstreik der Arbeiter von dem Grade der Entschlossenheit und Tapferkeit einer bürgerlichen Opposition und gar einer so bunten zusammengewürfelten, wie es die „verbündete“ des ungarischen Reichstages ist, abhängig zu machen, ganz verfehlt; da hätten die Arbeiter vorantürmen müssen, und da hätten sie die Opposition im Parlament schon mügerissen. Hätte die Parteileitung den Generalstreik am Montag früh proklamiert und hätte er von da an seine Wirkungen gezeigt — was schon deshalb das Logische gewesen wäre, weil der Streik, der die Verhandlung der Wahlreform zu hindern bestimmt war, doch schon vor Beginn dieser Verhandlung wirksam hätte werden müssen —, so wäre es der Opposition im Parlament natürlich nicht möglich gewesen, ihren Kampf auf die merkwürdige Rede zu reduzieren, mit der Graf Apponyi in ihrem Namen eine platonische Rechtsvermahnung abgegeben hat. Ueber die Aussichten des Generalstreiks, der unterlassen worden ist, Prophezeiungen anzustellen, ist natürlich eine billige und unfruchtbar Sache; aber dennoch darf gesagt werden, daß selten ein Kampf solche Aussichten auf unmittelbaren Erfolg bot wie der Budapest Generalstreik. Eigentlich hat für ihn alles gesprochen. Das Proletariat vertritt hier eine Forderung, die gar keine spezifische Klassenforderung der Arbeiterklasse ist, die vielmehr, man kann es nicht anders bezeichnen, eine staatsliche und gesellschaftliche Notwendigkeit darstellt, deshalb eine Forderung des gesamten Volkes ist. Es führt den Kampf um die demokratische Wahlreform unter der lebhaftesten Zustimmung des gesamten Bürgertums. Es kann sich dabei auch auf das feierlichste Versprechen der Krone berufen. Und ihm steht eine Regierung gegenüber, die moralisch ganz abgewirtschaftet hat, die von Wien nur aus gemeinen Geschäftsberedungen gehalten wird, die innerlich schon gefallen ist. Die Forderung der Regierungspartei schreitet ununterbrochen fort; man ist auch dort der gewalttätigen Diktatur des Tisza und der schamlosen Korruption des Lukacs gründlich satt. Das ist wohl eine Situation, in der ein energischer Stoß des Proletariats die Wendung herbeiführen kann, in der der Generalstreik die Wirkung hätte haben können, daß die Verhandlung der Wahlreform entweder unterbleibt, oder daß die Regierung mannigfache und nicht unbedeutende Verbesserungen hätte zugehen müssen. Nun ist der Kampf um die Wahlreform zu Ende, sie wird in Budapest unverändert beschlossen werden, und das ist eine politische Situation ergibt, die der Krone die Möglichkeit bietet, die Sanktion zu verweigern, ist recht unwahrscheinlich. Die Abjagung des Generalstreiks bedeutet wohl, daß ein geschichtlicher Moment verjagt wurde.

Nun wäre es natürlich billig, den ungarischen Genossen Rempfe zu machen und ihnen vorzurechnen, welche Fehler sie gemacht haben, wie schädlich insbesondere ihr Zusammengehen mit der bürgerlichen Opposition gewesen ist, wie es ja überhaupt keine Kunst ist, beim Nützlichem großer proletarischer Aktionen die „Rettung“ nachträglich herauszufinden und mit ihrer sauberen Aufzeichnung sich großzutun. Nur eben, daß diese Kritik vergiftet und überflüssig, welche Leistung der ungarischen Sozialdemokratie zugemutet wird, wenn ihr von dem „Verbündeten“ mit der parlamentarischen Opposition abgeraten wird; daß sie in einem agrarischen Lande, in dem die industrielle Arbeiterklasse eine verschwindende Minorität ist, nicht etwa bloß die Führung des Wahlrechtskampfes inne haben sollen, nein, daß sie diesen Kampf allein führen müssen und ihn derart am gewissen gewinnen würden! Die eigentliche Wahrheit über den abgefolgten Generalstreik ist wohl die, daß die Partei, als sie den Gedanken in die Massen warf und den außerordentlichen Parteitag zum Zwecke der Beschließung des Generalstreiks einberief, der Meinung oder der Hoffnung war, es werden, bevor zu dem letzten Mittel gegriffen werden müsse, schon die gewöhnlichen Kampfmittel die Wendung herbeiführen: den Sturz der reformfeindlichen Regierung und das Entstehen einer politischen Situation, in der die Wahlreform, wenn sie die Forderung des arbeitenden Volkes auch nicht restlos erfüllt, so doch so viel demokratischen Gehalt empfängt, daß man sie als Abschlagszahlung, als Etappe hinnehmen kann. Es wäre wohl auch in normalen Zeiten so gekommen, und daß es nicht so gegangen ist, wie man es immerhin erwarten durfte, daß die Lukacs und Tisza noch immer gehalten werden, und ihnen gestattet wird, daß sie gleichsam den Raub in die Scheune bringen, hat wohl keinen eigentlichen Grund in der gespannten auswärtigen Lage, in der seit Monaten schleichenden Kriegsgefahr, die Aenderungen in der inneren Politik nicht hold ist. Die Zeit der Kriegsgefahr ist für proletarische Kämpfe eben keine günstige Zeit, und in Ungarn kann viel geschehen, was in Staaten, wo der Monarch im Lande weilt, vielleicht nicht möglich wäre. Ein König, der in Budapest wohnt, könnte kaum einen Ministerpräsidenten halten, von dem gerichtlich nachgewiesen ist, daß er ein Dieb und Gauner ist; der König außer Land, den an „seinem“ Ungarn nur interessiert, daß es rechtzeitig und viel Rekruten liefert, braucht sich von moralischen Bedenken nicht stören zu lassen. Der Fehler ist nicht, daß die ungarischen Genossen den Generalstreik beschlossen haben; der Fehler ist, daß sie den Mut der Tat nicht hatten, als alle übrigen Mittel erschöpft waren und kein anderes übrig blieb als die proletarische Revolution der Straße.

Betrogen sind die ungarischen Rechtslosen freilich zu allererst von ihrem König, und es ist wirklich die höchste Ironie, daß der König, der vor acht Jahren den Gedanken der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in die Massen warf, nun damit einverstanden war, daß in die Massen, die nur die Königsforderung vertreten, nun Pulver und Blei „geworfen“ werde. Aber die Welt ist rund, und in Ungarn dreht sie sich gar besonders rasch: das allgemeine Wahlrecht, das man jetzt mit der Schandreform des Lukacs verbündet und parodiert, wird von der Tagesordnung des ungarischen politischen Lebens nicht mehr verschwinden. Auch in Oesterreich hoffte man mit der fünften Kurie das allgemeine und gleiche Wahlrecht von der Einführung für immer abzuschneiden, und nach zehn Jahren war es eingeführt! So wird es auch in Ungarn gehen, daß der abstrusen Formen

und der Herrschaft der Oligarchen überlast ist und überhaupt reif zur Europäisierung seiner politischen Dinge. In diesem Kampfe, der schon entbrannt ist, wird der Sozialdemokratie die wichtigste Aufgabe zufallen, und der abgefasste Generalstreik wird sie lehren, nichts zu unternehmen, was sie nicht leisten will und alles zu leisten, was zu leisten sie sich vornimmt.

Annahme der Schandreform.

Budapest, 7. März. Die Wahlreformvorlage ist heute vom Abgeordnetenhaus angenommen worden.

Der Balkankrieg.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 6. März. In Kreisen der Pforte wird erklärt, daß die Friedensverhandlungen sich auf gutem Wege befinden, weil man Grund habe zu glauben, daß die Balkanstaaten mehr mit sich reden lassen würden. Das Blatt „Yssam“ kommt zu dem Schluß, daß der Friede unzweifelhaft nahe bevorstehe, wenn die Entschädigungsfrage leicht gelöst würde. — „Alemdar“ tadelte in einem augenblicklichen von jungtürkischen Kreisen inspirierten Artikel die Haltung des Großwesirs in der Friedensfrage und erklärte, der Großwesir müsse entweder das Kriegsglück noch einmal versuchen, um vorteilhaftere Friedensbedingungen zu erlangen, oder die Macht denjenigen überlassen, die sich für fähig halten, eine solche Verantwortung zu übernehmen. Man brauche eine Regierung, die mehr Kompetenz habe, sei es zum Frieden oder zum Kriege.

Heute nachmittags liefen hartnäckig Gerüchte um, daß der Großwesir die Absicht kundgegeben habe, zurückzutreten. Die Gerüchte werden amtlich dementiert.

Rumänien und Bulgarien.

Wien, 7. März. Privatmeldungen aus Bukarest zufolge akzeptierten die Großmächte den Standpunkt der rumänischen Regierung hinsichtlich der Durchführung der Mediation. Prinz Ghika reist nach Petersburg, wo eine Balkanunion sich ausschließlich mit dem rumänisch-bulgarischen Konflikt befassen wird.

Eine Falschmeldung.

Wien, 6. März. Die Meldung der „Neuen Freien Presse“, daß der türkische Kreuzer „Hamidiye“ in der Nacht von Sagio Dros drei griechische Transportschiffe in den Grund gehohlet habe, ist unbegründet.

Amnestie.

Ran schreibt uns aus Petersburg:

Die Amnestie des Amnestiegesetzes, die mit Sicherheit vorauszu-sehen war, ist nun eingetroffen. Ueber den Charakter der und bevorstehenden „Gnaden“ waren wir uns vollständig im Klaren: Am Vorabend der Amnestie wurden in Petersburg in den Arbeitervierteln Massenversammlungen vorgenommen und gleichzeitig erhielt die sozialdemokratische Demozentrale eine telegraphische Nachricht aus Wolgda, daß von dort 11 politische Verbannene — in der Erwartung des „Gnadenaktes“ — ganz plötzlich freigelassen und nach einem der entlegensten Winkel des Gouvernements abtransportiert wurden, darunter eine Frau in den letzten zwei Monaten der Schwangerschaft, mittellos und ohne warme Kleider, und noch drei ernst kranke Frauen. So wurde die Amnestie eingeleitet.

Und jetzt lauten alle Kirchenglocken. . . Auf dem Kewski prächtige Zelte, von hohen Wägen webende Plagen, Laubgewinde, Lampen usw. Schon in aller Frühe hatten wir in den Zeitungen den uns beherzten „Gnadenakt“ schwarz auf weiß vor Augen. Orden und Auszeichnungen, Kaiserporträts in diamantbesetzten Rahmen als Geschenke, einen Scafenstift an einen Baron — nur verurteilte Rebellen können mehr verlangen! Aber es folgt wirklich noch mehr: Erlaß von allerhand Steuerrückständen — deren Einklassierung völlig ausstehend war —, großer Zuschuß an die Unterstufenklassen des Adels, Verfügung über Wiederaufnahme eines Teils der relegierten Unschuldslämmler aus den Reihen der Studierenden und manches andere, das sich auf dem Papier breit macht, in Wirklichkeit aber völlig belanglos ist. So ist es z. B. eine leere Phrase, daß die bis zum Amnestietage zum Tode Verurteilten zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit „begnadigt“ werden — weil diejenigen, die es angehen konnte, von der unächtigen Regierung zeitig genug gehängt wurden. Nur literarische Verbrecher wurden gänzlich begnadigt. Die eigentlichen politischen Delikte sind von der Amnestie ausgeschlossen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma bleiben in Katorga und Verbannung. Der jüdische Arbeiter Weiss bleibt wie zuvor im Wiener Gefängnis; der Justizminister will von Petersburg aus gesehen haben, wie er einen Ritualmord beging; die örtlichen Behörden — die wahrlich auch nicht angezogen sind — sind darüber ganz anderer Meinung. Und wie echem wird in der weiten Taiga die Purga heulen und die einsamen Hütten der Verbannenen in tiefen Schnee versinken. . .

Ueberaus lehrreich an der Amnestiebewegung (wir hatten es mit einer wirklichen Bewegung zu tun) ist das Verhalten unseres fahenjammerlichen Liberalismus; es lohnt sich, darauf näher einzugehen. Seit Wochen leuchten die liberalen Seg- und Notationsmaschinen vor Anstrengung: Amnestie! Amnestie! Auch einige Stadträte fachten sich — natürlich vor dem Verbot der Regierung — ein Herz und beschloßen, um eine Amnestie zu petitionieren. Mit einemmal soll sich der Gedanke an eine Amnestie — verhängten die finsternen Handlanger der liberalen Zeitungsfabrikanten — aller Herzen bemächtigt haben; sie sei die brennende Aufgabe des Tages. Zu diesem Zweck wurde der russischen Regierung ein menschliches Gewissen angebläht, und diesem Gewissen wurde zugebetet, sich auf den Weg des Friedens zu begeben und die „großen Ungerechtigkeiten“ gutzumachen.

In diesem liberalen Gewinsel machten sich in erster Reihe die Interessen der Bourgeoisie selbst bemerkbar, vor allem — des Journalistenstandes. Von diesem liegen sich seinerzeit Hunderte — ermahnt vom sonnigen Licht der Freiheitstage — ziemlich hart hinreichen und leisteten ihre Tagesarbeit ohne die üblichen Schutzvorrichtungen. Natürlich waren die Folgen — schwere Verurteilungen nach § 120 des Strafgesetzbuches wegen Preßvergehen. Und bei diesen war die „Kur“ noch lange nicht zu Ende. Also in eigener Sache wurde agitiert.

Aber auch andere Schichten der höheren Klassen vertreten in der Amnestiebewegung ihre eigenen Interessen. Die viel: Söhne und Töchter höherer Gesellschaftsklassen verkommen in den wüsten Eisfeldern und Tundras, wie viele von ihnen werden in den Gefängnissen gemartert! Bourgeoisländer sind es ja, die in den letzten Jahren zu Tausenden aus den Hoch-, ja sogar Mittelschulen — weiß Gott, wofür — relegiert wurden. Diese große Armee bürgerlicher Kinder könnte nach einer Amnestie wieder ihre Ausbildung

fortsetzen —, haben nicht die vermögenden Klassen daran ein finanzielles Interesse? Aber auch die Väter dieser Kinder brauchten eine Amnestie. Viele von ihnen waren in den Jahren 1906 bis 1908 leider nur zu unvorsichtig. Sie konnten die Zukunft nicht voraussehen. Ja, bei manchem von ihnen war — wenn sie es selbst jetzt auch vorleugnen, wollen wir ihnen gerecht werden — der eigene Wunsch der Vater der Gewissheit, daß das Jünglein an der Wage weit noch links ausschlagen werde, und sie hätten daher so manchen eigenen leichtsinnigen Jungensschlag zu diesen mit systematischen Entbehrungen von Posten und Ämtern, verweigerter Pensionen, Zurücksetzungen und Schikanierungen aller Art. Und das einzige Heilmittel, das derartige Entsetzungen der Junge heilt und verzeihen macht, ist eben die Amnestie.

Es schließt mithin der Amnestiebewegung der großen Presse fast gänzlich der politische Gedanke; nicht um einen Kampf für eine bessere politische Zukunft handelt es sich dabei. Es äußerte sich hier eher eine hitzige Ungeduld mit der Bureaukratie, die in ihrer Borniertheit keinen Unterschied zwischen einem wirklichen Feind und einem zeitigen Sünden zu machen versteht und die Zahl ihrer Gegner mehrt, ohne sich etwas Mühe zu geben (auch es ginge ja so leicht!), diese in ihre Freunde zu verwandeln. Und deshalb der eitelste, einschmeichelnde Ton, das Augenzwinkern, daß es ja im Interesse der Regierung selbst liege, den Vagen nicht allzu hart zu spannen, und deshalb auch die abgeschmackten Beteuerungen, die Hälfte der „Unglücklichen“ bestiehe ja aus Unschuldigen. . .

Schon der Anlaß selbst zur Amnestiebewegung war zureichend genug. Bei solchen Feierlichkeiten erhält in der Regel der letzte Soldat in der Kaserne eine reichliche „Tscharka“ Bodla, die großen und kleinen Intendantengentlemen bekommen die Schlüssel zu ihren (wahrhaft ibern!) Speichern zurück, — und da sollte das Herz unseres Jubilars es an diesem Tage über sich bringen, Unschuldige weiter im Gefängnis schmachten zu lassen? Gewiß! Unser Jubilars läßt auch wirklich niemals — nach seinen Begriffen — Unschuldige im Gefängnis schmachten. Unbegreiflich macht er Gebrauch von seinem Begnadigungsrecht, wenn es sich um die ohnehin schon milde Aburteilung von Bogrombanditen und mordenden Offizieren handelt, oder um eine Thronstühle wie den Moskauer Statthalter Reinhold, der sich als Vorbellspululant, Begünstiger von Diebesbanden und dergleichen mehr entpuppte. In solchen Fällen ist unser Jubilars die personifizierte Güte. Auch den Mörder des Dumaabgeordneten Perkenstein ließ der Zar nicht im Gefängnis schmachten.

Wohlweislich wurde in den liberalen Amnestieklatschen ein zweites Jubiläum verdingelt, das mit dem dynastischen zusammenfällt, das zehnjährige „Jubiläum“ von Risikineff. . . Doch rosige Hände haben es nicht, schwarze Schatten zu malen. Und übrigens war es ja größtenteils jüdisches Blut, das damals in Strömen floss, und der russische Liberalismus hat es nicht allzu gern, über jenen Aderlaß wie auch über die gegenwärtige Lage der russischen Juden — die blutlose Mehelei, die tagaus, togein durchgeführt wird — jubelnde Worte zu verlieren. Für seine ästhetisch verfeinerte Seele ist dieses Thema einfach langweilig. Und seine politische Taktik heißt auch hier — abwarten!

Es wäre aber durchaus ein Irrtum, anzunehmen, daß die Amnestiebewegung aus den Interessen der Bourgeoisie allein herborgegangen war. Man dürfte dabei den freien Atem der politischen Aalebung, die im Lande im Anwachsen begriffen ist, auch wären einige Schichten der industriellen Bourgeoisie und speziell der Handelswelt nicht abgeneigt, die politischen Fesseln im Lande etwas gelöst zu sehen. Für diese — allerdings winzigen — Gruppen entsteht die Amnestiebewegung auch eine stumme, gedehnte politische Forderung, die große Spannung einigermaßen zu entspannen und den Weg einer mäßig liberalen Reform zu beschreiten. Und hierin lag ein nicht unbedeutendes politisches Symptom.

Und die Regierung! Es kam ihr plötzlich zum Bewußtsein, daß die Volksgroschen nicht vergebend werden dürfen, und sie ging ungeheuer sparsam mit der kostbaren Druckerzwärze um. Ihre Replikten widmeten der Amnestie denn und wann einige Zeilen, die sich jedesmal widersprochen: Sie kommt — kommt nicht — vielleicht wohl — ganz bestimmt nicht usw. O, wir glauben es der Regierung nur zu gern, daß sie sich nicht leicht zu etwas entschließen konnte, das ihr nicht vom schwarzen Hundert diktiert ward! Besonders wenn dies noch der Arbeiterklasse das Atmen erschweren könnte. Und doch konnte man mit Sicherheit auf eine natürlich kümmerliche Amnestie rechnen, und zwar weil sie vom Standpunkt der Regierung selbst erforderlich war. In den Gefängnissen — die überfüllt sind — mußte freier Raum geschaffen werden, weil absolut kein Platz für neue Gefangene vorhanden war. Schon um die rostige Polzeimachine einigermaßen in Ordnung zu bringen, mußte das überflüssige Menschentum aus ihrem Bereich entfernt werden, — um dann mit frischer Kraft das Land von den neuen politischen „Verbrechern“ zu säubern, die nun fast ausschließlich der Arbeiterklasse angehören.

Und wie verhielt sich das Proletariat zur Amnestiefrage? Selbstverständlich verlangt die Arbeiterklasse immer die Freilassung der politischen Gefangenen, nicht aber als Gnadenakt, sondern von Rechts wegen. Mit einem festesten Tatgefühl und einer erfreulichen Vornehmheit — wie das im russischen Martyrium für den Einzelnen zur Tradition geworden ist — hielt es die Arbeiterklasse Rußlands unter ihrer Würde, aus Anlaß der höflichen Freilichkeiten den Joren um die oder jene Gnade anzubetteln. Auch war es ja jedem entwickelten Arbeiter sonnenklar, daß nach den Freilichkeiten alles beim alten bleiben wird. Und diejenigen, die heute aus dem Gefängnis befreit würden, kämen morgen in dieselben Zellen zurück. Denn solange es Arbeiter gibt, müssen auch Arbeiterorganisationen — mit allen ihren Konsequenzen — existieren, und davon will die russische Regierung nichts wissen. So mancher hat schon den Kral als Amnestierter passiert, um bald darauf für analoge „Verbrechen“ von neuem über ihn zurück nach Sibirien zu wandern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März 1918.

Abgeordnetenhaus.

Mit Ruffen erregenden Enthüllungen über eine Person, mit der die preussische Regierung auf Kosten der Steuerzahler Geschäftsverbindungen unterhält, trat Genosse Hoffmann am Freitag im Abgeordnetenhaus hervor. Zur Beratung stand der Nachtragsetz, der die Summe von 6 Millionen zur Erwerbung des Grundstücks Königsgraber Straße 121 und Prinz-Albrecht-Straße 6 verlangt. Der Wert des Grundstücks, das u. a. zur Gerüstung eines Gartens für die Dreiflässlerleute verwendet werden soll, beträgt aber nur 3800 000 M., der Rest, also 2600 000 M., soll dem Sanitätsrat Karl v. Winterfeld als Entschädigung für entgangenen Verdienst gegeben werden. Ist es schon an und für sich standalös und bezeichnend für die Abhängigkeit, in der sich sogar die preussische Regierung von dem Vodenpulsantentum befindet, daß eine so ungeheure Summe diesen Schädlingen

Barbarische Kriegführung.

Paris, 7. März. Die „Humanité“ berichtet in einem Artikel über die „Heldenthat“ des Generals Erbschke d'Esbery und schreibt: Auf einem Vormarsche waren dem General die Verwundeten, die er mit sich führte, hinderlich. Er stellte deshalb an einen Militärrat das Ersuchen, die Verwundeten einfach vollständig zu töten. Dagegen weigerte sich jedoch, den Befehl auszuführen. Das gleiche Ersuchen stellte darauf der General an einen Leutnant und schließlich an einen Adjutanten, die sich aber ebenfalls ablehnend verhielten. Nun ließ der General die Verwundeten unter Bewachung von 10 alten Kriegeren und dem Kommando eines Adjutanten zurück. Natürlich, so schreibt die „Humanité“, sind alle diese Leute verschwunden; die Eingeborenen haben ihnen die Köpfe und andere Gliedmaßen abgeschnitten. Der General mußte unbedingt wissen, daß die Leute ihrem Schicksal nicht entgehen konnten, wenn er sie zurückließ. Weiter heißt es von dem General, daß er den französischen Truppen befohlen haben soll, die Leichen der gefallenen Marokkaner zu verstümmeln.

Die Marokkaner haben in den letzten Kämpfen von den Franzosen 2000 Patronen und ein 75-Zentimeter-Geschütz erbeutet, sowie sich des Feltes des Generals bemächtigt. Die „Humanité“ fügt hinzu, daß General Liaut, der französische Resident in Marokko, dem General Erbschke d'Esbery einen Arrest von 30 Tagen auferlegt habe. Auch soll dem General aufgetragen sein, bald nach Paris zu fahren und Aufklärung über die Sache zu geben.

Parlamentarisches.

Die Kolonialletats in der Budgetkommission des Reichstags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Freitagssitzung beschwerte sich der volksparteiliche Abg. Gessner über die Bemerkung im letzten Bericht, daß die Volksparteier während der Donnerstagverhandlungen ständig um die Regierungsbereitete herumgeschwirrt hätten. Die Volksparteier hätten sich, wie sie behaupten, nur deshalb in der Nähe der Stipe der Regierungsbereitete auf, weil sie auf ihren Plätzen nichts hören können. Die Kommission nahm die Beschwerde des Abg. Gessner mit ungetrübteter Geduld auf.

Beim Etat für Neu-Guinea forderten unsere Genossen ein gängliches Verbot der Jagd auf Paradiesvögel, denen die Ausrottung droht, wenn nicht eingeschritten wird. Der prachtvoll gefiederte Paradiesvogel kommt nur in Neu-Guinea vor, und er wird seines hohen Preises wegen rücksichtslos gejagt. Die Federn dienen den reichen Nüchlinggängerinnen als Fußschmuck. Von Rednern anderer Parteien wurde diese Forderung lebhaft unterstützt. Auf dem Londoner Markt werden heute für einen Vogel 150 M. als Engrospreis gezahlt. Die Eingeborenen betrachten diese Vogeljagd als einen schweren Eingriff in ihre Rechte und in ihr Recht. Als Folge eines Zwistes zwischen weißen Vogeljägern und Eingeborenen wurde eine Strafexpedition ausgerückt, die zur Niederschickung von 40 Eingeborenen führte. — Staatssekretär Solz begrüßte die sozialdemokratische Resolution und ist bereit, für die Durchführung Sorge zu tragen. — Einstimmig wurde die Resolution angenommen.

Beim Etat für Samoa kam zur Sprache, daß auf Samoa ein Weizen, der mit einer Samoanerin zusammen lebt, die ihn mehrere Kinder geschenkt hat, von den Behörden die Eheverweigerung verweigert wird. Als er mit der Frau nach Neuseeland fahren und sich dort lassen wollte, wurde der Frau verboten, das Land zu verlassen. Dieser skandalöse Vorgang wurde von allen Seiten scharf gerügt und Verurteilung der Wünsche des Weizen gefordert. Staatssekretär Solz erklärte, Samoanerinnen könnten nur dann Europäern gleichgestellt werden, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen und sonst einen entsprechenden Bildungsgrad besitzen.

Beim Etat für Kwantung führte Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt aus, daß die Verhältnisse in China sich noch nicht fernerlich gebessert haben. Zu wünschen sei, daß bei der Präsidentenwahl Yuan Shikai die Mehrheit der Stimmen erhalte, denn er sei der Mann, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Freilich, so lange die chinesische Regierung sich in der Finanzlemme befindet, die Beamten und Soldaten nicht bezahlen könne, müßte mit Unruhe gerechnet werden. Redner verbreitete sich sodann über die Anleihe von 20 Millionen Pfund, die China aufnehmen will und dabei auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Der Unterstaatssekretär trat für die von der Marineverwaltung geforderte Beschäftigung ein, die gegen die sozialdemokratischen Stimmen genehmigt wurde.

Der Hauptetat für die Schutzgebiete, der in Einnahme und Ausgabe mit 123,3 Millionen abschließt, wobei eine Anleihe von 53,3 Millionen aufgenommen werden muß, wurde genehmigt. Damit waren alle Kolonialletats erledigt. — Genosse Ledebour forderte, daß zur Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes der Reichstanzler ersucht wird, in der Kommission zu erscheinen.

Petroleum-Monopol.

In der Sitzung der Reichstagskommission vom Freitag wurde zunächst über die Frage der Abschreibungen beraten. Der Regierungsentwurf setzt einen Durchschnittssatz von 12 1/2 Proz. an. Die Liberalen haben verschiedene Abweichungsvorschläge für die einzelnen Bestandteile der Anlagen in Vorschlag gebracht und wollen außerdem mit Zustimmung des Reichstanzlers außerordentliche Zuwendungen an den Reservefonds möglich machen. Der Hauptteil des liberalen Antrags wurde angenommen; die übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Sodann wurde darüber diskutiert, ob die Vertriebsgesellschaft, die nach § 1 ein Monopol im Leuchtgasgeschäft hat, auch Geschäfte in anderen Gasprodukten (Benzin, Schmelzöl usw.) machen darf oder nicht. Die Regierungsvorlage verbietet solche Geschäfte in der Regel und läßt nur ganz ausnahmsweise ein Einzelgeschäft in anderen Gasprodukten zu. — Die Kommission nahm folgenden Standpunkt ein: Die Vertriebsgesellschaft hat ein Monopol in dem Leuchtgasgeschäft. In anderen Gasprodukten hat sie kein Monopol, aber das Recht, beliebige Geschäfte und damit Konkurrenz zu machen. § 5 der Regierungsvorlage ermächtigt den Bundesrat: 1. Vorschriften über die Beschaffenheit der von der Vertriebsgesellschaft in den Verkauf zu bringenden Leuchtöle zu erlassen, und 2. Bestimmungen zu treffen über die Art der Zufuhr von Leuchtöl an den Kleinhandel und die Verbraucher. — Diese Fassung wurde angenommen.

Die Regierungsvorlage verlangt weiter eine Ermächtigung für den Bundesrat, daß er im Interesse der Konsumenten Vorschriften in der Preisstellung der Detailisten entgegenstellen darf. — Abg. Schweichardt wollte das verhindern durch den Antrag, daß die Verkaufspreise nur durch die Detailisten selbst bestimmt werden dürfen. — Der Redner der Sozialdemokratie trat für die Regierungsvorlage ein. Gerade weil das Reich ein Monopol habe, sei die Gefahr groß, daß namentlich auf kleinen und abgelegenen Orten durch einzelne Händler oder Händlerringe das Petroleum über die Marken verteuert werde. In diesem Falle eines Mißbrauchs müsse die Regierung eine Möglichkeit des Einschreitens zum Schutze der Konsumenten haben. In den Städten bestesse ein solcher Schutz bereits durch die Konkurrenz und die Konsumvereine. — Auch ein Redner des Zentrums hob hervor, daß bei allem Wohlwollen für die Detailisten doch Schutzmaßnahmen für die Konsumenten getroffen werden müssen. Im Laufe der Diskussion wurde dem Zentrum der Antrag gestellt, für die Detailisten einen Mindest- und einen Höchstzuschlag zu den Einkaufspreisen als Tarif im Gesetz zu normieren, und Abg. Schweichardt beantragte, als Mindestzuschlag der Detailisten 3 Pf. und als Höchstzuschlag 4 Pf. festzusetzen. — Der Antrag des Abg. Schweichardt, daß die Detailisten die Verkaufspreise zu bestimmen haben, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt, ebenso der Zentrumsantrag gegen die Zentrumsstimmen.

der Gesellschaft gezahlt werden soll, so wird das Bild des unheilvollen Einflusses des Spielantentums noch verstärkt durch die Person, die sich in diesem Falle als Vertreter der Bucherer in Grund und Boden repräsentiert. Schon der zehnte Teil dessen, was Hoffmann von Herrn Winterfeld an der Hand gerichtlicher Akten mitteilte, müßte für jeden, der auf Reuehaftigkeit hält, genügen, sich in Geschäfte mit diesem Herrn nicht einzulassen. Aber die preussische Regierung trägt kein Bedenken, mit ihm zu partiiieren und ihm 2 1/2 Millionen zuzuschlagen. Der Mann steht freilich in sorgfältiger, für ihn nicht gerade schmeichelhafte Geschäftsverbindungen mit den Gerichten, aber da ihm bisher niemals etwas bewiesen werden konnte, gilt er als Gentleman, und wird für würdig befunden, Millionengeschäfte mit dem Fiskus zu machen. Nicht genug, daß die Steuergerichte in so unverantwortlicher Weise vergebend werden, sieht das Geld auch noch einem Manne zu, den man — gelinde gesagt — als soliden Geschäftsmann nicht ansprechen kann. Daß die Sozialdemokraten sich von solchen Transaktionen fernhalten, ist selbstverständlich. Mag der Fiskus und mag die bürgerliche Mehrheit des Landtages die Verantwortung dafür tragen!

Die Anlagen Hoffmanns, die sichtlich Eindruck auf das Haus machten, wurden von seiner Seite widerlegt. Vielesicht wird man das in der Budgetkommission, der die Vorlage überwiesen wurde und in der wir nicht vertreten sind, versuchen. Aber die Herren irren, wenn sie glauben, die etwas ramponierte Ehre des Herrn v. Winterfeld im dunklen Kommissionenzimmer wieder herstellen zu können. Es gibt ja noch eine zweite Lesung, und die findet vor aller Öffentlichkeit statt. Jeder Versuchsversuch wird von der Sozialdemokratie im Keime erstickt werden.

Vorher hatte das Haus den von allen bürgerlichen Parteien eingebrachten Antrag betr. das Etatsnotgesetz der Budgetkommission überwiesen.

Den Rest der Sitzung bildete die Beratung des Etats der Zentralgenossenschaften, der Liebnecht Gelegenheit gab, den agrarischen Charakter dieser Pumpensatz zu erläutern. Das fortgesetzte Laufen, mit dem die Agrarier die Ausführungen unseres Redners begleiteten, war nichts als ein Verlegenheitsgelächter, ein Beweis dafür, wie richtig die Liebnechtsche Kritik war.

Hinter den Kulissen.

Freitag nachmittag fand eine vertrauliche Besprechung der Führer der bürgerlichen Parteien (die Sozialdemokratie war nicht eingeladen) mit dem Reichstanzler statt. Der Kriegsminister hielt den Herren den üblichen „aufklärenden“ Vortrag. Und wer aufgeklärt sein will, dem ist leicht geholfen. Man hört auch, daß die Herren den Vortrag Stieringens als sehr eindrucksvoll empfanden. Im übrigen mußten sie natürlich strengstes Stillschweigen versprechen.

Jesuiten-Import.

Das „Nuovo Giornale“ (Neues Journal) in Florenz kündigt an, daß der Jesuitenorden demnächst eine größere Anzahl Jesuiten nach Bayern senden wird, da dieses Land unter der glorreichen Regierung des Freiherrn von Hertling sich am besten unter allen deutschen Ländern für die Jesuitentätigkeit eigne. Das Blatt schreibt noch einer Mitteilung der „Mörsen“-Wesf. Zeitung:

Der Jesuitengeneral hat bisher keinerlei Dispositionen über eine etwaige enghätige Rückkehr der Jesuiten nach Deutschland getroffen. Allerdings hat der Reichstag den Antrag zur Befestigung des Jesuitengesetzes angenommen, aber in den vatikanischen Kreisen in Rom fürchtet man, daß die deutsche Regierung diese Abstimmung nicht berücksichtigt, und man ist sogar auf weitere Regierungsmassnahmen gegen die Jesuiten gefaßt. Maßnahmen, die womöglich noch schlimmer (i) sein werden als die von dem bisherigen Gesetz sanctionierten. Für den Augenblick beabsichtigt der Jesuitenorden nichts zu tun. Er bereitet jedoch für später eine langsame und allmähliche Entsendung der Ordensmitglieder nach dem Deutschen Reich vor. Der Anfang wird mit Bayern gemacht werden, das man für am besten disponiert hält, um die Jesuiten aufzunehmen.

Auch ein Volkrecht aus der Zeit der Befreiungskriege.

Zu den Repräsentationskörpern, mit denen nach dem Jahre 1815 die im Jahre 1813 gegebenen Verfassungen „eingelöst“ wurden, gehören auch die Provinziallandtage der östlichen Provinzen. Soeben tritt der schlesische Provinziallandtag zusammen und aus seiner Präsenzliste kann festgestellt werden, daß sich unter den 158 Mitgliedern dieser „Volkvertretung“ befinden: 3 Prinzen, 7 Fürsten, 12 Freiherren, 27 Grafen, 39 „gewöhnliche“ Adlige, 12 Rittergutsbesitzer und Landräte ohne Adel, 24 Bürgermeister, 10 Vertreter der Industrie, Bergleute, Generaldirektoren und dergleichen, und 16 Stadträte, Kommerzienräte, Justizräte usw., also kein Kleinbauer, kein Arbeiter, kein Handwerkermeister oder kleiner Gewerbetreibender. Das „niedrigste“ sind zwei „Dezernierate“.

Also hat das Volk allen Anlaß, seine nach den Befreiungskriegen erhaltenen staatlichen „Rechte“ zu preisen und Gedenkfeste zu veranstalten.

Justiz und Reichsverband.

In einer Versammlung des Reichsverbandes in Königsberg hatte der Reichsverbandssekretär Laube erklärt, Genosse Marxwald hätte am 20. Januar 1906 in Post in der „Märkischen Volksstimme“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es wörtlich heiße, die Religion sei zwar Privatsache, aber die Sozialdemokraten seien Atheisten, es gebe keinen Gott, kein Gewissen, keine Vergeltung, kein ewiges Leben, es gebe nicht Seele und Geist. Marxwald sandte dem Blatt, das über die Versammlung des Reichsverbandes berichtet hatte, eine Verichtigung, doch Laube hielt seine Behauptung aufrecht, worauf Marxwald gegen den Reichsverbandssekretär die Befreiungssache anstregte, und zwar wegen der Behauptung, daß R. geschrieben hätte, es gebe kein Gewissen. Tatsächlich waren die angeführten Sätze in den Artikel nicht enthalten; aber das Schöffengericht sprach den Reichsverbandssekretär doch frei mit der Begründung: aus dem Marxwaldschen Artikel könne man herauslesen, daß der Artikelschreiber der Ansicht Ausdruck gegeben habe, es gebe auch kein Gewissen. Das Schöffengericht gab jedoch nicht die Sätze des Artikels an, aus welchen es diese Ansicht „herausgelesen“ hätte. Gegen das Urteil will Marxwald Berufung einlegen.

Eine politische Weineidsaffäre.

Im schlesischen Wahlkreis Waloenburg wurde zur Reichstagswahl der offene Brief eines ehemaligen hiesigen hiesigen Grundbesitzers verbreitet. Der Brief enthält Enthüllungen über bestimmte Gepflogenheiten des niederschlesischen Industrie- und Kapitalismus und war von dem Grundbesitzer mit Kommandantur beschriftet. Regierungsrat Schneider von den hiesigen Grundbesitzern gegen den Briefunterzeichner, gegen den Geschäftsführer der dortigen sozialdemokratischen Druckerei und gegen noch einige andere Gemeindefunktionäre wegen Verleumdung. Die Klage gegen den ehemaligen Beamten blieb erfolglos, weil dieser bekundete, daß der Brief, so wie er gedruckt worden ist, von ihm nicht geschrieben worden sei. Der den Brief umredigiert hatte,

konnte in der Verhandlung, die in vergangenen Sommer stattfand, nicht hergestellt werden. Das ganze Ergebnis der Klage war, daß der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Druckerei, wo der Brief gedruckt wurde, wegen fahrlässiger Verleumdung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Jetzt nach einem halben Jahre ist gegen den Faktor unserer Waloenburger Parteidruckerei, den Genossen Hoffmann ein Weineidsverfahren eingeleitet worden, weil er angeblich falsche eidesstattliche Ausagen über die Fehler des Briefmanuskriptes gemacht habe. Der Faktor ist auch am Dienstag beim Richteramt verhaftet und erst nach 24stündiger Haft wieder entlassen worden. Das Verfahren geht weiter, man hofft vielleicht auf diese Weise den Schuldner zu fassen, der das Briefmanuskript redigiert haben soll.

Die englischen Sozialisten gegen den Rüstungswahn.

London, 6. März. (Fig. Ber.) Der Appell der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen die geplanten Aufrüstungen hat in den Kreisen der englischen Parteigenossen einen freudigen Widerhall gefunden. Der „Labour Leader“, das propagandistische Organ der F. L. D. veröffentlicht heute einen Leitartikel über den Aufruf, in dem es heißt: „Wir müssen jetzt eine internationale Aktion gegen das Wachstum der Rüstungen einleiten. Die sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs haben uns den Weg gezeigt. Während die herrschenden Klassen der beiden Länder mit Heindochheit im Herzen planen, sich gegeneinander bis an die Zähne zu bewaffnen, knüpft die Arbeiterklasse beider Länder immer enger das Band der Kameradschaft, das sie verbindet. Sonnabend wurde in Berlin und in Paris ein gemeinschaftliches Manifest veröffentlicht, das von den 110 sozialistischen Mitgliedern des Reichstages und den 69 sozialistischen Mitgliedern der französischen Kammer unterzeichnet ist. Es ist ein beredtes und bewegendes Dokument.“

Das ganze Schriftstück ist würdig der besten Traditionen und der höchsten Ideale der Bewegung. Es sollte den sozialistischen Parteien jeden aufrichtigen Friedensfreund in Deutschland und Frankreich gewinnen. Und wie steht es mit Großbritannien? Es ist die höchste Zeit, daß wir einen ähnlichen Schlag gegen die zunehmenden Rüstungen führen. Unsere Vergangenheit ist in dieser Hinsicht ehrenhaft; aber eine stärkere und eindrucksvollere Aktion tut not. Die Militäristen arbeiten mit einem unheiligen Eifer. Gegen sie müssen wir einen unerbittlichen Krieg führen. Wenn wir nicht auf der Hut sind, wird uns das Joch der allgemeinen Wehrpflicht auferlegt werden, ehe wir uns bewußt sind, was sich zugetragen hat. Dies ist ein kritisches Augenblick. Wir stehen an einem Scheidewege. Der eine Weg führt zum Sozialismus und zur Freiheit, der andere zur allgemeinen Wehrpflicht und zur Sklaverei.

Wir erlauben die britische Arbeiterpartei, dem Beispiel anderer kontinentalen Genossen zu folgen. Ein kräftiger Protest gegen die Rüstungen und die internationale Rivalität sollte erlassen werden. Die Woge des Chauvinismus überflutet die Kolonien und wir sollten uns mit den Arbeiterbewegungen in den britischen Tochterstaaten vereinigen, um gegen diese Vergeudung von Gütern zu protestieren, die so dringend für das Wohl der sozialen Besserung gebraucht werden. Kanada hat Großbritannien das Angebot gemacht, ihm drei Dreadnoughts unter der Bedingung zu leihen, daß wir die Befahrung liefern und daß dem Dominion ein Platz in dem ratgebenden Ausschuss des Reichsverteidigungskomitees eingeräumt werde. Hierin lauern Gefahren. Das Reichsverteidigungskomitee ist eine rein ernannte Körperschaft, die nicht der Kontrolle des Parlaments untersteht, und wenn wir nicht vorsichtig sind, wird es eine Junta werden und das Kabinett wird das Parlament zwingen, deren Dekrete demütig anzuerkennen. Die Arbeiterbewegung Kanadas hat gegen die Dreadnoughtsteuer von 20 Schilling auf den Kopf kräftig Einspruch erhoben und mit den organisierten Arbeitern gehen 90 000 Bauern aus Manitoba, Saskatchewan und Alberta. Die britische Arbeiterbewegung sollte ihre Hand über den Atlantischen Ozean ausstrecken und als Zeichen der gemeinschaftlichen Verabscheuung des Militarismus die Hand ergreifen, die die kanadischen Arbeiter ausgestreckt haben. Es heißt, die Regierung beabsichtige, vom Parlament eine Mehrausgabe für die Flotte in der Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling für das nächste Jahr zu verlangen. Sollte sich das als wahr herausstellen, so hoffen wir, daß die Arbeiterpartei einstimmig gegen das Budget stimmen wird. Die liberale Partei mag neue Steuergrundzüge eingeführt haben; aber welchen Wert haben Eizraeinkommensteuern und Landsteuern, wenn sie dazu dienen, die Fertigungs- und Rüstungswaffen immer höher zu türmen?

Oesterreich.

Das Herrenhaus und das Kontraktbruchgesetz.

Wien, 6. März. (Fig. Ber.) Die Abgeordneten Reumann, Schäfer und Genossen haben heute neuerlich einen Antrag auf Befreiung der Bestrafung des Kontraktbruches eingebracht. In der Begründung des Antrages wird folgendes ausgeführt:

Das Herrenhaus hat dem Gesetzentwurf über die Befreiung der Bestrafung des Kontraktbruches seine Zustimmung verweigert. Dieser Beschluß des Herrenhauses ist eine frivole Abweisung eines berechtigten Wunsches der Arbeiterschaft Oesterreichs und eine Verletzung der Würde des Abgeordnetenhauses, das wiederholt einstimmig diesen Gesetzentwurf beschloß. Der Beschluß des Herrenhauses ist nur mit kleiner Mehrheit gefaßt worden. Er ist nur deshalb gefaßt worden, weil die volksfeindliche Rechte des Herrenhauses ungewöhnlich stark vertreten war, während von den anderen Parteien viele Mitglieder fehlten. Es besteht also die begründete Hoffnung, daß das Herrenhaus zu einem anderen Beschlusse gelangen wird, wenn der Gesetzentwurf ihm noch einmal vom Abgeordnetenhause zugeht. Keinesfalls kann das Abgeordnetenhause es sich gefallen lassen, daß ein paar Duzend hochmütige Feudale über seine Beschlüsse so leichtfertig hinweggehen. Es ist daher notwendig, daß das Abgeordnetenhause den Gesetzentwurf noch einmal beschließt und ihn dem Herrenhause noch einmal zurückschickt.

Belgien.

Die Wahlrechtsfrage.

Brüssel, 7. März. Die Bürgermeister der Großstädte wurden heute mittag von dem Ministerpräsidenten empfangen, dem sie Kenntnis gaben von der gestrigen Entscheidung des sozialdemokratischen Komitees, die Organisation des allgemeinen Wunsches einzu stellen. Der Ministerpräsident erklärte, das Ministerium werde nach dieser neugewonnenen Lage über die zu ergreifenden Schritte beraten, da die Bürgermeister nochmals den Wunsch ausgesprochen hätten, die Regierung möge im Interesse des Friedens schleunigst die Wahlrechtsfrage zur Beratung stellen.

Gewerkchaftliches.

Eine mißlungene Machtprobe?

Die Ziffern, welche bisher über die Aussperrung im Malergewerbe bekannt werden, lassen diese Unternehmer-Machtprobe nicht gerade imponierend erscheinen. Im gesamten Gau Hamburg, von dem nunmehr die Ziffern vorliegen, sind von 9596 Beschäftigten nur 2814 ausgesperrt. Das sind etwa 30 Prozent. Tatsächlich machen einige Großstädte überhaupt noch nicht mit. In anderen Gauen sind große Firmen an den Verband der Maler herangetreten, um mit ihm Sondertarife abzuschließen, damit sie vom Kampfe verschont bleiben. In mehreren süddeutschen Großstädten erklärten die maßgebenden Unternehmer, daß, nachdem sie den Schiedsprüchen örtlich zugestimmt hätten, für sie gar keine Veranlassung zum Aussperrern vorliege.

Der Unternehmerverband sucht jetzt die für ihn peinliche Situation, daß er gegen Schiedsprüche kämpft, dadurch zu reiten, daß er erneut feststellt, ihn hätten die festgesetzten Löhne nicht veranlaßt, den Schiedspruch abzulehnen. Jetzt soll plötzlich nach einem Bericht der süddeutschen bürgerlichen Presse die neue Bestimmung über Zuschläge für „mit wesentlichen Arbeitsschwierigkeiten verbundene Arbeiten“ neben der Arbeitsnachweis- und Haftungsfrage ausschlaggebend gewesen sein. Das ist ein Beweis für die völlige Kopflosigkeit, die bei den Führern des Unternehmerverbandes eingerissen ist, die ihre ausgesprochene Absicht, die Organisation der Malergehilfen finanziell zu ruinieren, öffentlich bemängeln wollen. Die Bestimmungen über die erwähnten erwählten Arbeiten waren im bisherigen Reichstarif bestimmt geregelt, im heutigen Tarifmuster ist mit Zustimmung der Unternehmer vorgeesehen, daß vorläufig überhaupt nichts geregelt, sondern dies den örtlichen Organisationen nach Abschluß des Tarifs überlassen werden soll. Also ist das alles andere als eine Regelung zu Ungunsten der Unternehmer. Wenn der Unternehmerverband so fortfährt, nach Gründen für den vom Raume gebrochenen Kampf zu suchen, so wird die Öffentlichkeit immer deutlicher erkennen, wie unverantwortlich das Vorgehen der Unternehmer ist. In Wahrheit sind tiefgehende persönliche Differenzen zwischen einzelnen Führern im Unternehmerverband die Ursache des ganzen Konflikts, den nun seine Mitglieder austragen sollen.

Da der Beginn der Aussperrung für die einzelnen Gauen ganz verschieden festgesetzt wurde, läßt sich natürlich zur Stunde noch kein allgemeiner Ueberblick geben; soviel steht aber schon fest, daß die Unternehmer sich sehr täuschen werden, wenn sie glauben, mit solchen Gründen die Malermeister für eine Machtprobe begeistern und die Organisationen der beteiligten Arbeiter schrecken zu können.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiterverbandes erhalteten Glöde und G. H. Bericht über die bis jetzt erzielten Ergebnisse der Tarifverhandlungen. Den Ausführungen der Referenten entnehmen wir folgende wesentliche Angaben: Nachdem der Schiedspruch angenommen war, kam es vor Grund desselben am 19. Februar zu örtlichen Verhandlungen beider Parteien für Berlin. Die Arbeiter wollten in Verhandlung über die Festsetzung der Mindestlöhne eintreten. Dem lehnten die Arbeitgeber entschieden Widerspruch entgegen. Sie wollten sich auf keine Erörterung über die Mindestlöhne einlassen und sagten, durch den Schiedspruch sei alles geregelt, es sei nur noch die Formulierung des Vertrages erforderlich. Die Arbeiter bestanden darauf, daß alle Punkte, welche durch den Schiedspruch nicht erledigt sind, der örtlichen Regelung unterliegen. Dazu gehört die Lohnfrage. Die Festsetzung von Mindestlöhnen sei eine unumgängliche Notwendigkeit, die Arbeiter könnten nicht davon abgehen. Diese Haltung der Arbeiter war es, die Herrn R a h r b i Anlaß gab zu der bekannten Mitteilung in der Presse, welche besagte, die Arbeiter hätten neue, mit dem Schiedspruch nicht in Einklang stehende Forderungen gestellt. Durch diese Verleumdung in der „Nachzeitung“ ist die Situation verschärft worden. Aber es kam doch wieder zu Verhandlungen über die anderen Bestimmungen des Vertrages. Derselbe ist nun soweit durchberaten, daß nur noch die Frage der Mindestlöhne offen geblieben ist. Neben dieser Frage konnte eine Einigung der Vertreter der Parteien nicht erzielt werden. Die Forderung der Arbeiter geht dahin, daß für die einzelnen Branchen Mindestlöhne festgelegt werden, deren Höhe nicht in allen Branchen gleich ist. Auch für die Hilfsarbeiter, welche Tischlerarbeiten verrichten, soll ein Mindestlohn festgesetzt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber haben sich bis jetzt gegen eine derartige Festsetzung von Mindestlöhnen ablehnend verhalten. Sie haben sich aber nach langem Hin- und Herreden bereit erklärt, eine im Zusammenhang mit der Mindestlohnfestsetzung von den Arbeitern geforderte Vertragsbestimmung zu bekräftigen, welche besagt, daß Arbeiter, welche in eine neue Arbeitsstelle eintreten, mindestens den gleichen Lohn erhalten müssen, den sie auf ihrer früheren Arbeitsstelle derselben Branche verdient haben. Ob dieser Passus von den Arbeitgebern angenommen wird, darüber hat ihre Versammlung zu entscheiden.

Abgesehen von der noch strittigen Frage des Mindestlohnes bringt der neue Vertrag im Vergleich mit dem alten einige Verbesserungen. Die Lohngarantie bei Affordarbeiten ist klarer formuliert als im alten Vertrage. Die Affordabzugszahlung wird im neuen Vertrage folgendermaßen geregelt: Sie beträgt mindestens 28,50 M. pro Woche für diejenigen, welche in den letzten sechs Wochen durchschnittlich 29,50 M. Wochenlohn verdient haben. Vom 1. März 1914 beträgt die Abschlagszahlung mindestens 29,50 M. für diejenigen, welche in den letzten sechs Wochen durchschnittlich 30,50 M. verdient haben. Bei einem durchschnittlichen Affordverdienst von 33 M. beträgt die Abschlagszahlung 30 M., bei 38 M. Affordverdienst 33 M., bei 39 M. Affordverdienst 35 M. Bei höherem Affordverdienst tritt eine höhere Abschlagszahlung nach Vereinbarung ein. Dem Schiedspruch entspricht die Vertragsbestimmung, daß die bestehenden Löhne am 1. März 1913 um 2 Pf., am 1. März 1914 um weitere 2 Pf., und am 1. Juli 1915 als Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung um 1 1/2 Proz. erhöht werden. Die Bestimmungen über Extrabergütungen bei Montagearbeiten haben im neuen Vertrage auch eine Verbesserung erfahren. — Hinsichtlich des paritätischen Arbeitsnachweises sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Das Arbeitsnachweisreglement ist in der Form etwas geändert worden, wodurch aber die bisherigen Grundzüge der Arbeitsvermittlung nicht berührt werden.

In der Diskussion wurde allgemein betont, daß der Widerstand der Unternehmer gegen die tarifliche Festsetzung der Mindestlöhne ungerechtfertigt sei. In dieser Forderung würden die Arbeiter unbedingt festhalten. — Ein Vertreter der Vergolder protestierte dagegen, daß die Goldleistenfabriken in den neuen Vertrag mit einbezogen würden. Er beantragte, die Verhandlungskommission solle diese Neuerung rückgängig machen, weil die Goldleistenbranche erst vor wenigen Monaten einen besonderen Vertrag abgeschlossen habe. Es liege nicht im Interesse der Vergolder, in den allgemeinen Vertrag einbezogen zu werden.

Der Referent bemerkte hierzu: Wenn die Vergolder befürchten, sie würden durch Einbeziehung in den Hauptvertrag in ihrer Bewegungsfreiheit behindert, so sei das ein Irrtum. Der Hauptvertrag habe denselben Ablauf wie der Vertrag für die Goldleistenbranche. Dieser habe also für die Bewegung der Vergolder gar keine praktische Bedeutung. Der Anschluß an den Hauptvertrag bringe ihnen durchaus keine Nachteile.

Durch diese Erklärung erachtete die Versammlung den Antrag der Vergolder als erledigt.

Berantw. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Neufölln. Inzeratenteil vorantw.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verlauf der bisherigen Vertragsverhandlungen, dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer gegenüber der Einführung von Mindestlöhnen und erklärt:

Die Regelung der Lohnverhältnisse auf der Grundlage eines Mindestlohnes ist außer für diejenigen Branchen, für welche bereits ein Mindestlohn besteht, auch für weitere Branchen eine dringende Notwendigkeit, um so mehr, als die Lohnarbeit in der Berliner Holzindustrie in steter Zunahme begriffen ist. — Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne die Verhandlung mit den Unternehmern fortzusetzen. Die Versammlung erwartet, daß die Verhandlungen baldigt zu Ende geführt werden, damit das Ergebnis derselben der Generalversammlung umgehend zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden kann.“

Zum Schluß der Versammlung wurde noch bekanntgemacht, daß zwischen den Zentralvorständen eine Vereinbarung getroffen sei, daß die durch Schiedspruch festgelegten Lohn- und Affordverhöhungen am Sonnabend erstmalig zur Auszahlung kommen sollen.

Ein sauberes Kampfmittel der Unternehmer im Malergewerbe.

Da die Siegesaussichten der Unternehmer im Berliner Malergewerbe bei der geplanten Aussperrung der Gehilfen ihnen selber keine allzu großen zu sein scheinen, greifen sie zu einem anderen Mittel, um der verhassten Arbeiterorganisation den Todesstoß zu versetzen. Den in Arbeit verbleibenden Gehilfen wird jetzt folgender Revers vorgelegt:

Verband der Malereigeschäfte von Berlin und den Vororten. (E. V.)
Geschäftsstelle: Süd-Ost 33, Pöhlstraße.
Berlin, den 8. März 1913.

Der Malergehilfe — Anstreicher — (Vor- und Zuname, Geburtsort, Wohnung erklärt hiermit, keiner Organisation anzugehören, und verpflichtet sich, während der Dauer des Lohnkampfes weder die Malerorganisation, noch einzelne Mitglieder moralisch oder mit Geld zu unterstützen. Der Unterzeichnete erklärt ferner, daß für das weitere Arbeitsverhältnis der bisher bestandene Lohn-tarif gültig sein soll. Insbesondere verzichtet er auf jegliche Kündigungszust.

Der Verband der Malereigeschäfte für Berlin und die Vororten verpflichtet sich, den unterzeichneten Gehilfen im Falle der Arbeitslosigkeit bestmöglichst bei seinen Mitgliedern zu beschäftigen, solange der Gehilfe die vorher bezeichneten Bestimmungen erfüllt.

Nach Ablauf der Tarifstreitigkeiten mit den Gehilfenorganisationen und mit Abschluß eines neuen Tarifvertrages sollen dem unterzeichneten Gehilfen alle etwaigen Lohnverhöhungen nachbezahlt werden.

Die Absicht, auf diese Weise einige abtrünnige Gehilfen zu gewinnen, darf jetzt schon als gescheitert betrachtet werden. Die Gehilfenorganisation wird ihre Mitglieder nachdrücklich davor warnen, einen derartigen Revers zu unterschreiben.

Der Streik in der Herrentonfektion.

Die am Streik beteiligten Konfektionschneider und Schneiderrinnen hielten Freitagmorgen eine Versammlung ab, die den großen Saal des Gewerkschaftsbaus bis auf den letzten Platz füllte. Kriente gab einen Bericht über den Stand der Bewegung, doch ist im wesentlichen nichts Neues zu berichten. Mit der Firma B a e r & S o h n ist eine Verständigung herbeigeführt worden. Beide Teile haben den gefällten Schiedspruch anerkannt und ist die Angelegenheit somit erledigt. Die Unternehmer geben sich alle Mühe, ihre Arbeiten angefertigt zu bekommen. So hat die Firma A. S t i e r — die für Rudolf Herzog arbeitet — Fabrik noch auswärts geschickt, um Streikarbeit anfertigen zu lassen. Einen Erfolg dürfte sie aber kaum erzielen. Durch eingeschriebene Briefe hat sich die Firma P a u l I n g e r u. C o. an die Schneider gewandt und die Zurüdgabe der noch nicht angefangenen Hosen gefordert. Alle angefangenen Hosen müßten innerhalb 10 Tagen fertiggestellt werden, sonst würden die betreffenden Schneider für den entstehenden Schaden verantwortlich gemacht werden. Dadurch wird sich natürlich niemand einschüchtern lassen und zum Streikbrecher werden. Wer von den Streikenden jedoch noch unfertige oder angefangene Arbeit in der Wohnung hat, tut gut, diese abzuliefern. Sollten die Unternehmer die Abnahme verweigern, so lasse jeder die Arbeit in dem früheren Zustande liegen. Die Firma I n g e r teilt in ihrem Schreiben weiter mit, daß es sich bei dem „Streikversuch“ gar nicht um den Hosentarif handele, denn dieser sei noch gar nicht beraten. Die Firma dürfe inzwischen wohl eingeschrieben haben, daß es sich um einen ernsthaften Streik und nicht nur um einen Streikversuch handelt. Wenn der Hosentarif noch nicht durchberaten ist, so liegt dies nicht an den Arbeitern, es ist vielmehr wiederholt festgelegt worden, wer die Verhandlungen unnütz in die Länge gezogen hat. Auch darf nicht vergessen werden, daß alle den Unternehmern gemachten Zugeständnisse zurückgezogen sind.

In der Streikversammlung wurde noch eine lebhafte Aussprache über die Werbung geführt. Alle Redner ließen ihre Siegeszuversicht zum Ausdruck kommen. Wenn die Unternehmer die angebotene Aussperrung durchführen würden, so könnte man dies mit Freuden begrüßen, denn den Streikenden würde dann manche Arbeit erspart bleiben. Man sei gewillt weiter zu kämpfen.

Kriente zog aus der Aussprache den Schluß, daß man voll auf zutreffen sei und mit aller Wucht die Dinge abwarten könne, die kommen. Unter allgemeiner Heiterkeit teilte er noch mit, daß Herr S t u d i u s Stern bei einer Verhandlung gesagt habe, ein Schneider verdiene in Berlin mehr als ein Schuhmann. Ein Schneider stelle sich natürlich mit einem Schuhmann nicht auf eine Stufe; denn ein Schneider habe seinen Beruf erlernt, ein Schuhmann brauche das nicht.

Streikleiter F i s c h e r forderte noch auf, den Idealismus sowie das Solidaritätsgefühl wie bisher hochzuhalten und im Kampfe nicht zu erlahmen. Auf diejenigen, welche den Streikenden in den Rücken zu fallen versuchten, müsse ein wachsameres Auge gerichtet werden. Wer seine Arbeitskraft zu schätzen wisse, dürfe sie jetzt dem Unternehmer nicht zur Verfügung stellen.

Die „Reisenspektale“, Landbörger Straße 11, Inhaber Walterstein, sind seitens der unterzeichneten Organisation wegen Tarifbruches für organisierte Gehilfen bis zur Erledigung der Differenzen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen bei der Firma L o r e t t e, Glaschleiferei, sind durch Verhandlung erledigt und wird die Arbeit am Montag wieder aufgenommen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Praktikale des Otens, Inhaber Herr O s t a r G r a n d, Frankfurt Allee 151/152, sind für organisierte Köcher, Zäpfer und Hausdiener gesperrt. Herr G r a n d lehnte Verhandlungen mit der Organisation, die auf Abschaffung der minderwertigen Kost und Einführung einer Kostenschildigung hingen, ab. Darauf stellte das Personal die Arbeit ein.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Streik in der Binnenschifffahrt.

Der Streik nimmt für die Schiffmannschaften einen durchaus günstigen Verlauf; bisher haben 127 Unternehmer bewilligt. Die entgegengekehrten Behauptungen des Unternehmerverbandes, der übrigens versucht, die Unternehmer von Verhandlungen abzuhalten, treffen nicht zu.

Gl. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Der Unternehmerverband arbeitet gegen die Streikenden mit Hochdruck. Im Sächsischen Schifferverein hat Direktor P e t t e r s über die Lohnbewegung berichtet und dabei Angaben gemacht, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. Er behauptete, die Lohnforderungen wären bewilligt worden, die Mannschaften wollten die Nachruhe erzwingen, der Streik diene nur agitatorischen Zwecken, und die Behörden in Sachsen schützten die Arbeitswilligen nicht genügend. Es wird behauptet, die Streikbrecher würden nachts mit Gewalt von den Fahrzeugen heruntergeholt, sie würden von den Rücken herab mit Steinen beworfen, ja, es seien von den Ufern sogar schon Schiffe abgegeben. Das sind durchaus unwahre Behauptungen. Irrendirektliche Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Die 6000 streikenden Ledermannschaften (1000 arbeiten zu den neuen Bedingungen) sind in fast 1000 Dörfern an der Elbe und Oder angesetzt; sie haben nicht die geringste Veranlassung, sich mit den zweifelhaften Elementen der Streikbrecher, durch die sie nicht zu ersetzen sind, zu befassen.

Die Streikbrecher setzen sich zusammen aus Polen, Holländern und aus Insoffen der Herzbergen; auch werden Leute, die aus den Gefängnissen kommen, sofort den Schiffsbrechern überliefert. Die Kampfanstalt kann sich freuen und wird noch Wunder erleben. Schiffahrtskundig sind diese Elemente nicht. Sie dienen lediglich zur Parade auf den Schiffen, um den Eindruck zu erwecken, die Fahrzeuge seien besetzt. Die Fahrten nehmen die doppelte Zeit in Anspruch, und der Kohlenverbrauch ist natürlich dreimal so groß. Die Situation ist also durch die vorhandenen Streikbrecher nicht gefährdet. Die Streikbrecher bekommen 120 M. Lohn monatlich und die Kost, während die Mannschaften nur 110 bis 120 M. fordern ohne Kost. Nachruhe wird jetzt in der Regel 10 Stunden gewährt, weil kein Streikbrecher mit dem Steuer umzugehen weiß und die vorhandenen Steuerleute doch nicht 20 Stunden hintereinander am Steuer stehen können.

Doch sind Anzeichen vorhanden, daß sehr viele Unternehmer im Unternehmerverband den Kampf beenden möchten; sie sind sich nur nicht einig, auf welcher Grundlage die Verhandlungen angebahnt und geführt werden sollen.

Zur Aussperrung auf den Fischdampfern an den Unterweserorten.

In zwei gut besuchten Versammlungen nahmen die Maschinisten Stellung zu der Aussperrung. In der ersten Versammlung wurde eine aus fünf Mitgliedern bestehende Verhandlungskommission gewählt. Die Anregung zu Verhandlungen wurde vom Hafeninspektor gegeben, der in Aussicht stellte, daß die Reeder zu verhandeln bereit seien. Am 4. März fand dann eine Aussprache mit den Reedern statt. Die Reeder lehnten es ab, einen Tarif mit dem Verbandsabzuschließen, sie wollten mit den Maschinisten als Gesamtheit oder mit jedem einzelnen persönlich verhandeln. Die Kommission erklärte, nicht die Vollmacht zu haben, auf diese Bedingungen einzugehen zu können. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. In einer zweiten Versammlung erstattete die Kommission Bericht. Die Versammelten erklärten ihr Einverständnis mit dem Verhalten der Kommission. In geheimer Abstimmung wurde mit 130 Stimmen die Fortführung des Kampfes beschlossen, nur 9 Stimmen waren dagegen. In einer Aussprache betonte Verbandsvorsitzender Scheffel, er habe sich absichtlich zurückgehalten, um alles zu vermeiden, was die Mitglieder beeinflussen könne; der Verband stehe nach wie vor hinter den Streikenden, sie materiell und moralisch unterstützend. In einer darauf angenommenen Resolution heißt es:

„Die versammelten Maschinisten lehnen es entschieden ab, unter dem Tarif des Geestemünder Maschinistenvereins zu stehen oder einzelne, persönliche Tarife mit den Reedern zu vereinbaren. Die Versammlung ist der unumstößlichen Meinung, daß nur dann ein friedliches, gedächliches Verhältnis Platz greifen kann, wenn der alte Tarif unter Mitwirkung des Verbandes zur Anerkennung gelangt.“

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß bedauerlicherweise eine Einigung mit den Reedern durch die wenig zum Frieden neigende Haltung des königlichen Hafeninspektors des Geestemünder Fischereibüros stark beeinträchtigt wird.

Das Maschinenpersonal der Fischdampfer ist nach wie vor jederzeit zu weiteren Verhandlungen bereit, wenn die Reeder geneigt sind, den Frieden durch Eingehen des Tarifverhältnisses wieder herzustellen, und die Kommission hat die Befugnis, in diesem Sinne weiter zu wirken.“

An das gesamte Maschinenpersonal ergeht nochmals die Aufforderung, den Bezug von den Fischdampfern der Unterweserorte strengstens fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Ein Dementi des französischen Kriegsministers.

Paris, 7. März. (B. Z. B.) Der Kriegsminister erklärt die Meldungen einiger Blätter über das grausame Vorgehen oder über eine Abberufung des Generals d'Esperey in Marokko für falsch. Der Kriegsminister habe niemals etwas davon gehört, daß Verbundene ihrem Schicksal überlassen worden seien, wie es die Blätter melden.

Es ist eine eigenartige Praxis, etwas rundweg für falsch zu erklären, weil man niemals etwas davon gehört habe. Richtiger wäre es doch wohl gewesen, wenn der französische Kriegsminister eine strenge Untersuchung angekündigt hätte.

Kein Eisenbahnerstreik in England.

London, 7. März. (B. Z. B.) Die Midland-Eisenbahngesellschaft veröffentlicht eine Erklärung, sie habe den Bahnwärtler R i c h a r d s o n entlassen. Seine neuerlichen Erklärungen über sein Verhalten oder hätten die Lage geändert, so daß sie ihm seine Wiedereinstellung angeboten hätte. Es wird auch hinzugefügt, daß die gegenwärtigen Bestimmungen, in der Absicht, den Beschwerden der Angestellten nachzukommen, einer Revision unterzogen werden sollen. Die Erklärung wird dahin ausgelegt, daß jede Möglichkeit eines Streiks beseitigt ist.

Schwere Bestrafung einer Suffragette.

London, 7. März. (B. Z. B.) Die Anhängerin des Frauenstimmrechts, die angeklagt war, den Teepavillon im Botanischen Garten in Brand gesteckt zu haben, wurde heute zu 18 Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Folgenschwere Schiffsexplosion.

Baltimore, 7. März. (B. Z. B.) An Bord einer Patte, die neben einem britischen Dampfer im unteren Hafen Dynamit einlud, ereignete sich heute eine Explosion. Beide Schiffe wurden vollständig zerstört. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 23 Mann, die auch auf der Patte arbeiteten. Es sollen 43 Mann getötet und 50 Mann verletzt sein.

Eine gewaltige Feuersbrunst in Yokohama.

Yokohama, 7. März. (B. Z. B.) Eine gewaltige Feuersbrunst hat heute im Geschäftsviertel der Stadt die Bärsche, mehrere Erdenebenen sowie Warenhäuser sowie etwa 250 andere Gebäude eingäschert. Der Schaden wird auf eine halbe Million Yen geschätzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

128. Sitzung, Freitag, den 7. März 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsident: Dr. Solf.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichskolonialamts

wird fortgesetzt.

Abg. Roske (Soz.):

Herr v. Liebert hat mir gestern gesagt, ich hätte ihm vor zwei Jahren mit Unrecht vorgeworfen, daß er sich an faulen Gründungen beteiligt habe, und hat uns eine Darstellung des Vorganges gegeben. Tatsächlich war seine Entschuldigungsbrede eine Anklage; er hat uns mitgeteilt, daß sein Name tatsächlich unter einem Gründungsprospekt gesetzt worden ist, der als solcher der allerfaulsten Art angeheftet werden muß. (Hört! hört!) Und er hat seinen Namen dann nicht zurückgezogen, um vertrauensvolle Leute vor Schaden zu bewahren, sondern hat den Schwindelprospekt unwiderprochen in die Welt gehen lassen. Die Folge davon ist, daß eine ganze Anzahl gutgläubiger Leute ihr Geld dadurch verloren haben. Wenn ich darüber zu verfügen hätte, würde ich ihn dafür hinter Schloß und Riegel setzen lassen (Heiterkeit). Liebigens hätte uns Herr v. Liebert, wenn er von einer Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien redet, uns auch mitteilen können, ob die verunglückte Baumwollengesellschaft, an der er sich beteiligte, diejenige war, bei der nachher ein Aufsichtsratsmitglied zu unredlich Dividende eingestrichelt hat, das er dann zurückgezahlt hat, weil die empörten Aktionäre ihn deswegen verklagen wollten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger warf meinem Genossen heute vor, daß einige von seinen Darstellungen nicht ganz richtig seien. Gerade er müßte mit solchen Rügen an andere sehr vorsichtig sein, denn ihm sind in kolonialpolitischen Fragen doch recht erhebliche Irrtümer nachgewiesen worden. Er, der Vielbeschäftigte, hat erst kürzlich ein Buch über allerlei kolonialpolitische Fragen geschrieben, zu denen die „Deutsche Kolonialzeitung“ meinte, es wäre bedauerlich, wenn ein Derart mit Unrichtigkeiten durchsetztes Buch weite Verbreitung fände. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch hat er dabei etwas urkommunistische Reigungen bewiesen, indem er ganze Seiten anderen Schriftstellern entlehnte, ohne davon Mitteilung zu machen. (Hört! hört!) Herr Semler gab Zahlen an über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete. Die sind uns auch bekannt, aber er hätte auch das Gegenstück anführen sollen, die großen Verluste, die wir in Deutschland aufwenden mußten und noch aufwenden müssen, um solche wirtschaftlichen Ergebnisse in den Kolonien zu zeitigen. Mir erscheint es doch fraglich, ob die Summe von Arbeitslohn, die die Arbeiter dadurch verdienen, weil Waren nach den Kolonien ausgeführt werden, so hoch sind, wie die Steuern, die sie zahlen müssen, damit die Mittel für die Kolonien aufgebracht werden. Wir stehen selbstverständlich auf dem Boden der gegebenen Tatsachen, auf dem wir verstanden, unsere Ideen durchzusetzen. Die Periode der kolonialphantastischer ist vorüber. Der Sieg von 1907 war noch hoffert auf dem niederträchtigsten kolonialschwindel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 250 Millionen sind bisher für die Kolonien aufgenommen worden, 1913 müssen wieder 53 Millionen aufgenommen werden. Der Staatssekretär hat sich gegen Angriffe auf die Schutztruppe verwahrt. Ungerechte Angriffe habe ich aber nicht gehört. Wegen die Menschenjagden in Südwestafrika hat sich auch der bekannte Afrikareisende Dr. Schilling gewandt, der feststellt, daß die Löwenplage dort so zugenommen hat, weil die Löwen sich an Menschenfleisch geradezu haben mästen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Begründung dafür, daß die Militärkosten in Höhe von 10 Millionen weiter bestehen sollen, weist man auf die Gefahr der Farmer hin. Diese selbst protestieren gegen die Behauptung, ihnen allen würden die Häse abgeknippen, als unwürdig und unvernünftig. Herr v. Liebert ist gestern noch einmal für die Siedelungen eingetreten, die doch lediglich eine Seifenblase waren. In fast allen Kolonien ist der Gesundheitszustand schlecht; die weiße Bevölkerung nimmt infolge dessen nicht zu, wohl aber die chinesische, die in wirtschaftlicher Beziehung binnen kurzem die Herren des Landes sein wird.

Den Staatssekretär nennen die Samoaner den schönen Vielversprechenden. (Heiterkeit.) Nach seiner gestrigen Rede läuteten wir ihn als „Schönredner“ bezeichnen. Was er gestern über die Arbeiterfrage gesagt hat, hat uns durchaus sympathisch berührt. Aber man muß solche Rede deshalb mit genügender Vorsicht aufnehmen, weil die Taten mit den schönen Worten nicht übereinstimmen. Daß die weißen Arbeiter sich gegen die Konkurrenz ausländischer Arbeiter wehren, ist selbstverständlich, aber nicht, weil diese andersartig sind, sondern weil sie Lohnbrüder sind. 300 Mark werden im Jahre an einen farbigen an Lohn gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist den Farmern schon zu viel, und die Regierung hat ihnen versprochen, dafür zu sorgen, daß die Löhne nicht höher werden. Das ist eine sonderbare Art vormundschafterlicher Fürsorge für die schwarzen Kinder. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese väterliche Fürsorge kommt nicht den Schwarzen, sondern den Farmern, also den ausgewachsenen weißen Kindern zugute. Mit falschen Versprechungen wirbt man die Leute als Arbeiter an: diese Heranziehung der Leute zum Land- und Viehwirtschaften ist geradezu ein Krebsgeschwür für das Land geworden; der Landbau wird dadurch vernachlässigt. Natürlich kommen auch zahllose Liebergriffe gegen die Eingeborenen vor. Weil der Gouverneur die Ovambos nicht zur Arbeit nach Südwestafrika einführen will, wird er von den Farmern angegriffen und verpöbelt. Dabei herrscht im Ovamboland bereits Hunger und Not aus Mangel an Menschen. Daß die in Südwestafrika arbeitenden Ovambos geprügelt werden, kann nicht Wunder nehmen; in einem Fall, der zur Anzeige kam, erfolgte Freisprechung (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und die Farmer verpöbelten den Beamten, der die Anzeige erstattet hatte, als Ritter von der traurigen Gestalt. Man sagte gestern, auch in der Kolonialpolitik muß Recht Recht bleiben. Dabei ist der Beginn der Kolonialpolitik sowie die ganze Siedelungspolitik nichts als ein

eklatanter Rechtsbruch.

bei dem den Leuten ihr Land genommen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Strafen in den Schutzgebieten haben ständig zugenommen; in den vier Schutzgebieten sind nicht weniger als 7381 Prügelstrafen verhängt worden. Speziell Kamerun heißt dort überall das fünfundsiebzigjährige Land, nämlich das Land, wo stets zu 25 Hieben verurteilt wird. Ein Weiber, der ein zehnjähriges schwarzes Mädchen bergewaltigte in einer Weise, daß das Kind starb, wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt; die Farmerpresse fand dies Urteil zu hart. Ein 16-jähriger Neger, der ein 4-jähriges weißes Kind vergewaltigte, erhielt 8 Jahre Zuchthaus, und hier heulte die Farmerpresse, das Urteil ist zu milde, an den Galgen mit dem Wengel. Der Gouverneur trug dieser Stimmung Rechnung und hob das Urteil auf, damit ein Todesurteil gefällt werden könnte, was auch geschehen ist. Der Gouverneur bestreitet das. Sollte es zutreffen, so verdiente er, inhaftiert zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zur wirtschaftlichen Erschließung der Schutzgebiete tragen Eisenbahnen bei, aber in dem Hurratempo, wie es gestern verlangt wurde, können sie nicht gebaut werden, wir müssen auch an die denken, die sie bezahlen sollen. Auch die Selbstverwaltung soll gefördert werden; aber auf keinen Fall darf eine Handvoll Weiber über das Eigentum der Eingeborenen nach Belieben verfügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Regierungsschulen sollten möglichst große Mittel aufgewandt werden, damit die Eingeborenen nicht in die Religions- und Missionärsjunkererei hineingezogen werden. Auf dem Gebiete des Schulwesens wird fast der verfliegene Herren- und Kassenstandpunkt vertreten. Kein reinrassiges Kind darf in Regierungsschulen aufgenommen werden; das ist der bekannte ostelbische Standpunkt, daß die dümmsten Arbeiter die besten sind. Mit allem Nachdruck verlangen wir die Aufhebung der Hauskammer zur dem geistlich selbigelegten Zeitpunkt. Wie sehr wir positiv mitarbeiten, beweist unsere Zustimmung zu einer ganzen Reihe von Anträgen in der Kommission. Die Einfuhr von Spirituosen sollte in Kamerun ebenso verboten werden wie in dem belagerten Kongo. Ich glaube Ihnen nachgewiesen zu haben, wie un begründet die gestrigen Angriffe auf unsere Haltung zur Kolonialpolitik gewesen sind. Ich habe Ihnen unser positives Programm dargelegt. Wir bekämpfen nach wie vor jede Art von Ausbeutung und Ausbeutung und werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Förderung der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung der Schwachen und Unterdrückten in den Kolonien immer weiter getrieben wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Soojchen endlich hat uns einige gute Landschaften beschert, diagonal-passabel. Hier Neue, aber nichts Neues. rbr.

Theater.

Theater in der Königgräber Straße: „Macbeth“. Paul Wegener, der aus dem Reinhardt-Ensemble, das seiner sich immer reicher entwickelnde Kraft den farbigsten Hintergrund und freiesten Spielraum bot, ja leider scheidet, trat in dieser Aufführung zum ersten Mal als Macbeth auf. Ob Shakespeare den blutbesetzten schottischen Tyrannen, der durch Neudelmord den Thron erobert und, seinen Rand zu sichern, während weiter mordet, bis er nach dem doppeldeutigen Gezenmorde fällt, sich so gebadet hat, wie ihn der Schauspieler gestaltete, kann wohl bezweifelt werden. Gewiß ist, daß Wegener die Figur ganz abseits von dem hergebrachten Stil gab. Jedes war diese Wegenerische Auffassung so sehr in dem Charakter selbst verankert und mit solcher Folgerichtigkeit durchgeführt, daß nirgendwo ein Riß im Wilde störte. Man sah nicht geistreichende Experimentiererei, die lägelnd darauf ausgeht, durch einzelne Nuancen Auffehen zu erregen, alles strömte aus der Fülle lebendiger Empfindung, die sich zwanglos mitteilt. Er spielte den Macbeth anders, nicht darum, weil er anders spielen wollte, sondern weil er ihn anders gefühlt, durchlebt hatte. Wer wollte sich auch anmaßen, zu entscheiden, ob eine Auffassung einer bestimmten dichterischen Schöpfung und welche etwa, mit Ausschluß aller anderen die „richtige“ sei? Sind denn die Charaktere, die die großen Dichter zeichnen, im Gegensatz zu denen, die uns das Leben zeigt, so eng umgrenzt, so eindeutig in ihrer Ausprägung, daß sie sich in fest fixierte Formeln spannen lassen? Liegt nicht eben darin: die mannigfachen Möglichkeiten individueller Deutung herauszuarbeiten und sie im Wilde darzustellen, einer der wesentlichsten Reize schauspielerischer Kunst?

Der Macbeth Wegeners war kein dämonischer Heros, vielmehr ein primitives schlichtes Menschenkind mit breitem, dauerlich-naiv dreinschauendem Antlit. Nicht königlich gebietend, doch von redender Gliederkraft. Ein enger, schwerfälliger Geist, der durch den Spruch des Hexen, die Verheißung der Königskrone, aus seinem trägen Gleichmaß einmal aufgerüttelt, blindlings von Begier entflammt vorwärts taumelt — in dumpfer Vorahnung, daß er sich selbst so sein Verderben schafft. Ein animalischer Sinnemensch von täppisch-zärtlicher Verliebtheit in sein Weib, die den noch Schwanken den zur Bluttat treibt. In allen Freveltaten ein geborgtes Tier, für das man Mitleid fühlt. Die innere Unentinnbarkeit des Zusammenbruchs drängt sich gerade so, wie Wegener die Gestalt angelegt hatte, mit zwingender Gewalt den Sinnen auf. Den Gipfel bildeten die letzten Szenen. Er verschmäht das laute kriegerische Pathos, das sonst hier üblich. Dafür entrollte er ein unvergleichlich packendes Gemälde feilscher Vermärbheit, untermischt mit Augenblicken jäh aufflackernder abergläubiger Hoffnung. Weib geworden Wüchsel struppigen Haars hängen in das vom Schmerz versteinerte Gesicht, und in todwundem Tone ringt sich das Abschiedswort von seinen Lippen. „Aus Kerstein, aus! Das Leben ist ein Wanderschatten mir; ein Komödiant, der auf der Bühne ein Ständlein tobt und raft, und dann nicht mehr gehört wird.“ Es waren Worte die sich nicht vergehen lassen. Die Erregung entlud sich in brausend vordrohendem Applaus.

Abg. Hartmann (Z.) wünscht Förderung der Frauenhaushaltungsschulen in den Kolonien.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Gewiß haben wir unsere Haltung zur Kolonialpolitik geändert, aber auch das Verwaltungssystem hat sich in der Zeit von Stübel bis Solf geändert. Ein hervorragender Praktiker der Kolonialpolitik, ihr holländischer Genosse van Kol, hat Ihnen mit Recht auf dem internationalen Stützpunkt Kongress zugerufen: „kommen Sie doch aus Ihrem Schmolzwinkel heraus und arbeiten Sie auch endlich praktisch mit, die Zeit der Phrasen muß zu Ende sein.“ Die Reden der Abg. Henke und Roske werden sicher in einigen Wochen wörtlich in den Hottentottzeitungen abgedruckt werden. (Heiterkeit.) Das beste Mittel, die Eingeborenen zur praktischen Arbeit zu erziehen, sind sicher die Schulen. Revisionen der Missionsschulen sollen in Südwestafrika überhaupt noch nicht vorgelommen sein. Eine planmäßige Aufsicht über die Missionsschulen ist absolut notwendig. (Sehr richtig! links.) In Ostafrika bestehen für 7 1/2 Millionen Einwohner nur 7 oder 8 Regierungsschulen. Herr Erzberger nannte die Regierungsschulen zwar Propagandaschulen für den Islam, aber das Gegenteil ist wahr. Nur die Regierungsschulen machen den Koranschulen mit Erfolg Konkurrenz und paralysieren den islamistischen Einfluß, während die Missionsschulen wegen des Mißtrauens der Eingeborenen nicht dazu imstande sind. Das Reich hat überhaupt keine religiöse Propaganda zu treiben.

Abg. Reinitz (nat.): Der Abg. Roske hat gegenüber den Erfolgen unserer Kolonialpolitik hingewiesen auf die großen Kosten, die für sie aufgewendet werden müssen. Gewiß, unsere ganze Kolonialpolitik ist eine Saat auf Hoffnung, aber ihre Entwicklung berechtigt uns doch zu einem gewissen Optimismus. Die Kolonialkriege können wir nicht so beurteilen, wie europäische Kriege. Die Schutztruppe ist gezwungen, irgend einen positiven militärischen Erfolg zu erringen, um die Aufstandslust der anderen Stämme zu dämpfen. Allerdings sind die Kosten der Schutztruppe sehr hoch, die Anstiedler sollten mit herangezogen werden zum Kriegsdienst. — Die Ausführungen des Staatssekretärs zur Eingeborenenfrage waren allerdings etwas theoretisch. Die An siedelung von Leuten mit etwas Kapital, die einige farbige Arbeiter beschäftigen können, halten wir für durchaus möglich. Wünschenswert wäre eine klare Auskunft darüber, wieviel Kapital für notwendig erachtet wird für die Gründung einer sogenannten mittleren Siedelung.

Abg. Dr. Dietel (L.): Im Vertrauen zum Staatssekretär des Kolonialamts stimme ich dem Vordredner zu, auch darin, daß wir Frauen nach den Kolonien bringen sollen, Frauen sind der beste Ausfuhrartikel, den wir haben. (Heiterkeit.) Auch Herrn Müller-Meiningen kam ich in der Hauptsache zustimmen — ein verhältnismäßig seltener Fall. Die Förderung der Schulen ist eine sehr wichtige Aufgabe der Kolonialverwaltung. Es wird auch nötig sein, ein Schulrecht festzustellen. Freilich möchte ich vor allzuviel Revisionen der Schulen warnen. Zwischen den Anschauungen des Abg. Roske und meinen laßt eine unüberbrückbare Kluft; mir ist es unverständlich, wie man im Zusammenhang mit unserer Schutztruppe von Menschenhändlererei und Massenmord sprechen kann. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Ueber die Erziehung der Eingeborenen hat der Staatssekretär theoretisch sehr schön gesprochen; aber praktisch ist doch Kultur ohne Christentum nicht möglich und Erziehung zur Kultur kann nur Erziehung zum Christentum sein. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Ein schleunige Kredithilfe für die Farmer und die von ihnen gegründeten Genossenschaften ist dringend notwendig. — Zum Schluß noch eine Bitte: man sollte doch die afrikanischen Ortsnamen in den Schutzgebieten durch deutsche Namen ersetzen (Abg. Ledebour [Soz.] Hohenzollernland). Ich würde auch gegen ein Ledebourdorf nichts einzuwenden haben. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Dr. Solf: Meine Anschauungen über die Eingeborenenfrage sind nicht hier am grünen Tisch rein theoretisch entstanden, sondern in Samoa. In einem Lande mit 7 Millionen Negern können wir nicht ohne weiteres die allgemeine Schulpflicht einführen; aber wir unterstützen jede Art von Schulen. — Die Schlußfolgerungen v. Lindemanns in der Siedelungsfrage kam ich trotz meiner Beobachtung vor ihm nicht teilen. Eine bestimmte Zahl für eine Mitteliedelung zu nennen, ist unmöglich. Es wird immer darauf ankommen, ob der Betreffende genügend Erfahrung und Tüchtigkeit hat, 30 bis 40 000 M. halte ich für Anstiedler, die von hier aus in die Kolonien gehen wollen, für das mindeste. Herrn Roske bin ich noch eine Antwort schuldig auf seine Anfrage über die unglücklichen verarmten Hottentotten. Ich habe mich über ihre

Eine sehr gute Darstellung fand auch die Lady Macbeth — ihre Fäde, der wilde Ehrgeiz und die folgernde Klage der von den furchtbaren Visionen der Nordtat Verfolgten — durch Irene Friesch. Die Inzenerung brachte eine Reihe bei aller Einfachheit malerisch eindrucksvoller Bilder. di.

Musik.

Vollständiges Konzert der Typographia. Diesmal ließ sich der anerkannt größte und leistungsfähigste aller Arbeitergesangvereine Berlin wieder einmal in der Hochschule für Musik hören. Die Wahl dieser würdigen Verwirklicht — im Gegensatz zu irgend einem Brauerkessel oder Zirkusraum — spricht für die Absicht, reine gefangensähnliche Aufgaben zu lösen. Man darf sagen, daß die Typographia hierzu befähigt ist. Mit einer seltenen Präzision, die trotzdem keine Spur von „Drill“ aufkommen läßt, verbindet sich eine tonale Einheit, in der gleichwohl jeder Stimmenkörper seine Selbständigkeit bewahrt. Daraus ergeben sich wunderbolle dynamische Farberwirkungen. Daß beim ersten Tenor in besonders hohen Tönen, freilich zumeist nur im Fortissimo, forcierte Spitzlänge vernnehmbar sind, diese kleine Unart läßt sich selbst bei den hervorragenden Künstlerhören nicht abstellen. Das Programm wachte volkstümlichen Charakter. Es brachte neben bekannten Chören eine Neuheit von Karl Goldmark, dem Rektor aller Gegenwarts-komponisten: „Frühlingszug“. Dieser Chor, den vier Waldhornbläser und das Klavier begleiten, ist stets des Erfolges sicher. Dagegen Bearbeitungen von Liedern speziell weiblicher Art, die nur für eine Sopranistin mit Klavierbegleitung gedacht sind, wie „Die Spinnerin“, zu Männerhören möchte ich selbst dann, wenn der Chorleiter (Schaub) nach Charakterisierung strebt, doch nur in Ausnahmefällen das Wort reden.

Als Solofilm trat Paula Weinbaum auf. Ihre Stimme offenbarte siegreichen Klang im höchsten Sopran und tiefsten Alt. Bei dieser Sängerin bestirbt immer die Fertigkeit und Energie, kurz die Eravour des Vortrags, der der dramatisch zu gestaltenden Vallade wie dem innig oder mit leidenschaftlichem Akzent genommenen lyrischen Liede durchaus künstlerisch gerecht wird.

Anton Helling spielte mit höchster Meisterschaft einige solistische Stücke auf seinem herrlich klingenden Violoncello. Chormeister Alexander Weinbaum ist nicht bloß ein Dirigent von hervorragender Qualität, er ist auch ein seiner Begleiter auf dem Klavier.

Das sowohl dem Chor wie den Solisten Zugaben abendigt wurden, ist eine Unsitte, gegen die sich die Konzertgeber in erster Linie stritte a b l e h n e n d verhalten sollten. o. k.

Notizen.

— Hermann Nissen, der Präsident der Bühnengenossenschaft, ist durch Erkrankung gezwungen, wochenlang jede Tätigkeit einzustellen. Er wird, auch auf der bevorstehenden Delegierten-beratung, durch Gustav Nadel vertreten werden.

— Im Zirkus Schumann findet Mittwoch, den 12. März, die letzte Oedipus-Aufführung statt. Für Sonnabend, den 22. März, ist die letzte „Jedermann“-Vorstellung angelegt, für die Sonntag der Vorverkauf beginnt.

Kleines Feuilleton.

Der „Napoleon des Films“. In dem Kampfe gegen die „Nordische Filmkompanie“, den die norwegische Presse führt, kommt manches Interessante zu Tage. Unter dem Titel „Der Napoleon des Films“ schrieb unser in Kristiania erscheinendes Parteiblatt kürzlich: „Vor fünfzehn Jahren wanderte ein armer, blinder Leierkastenmann in Skoonen (dem südlichen Teile Schwedens) von Markt zu Markt. Er war von einem großen, verhungerten Hund und einem mageren Jüngling begleitet. Der Blinde trug blaue Brillen und ein gewaltiger grüner Papierstreifen über die Stirn bedeckte ganz seine Augen. Als der Leierkastenmann einige hundert Kronen verdient hatte, verkaufte er den Hund, verabschiedete den Jüngling, steckte die Brillen in die Tasche, ritz den Papierstreifen von der Stirne. Er war wieder sehend geworden! Gott sei Dank! Und nun zog der frühere Leierkastenmann nach Kopenhagen, von wo er stammte und dieser Mann, Herr Ole Olsen verheiratet heute 8 Millionen Kronen!“

Das Blatt, das stets sehr vorsichtig und auch wohlinformiert ist, erzählt, wie Herr Olsen zuerst „lebende Bilder“ stellte, dann ein Kinoschauspiel mietete, eine Filmfabrik errichtete ließ sich und nach und nach 4 Kinoschauspiel erbaute. Dann gründete er eine Film-Aktiengesellschaft mit 1 1/2 Millionen Kronen, eben die „Nordische Filmkompanie“, deren Generaldirektor er noch heute ist. Seine Filmfabrik beschäftigt 400 Personen, von denen ein großer Teil mit 3 Kronen Tageslohn bezahlt wird. Für ein Kinoschauspiel bezahlt er gewöhnlich 300 Kronen und verdient daran mindestens 50 000 Kronen, manchmal hunderttausend Kronen. Die Aktien, die 100 Kronen Nominalwert haben, haben heute an der Kopenhagener Börse auf 400 Kronen! Und Herr Ole Olsen besitzt acht Millionen Kronen! und verlegt sich auf den „literarischen Film“ und den Trupf.

Wer wer schreibt das Film drama von dem blinden Leierkastenmann, der mit einer blauen Brille und einem großen Hund von Markt zu Markt zieht, und dann so sehend wird, daß er erkennt, was unserer Zeit tut: Der „literarische Film“ und der Film-trupf?

Wo ist der Filmdichter für diese Proteste aus dem Leben?

Hier neue Akademiker. Man kann nicht Trauben sammeln vom Dornenstrauch, noch Heigen von der Distel. Man kann von der königlichen Akademie nicht verlangen, daß sie Träger des Genies beruft. Sie würde sich dadurch einen Pfahl in das eigene Fleisch treiben. Die Mittelmaßigkeit ist ihr Maß, sie muß auch die Richtschnur ihres Handelns sein. Alles vertrieben heißt alles bezogen. So seien denn auch die vier Reuen mildtätig registriert. Zunächst: Kruse, ein Bildhauer; er hat einige Bildnisbüsten recht tüchtig gemacht, ein hölzernes Porträt vom toten Beethoven und eine schön erfüllte Plastik von seiner Mutter. Der bronzene Alt, der unter dem Titel „Läufer von Marathon“ berühmt war, wird heute bereits als leere Hölle empfunden. Von dem zweiten Bildhauer Felderhoff läßt sich nichts sagen; wenigstens, ich habe keine Vorstellung von ihm. Schulte im Hofe ist ein annehmbarer und nicht geschmackloser Bildhauer; er nutzt milde Farben, ohne die Oberflächlichkeit des gewöhnlich Dekorativen herzurufen.

Am Ministertisch: Dr. Lenzke, v. Dallwitz. Abg. v. Arnim (L.) begründet einen Antrag aller bürgerlichen Parteien auf Einfügung eines Notparagrafen in das Staatsgesetz. Der Etat wird bis zum 1. April nicht verabschiedet sein, wir müssen die Regierung ermächtigen, bis zu seiner Verabschiedung die notwendigen Ausgaben innerhalb der Grenzen des Etats weiter zu leisten.

Finanzminister Dr. Lenzke: Der Antrag befreit die Regierung von einer Verlegenheit, denn die Staatsausgaben können nur gemacht werden, wenn sie vom Landtag bewilligt sind. Die Regierung wird sich bis zur endgültigen Feststellung des Etats die nötige Beschränkung auferlegen.

Abg. Dr. Fahncke (Sp.): Wenn die Regierung den Etat dem Haupte einen Monat früher vorlegen würde, kämen wir nicht in diese Verlegenheiten.

Abg. Hoffmann (Soz.): So ist es! Der Etat muß früher eingebracht werden, sonst kommen wir nicht aus der Not des Reichsstandes heraus.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Der Grundstückskauf für das Abgeordnetenhaus.

Berichterstatter Abg. Bierck (H.) begründet den Antrag der Budgetkommission, dafür zu sorgen, daß der Paulskloster zwischen der Leipziger Straße, der Wilhelmstraße, der Prinz-Albrecht-Straße, der Königgräber Straße und dem Leipziger Platz für Reichs- und Staatszwecke erhalten bleibt. Außerdem soll die Regierung geeignete Schritte tun, um das an der Westseite des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße 5, liegende unbebaute Grundstück der Heeresverwaltung für den preussischen Staat, insbesondere für Zwecke des Abgeordnetenhauses zu erwerben. Der Berichterstatter beantragt Ueberweisung des Nachtragsetats von 6 Millionen an die Budgetkommission.

Finanzminister Dr. Lenzke: Da das Staatsjahr 1912 bald zu Ende ist, kann ich nur bitten, den Nachtragsetat bald zu verabschieden. Er ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und dem Reichsmilitärklub, die auf Grund eines einstimmigen Beschlusses Ihrer Budgetkommission geführt wurden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wir enthalten uns im Plenum aller weiteren Ausführungen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Da wir in der Kommission nicht vertreten sind, kann ich auf das Wort nicht verzichten. Eine große Tragikomödie findet jetzt ihren Abschluß, die unter der persönlichen Aufsicht Dr. Friedbergs begonnen hat. Unter viel Lärm wurde sie eingeleitet, aber es war ein Lärm um nichts! Es handelt sich um den bekannten Garten, den das Abgeordnetenhaus für sich zu haben wünscht. Die ganze Frage wäre ja leicht zu lösen, wenn der

Garten des Oberhauses

den „Gemeinen“ des Volkes — als solche wird dieses Haus betrachtet — zu benutzen gestattet würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da das nicht geschieht, soll dadurch für gleiches Recht gesorgt werden, daß auch das Abgeordnetenhaus sich einen Garten zulegt. Denn es ist ein gleiche Rechte handelt, sind wir immer bereit, Sie zu unterstützen. Seinerzeit hat die Frage hier im Hause ja einen förmlichen Aufruhr erregt; selbst bei den Freikonservativen, und das will gewiß viel sagen. (Heiterkeit links.) Selbst der sonst so friedliche Herr Hammer sprach von einem Vermögen des Ministerpräsidenten und Dr. Friedberg redete sogar von einer Duperettensimulation und trug das Couplet vor: „Habe manches schon erlebt, aber so etwas nicht!“ (Heiterkeit.) Der Ministerpräsident wurde zitiert, er kam, sprach zwei Worte, machte rechtum lehrte und verschwand. (Heiterkeit.) Wenn in diesem Hause so viel Sozialdemokraten wie Konservative wären, das Parlament hätte sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen und das Ministerium hätte sich eine solche Behandlung auch nicht herausgenommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Grundstücksangelegenheit bekommt einen sonderbaren Weisheitsgrad, wenn man sich einmal darüber informiert, welche Hände in dieser Geschichte stecken. Dann zeigt sich, daß diese Gartenfrage eine wunderbare Ähnlichkeit hat mit der Angelegenheit des Tempelhofer Feldes. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In beiden Fällen spielt ein

Baumstamm, ein Grundstückspekulant

eine große Rolle und zwar eine Rolle zum Schaden der preussischen Steuerzahler. Wir müssen einmal prüfen, mit welchem Grundstückspekulanten das Kriegsministerium dieses Geschäft gemacht hat. Bei der letzten Debatte in diesem Hause über diese Angelegenheit hat der Geheimrat Oberfinanzrat Köhlein hier erklärt: „Es gehört zu den militärischen Ausgaben zwecken, für die militärischen Ausgaben Geld zu beschaffen.“ Er erntete dafür förmliche Heiterkeit. Er wollte sagen, daß durch dieses Grundstückspekulanten das Kriegsministerium Geld bekomme. Als Abgeordnete aber haben wir die Pflicht, genau zu prüfen, wie diese Geldbeschaffung aussieht. Freilich, Herr Köhlein sprach von einer lokalen Behandlung der Abgeordneten und zwar in einem Ton und mit einer Pose, die Ihnen allen ja noch bekannt ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie hat ausnahmslos im Hause Protest hervorgerufen. Pose und Worte waren:

Wir kann feuern!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Ihnen diese Behandlung recht ist, das ist Ihre Sache, wir lassen sie uns nicht gefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus das Recht auf Erholung in einem Garten auf frische Luft hat. Dafür sollten 2 1/2 Millionen aufgewendet werden. Jetzt aber wird uns zugemutet, sechs Millionen zu zahlen. (Hört! hört! links.) Da sagen wir: Finger weg davon, dafür ist das Geld der Steuerzahler zu teuer! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, für ein Stückchen Garten sechs Millionen auszugeben, zumal der große Herrenhausgarten vorhanden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Herrenhaus hält im ganzen

12 bis 18 Sitzungen jährlich

ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Garten steht das ganze Jahr leer, auch während der Sitzungen. (Hört! hört! links.) Nur die Hunde des früheren Präsidenten habe ich bisher im Garten spielen sehen. (Heiterkeit.) Aber dazu ist er nicht da. (Sehr richtig! links.) Ein ganzes Rudel Hunde zermüllte und vernichtete den Garten, für den dann im Herrenhaus regelmäßig die Wiederherstellungskosten angefordert werden. (Hört! hört! links.) Wir sind auch dafür, daß das Abgeordnetenhaus nicht in gewerbliche Unternehmungen hineingebaut wird. Wir sind für mehr Freiheit des Abgeordnetenhauses, aber nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich möchten wir für Licht und Luft und Freiheit sorgen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Dieses

Lachen über Volksrechte

wird auch noch einmal ersterben, und die Zeit wird kommen, wo das Volk seine Rechte erobert wird und erobert muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In den Erläuterungen des Nachtragsetats wird über die Verhandlungen auf Zurücknahme des Grundstücks durch die Regierung gesagt: „Danach konnte der Erwerb dieses Grundstücks nur ermöglicht werden, indem Preußen sich gleichzeitig verpflichtete, an den Unternehmer, mit dem die Reichsverwaltung den Abschluß eines Kaufvertrages vorbereitet hatte, als Entschädigung den Betrag von 2 608 000 M. zu zahlen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also dafür, daß ein Grundstückspekulant auf ein Geschäft verzichtet, dafür soll aus den Mitteln der Steuerzahler diese gewaltige Summe gezahlt werden. Zur Begründung wird ausgeführt, daß der fragliche gewerbdmähige Grundstückspekulant Bankdirektor v. Winterfeld bereits erbe-

Zurückbeförderung in ihre Heimat mit dem Gouverneur von Südwestafrika in Verbindung gesetzt; er hat erhebliche Bedenken geltend gemacht, weil er meint, daß darunter gerade politisch höchst gefährliche, dem Aufsturz geneigte Leute sind. Nun habe ich einen neuen Bericht aus Kamerun erhalten, der an mein Mitleid appelliert. Es ist den Hottentotten dort schlecht gegangen, klimatische und sonstige Einflüsse haben sie dezimiert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das hat mir weh getan, trotzdem es Verbrecher waren, die eine starke Strafe verdient hatten. Ich habe mich noch einmal an den Gouverneur in Windhoek gewandt, man möchte doch die Bedenken zurückstellen. Natürlich werde ich ihm aber nicht meine Meinung aufdrängen, damit werden die Herzen einverstanden sein, die eine gewisse Dezentralisation wünschen. Sie sehen jedenfalls, daß wir das gleiche Mitleid mit den Leuten haben wie Sie. (Wahr!)

Abg. Dr. Wamm (Wirtsch. Bg.): Das wichtigste ist die Missionstätigkeit in den Kolonien. Wir haben den Eingeborenen das Beste zu bringen, was wir haben, und das ist das Kreuz. Wenn man von Menschenjagden spricht, so haben solche in den Kolonien früher seit Jahrtausenden in viel schlimmerer Nähe zwischen den einzelnen Stämmen stattgefunden.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

In der Denkschrift über die Neuwerbungen in Äquatorialafrika ist der schlechte Zustand der an Deutschland neu übergegangenen Gebiete auf die Konzeptionsgesellschaften geschoben, deren Uebernahme der Reichsregierung unter den Schattenseiten des Vertrages aufgeführt hat; er meinte freilich, unter der deutschen Gerichtsbarkeit würde es anders werden. Wir haben allen Grund zum Mißtrauen dagegen, daß die Regierung entschlossen ist, den Kampf gegen die Vordringlichkeit der Konzeptionsgesellschaft mit Entschiedenheit aufzunehmen. Die Denkschrift von 1911 spricht mit merkwürdiger Diskretion von einem Vorgang, der in Deutschland so gut wie keine, in Frankreich dagegen desto größere Beachtung gefunden hat, nämlich von dem Versuch, Verhandlungen zwischen der Kongo-Sangha-Gesellschaft und jenseits der Grenze gelegenen deutschen Gesellschaften anzubahnen. Diese Verhandlungen sind aber gescheitert. Jedenfalls geht aus der Denkschrift deutlich hervor, daß die Regierung solchen Versuchen nicht unsympathisch gegenübersteht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich müßten solche Verhandlungen eine Stärkung der Konzeptionsgesellschaften zur Folge haben. Den Gesellschaften wird man sowohl die Art ihrer Gründung vor, dann vor allem die unterzeichneten Verträge, die sie mit den Eingeborenen geschlossen haben, und den Raubbau, den sie am Kaufschul betreiben. Ihre Tätigkeit ist die organisierte Plünderung der Kolonie gewesen. (Hört, hört!), sagt ihr der Franzose Wollette nach. Ganz derselben Art sind die Vorwürfe, die gegen das Kamerun-Kaufschul Syndikat erhoben worden sind. Es kann und nicht gleichgültig sein, daß die deutsche Regierung solche Bestrebungen unterstützt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Bestrebungen haben auch hier im Abg. Semler einen Fürsprecher gefunden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Für meine Behauptung, daß die Verhandlungen von der deutschen Regierung unterstützt worden sind, ja, daß die deutsche Regierung direkt davon teilgenommen hat, gibt es amtliche Belege. Die Kongo-Sangha-Gesellschaft schreibt am 17. Januar an den Minister des Auswärtigen in Paris, die deutsche Regierung habe den Dr. Semler mit diesen Verhandlungen beauftragt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 21. Mai wird geschrieben, Dr. Semler würde in Paris dem Minister durch den deutschen Botschafter vorgestellt werden. Der Berichterstatter der französischen Budgetkommission erwähnt ein Schreiben des Ministers an Herrn Deschanel, in dem es heißt, die deutsche Regierung habe Dr. Semler als denjenigen bezeichnet, der mit den Verhandlungen beauftragt worden sei. (Zuruf des Abg. Dr. Semler.) Herr Dr. Semler wundert sich über das Erkennen meiner Freunde. Sicherlich hätte die deutsche Regierung besser getan, sich eine größere Zurückhaltung aufzulegen. Der Berichterstatter der französischen Budgetkommission sagt, man zählt mit Bedauern

die Titel des Dr. Semler

auf, Rechtskonsultant in Hamburg, Mitglied des Reichstages, Berichterstatter im Reichstag für den Etat des Kolonialamts (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), Vorsitzender der Südamerikaner-Gesellschaft usw. Es ist Herr Dr. Semler zum Vorwurf gemacht worden, daß er trotz seines Interesses an den Dingen des Referat zum Kolonialamt übernommen habe. Dr. Semler hat erklärt, er erblicke keinen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit für die Gesellschaften und seiner Tätigkeit als Berichterstatter. Ich bin gern so wohlwollend, ihm zu glauben, daß er diesen Zusammenhang nicht erkennt; aber objektiv steht die Tatsache fest, daß die Eigenschaft des Herrn Dr. Semler als Berichterstatter für den Etat des Kolonialamts als Beweis für seine Qualifikation zu gewissen geschäftlichen Verhandlungen angesehen worden ist und da sollte der Reichstag doch darauf Wert legen, daß Dr. Semler nicht auf einen derartigen belästigten Posten gestellt wird. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch in andern Fällen haben Beamte der Regierung eine Tätigkeit entfaltet, die durchaus nicht eine Förderung der Handelsfreiheit bedeuten. So hat die „Compagnie Forestière“ in ihrer Hauptversammlung am 17. November 1912 mit Befriedigung konstatiert können, daß nach der Abtretung Kameruns an Deutschland ihre Geschäfte durch die deutsche Regierung nicht im geringsten gestört worden seien. Das haben also alle ihre eigentümlichen Verträge mit den Eingeborenen, ihr Raubbau an Kaufschul usw. nicht verhindert. Ferner soll eine andere Gesellschaft die Unterstützung der Regierung erhalten haben. Es handelt sich da um den Bau der Bahn von Duval bis an den Kongo, der auch gestern von Herrn Semler sehr lebhaft bekräftigt worden ist. Ich habe die Befürchtung, daß die betreffende Konzeptionsgesellschaft durch die Fortführung dieser Bahn in der genannten Richtung eine erhebliche Kräftigung erfahren wird. Es haben schon früher in Paris und in Berlin über diesen Bahnbau zahlreiche Verhandlungen stattgefunden und Herr Dr. Semler hat dabei ein lebhaftes Interesse dafür an den Tag gelegt. Der Botschaftsrat in Paris v. d. Lancken hat sich der Vermittlung des Herrn Dr. Semler bei der Förderung dieser Geschäfte bedient. Ich finde nicht, daß es Aufgabe eines deutschen Botschafters in Paris ist, solche Konzeptionsgesellschaften zu unterstützen. Es ist uns natürlich ganz gleichgültig, welche Privatnützigkeit etwa Herr Dr. Semler ausübt, und wenn es ihm so schlecht geht, wie in Paris, wenn er so abfallen muß wie in diesem Falle, so ist das sein Pech. Das ist mir persönlich ganz gleichgültig, ich habe für ihn das Mitleid, das seiner Wirksamkeit entspricht, aber ich glaube, wir können verlangen, daß wo es sich um ganz private Geschäftsinteressen handelt zugunsten einiger großer Konzeptionsgesellschaften, die Beamten der Regierung sich eine größere Reflexion auferlegen. Es würde nichts schaden, wenn der Botschaftsrat v. d. Lancken die Grenzen einer normalen und angemessenen Tätigkeit zurückgewiesen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte die Konzeptionsgesellschaften durchaus nicht irgendwie zärtlich behandeln, man sollte von keinem Mittel ihm gegenüber zurückweichen, auch nicht vergessen, daß z. B. vorgehen ist das Mittel der Einsetzung, und daß vor allem das Ziel der Handelsfreiheit im Auge behalten werden muß. Ich betone nochmals, daß im ganzen Hause Uebereinstimmung herrscht über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Konzeptionsgesellschaft. Wir haben diese Kolonialpolitik niemals unterstützt, aber wir denken daran, welche schweren Lasten sie dem Volke aufzwingt, und wir erleben entschieden den Anspruch, daß dieses Opfer von der Regierung respektiert werden. Die kolonialen, mit teuren Opfern erlangten Gebiete dürfen wir nicht einem brutalen und skrupellosen Regime moderner kapitalistischer Konquistadoren ausliefern. (Lebhaftes Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Ich bin durch diesen Angriff überrascht und habe kein Material. Aber ich brauche Material auch gar nicht. Ich irgendeinwas dergleichen in der Luft lag, würde ich bereits heute. Es ist mir mitgeteilt worden, die Sozialdemokraten wollten mir etwas anhängen, weil ich gestern die völlige Richtigkeit ihres Standpunktes in der Kolonialfrage scharf kritisiert habe. Dazu sollte ich nun an den Ringer gestellt werden. (Große Un-

ruhe bei den Sozialdemokraten.) Das nennt man eine kleine Intrigue. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die meisten von dem Vorredner vorgebrachten Tatsachen sind längst bekannt. Wenn mir nicht von sozialdemokratischer Seite, aber sonst von irgendjemand der Hint gegeben werden sollte, daß meine Stellung nicht ganz sauber wäre, würde ich dem sofort Folge geben, und wie ich früher schon mein Referat über Kamerun niedergelegt habe, auch mein Referat über den Hauptetat niederlegen. Warum handelt es sich denn? Ich wurde vor einigen Jahren gefragt, ob ich bereit sei, in den Ausschuss der Gesellschaft Südamerica an leitender Stelle zu treten. Sie gab damals keine Dividenden und Anteile. Das lag mir bei meinem bürgerlichen Beruf als lautmännischer Anwalt in Hamburg nahe. Wir können doch nicht alle Journalisten, Schauspieler oder sozialdemokratische Beamte sein. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen einen bürgerlichen Beruf haben, von dem wir in Ehren leben (Lachen bei den Sozialdemokraten), der uns die Möglichkeit gibt, die Dinge hier im Reichstag vom grünen Baum der Praxis zu beurteilen. Sonst dürften hier keine Landwirte, keine Spiritusinteressenten, dann dürften hier auch keine Sozialdemokraten sitzen, denn Sie alle (zu den Sozialdemokraten) leben ausschließlich vom Geschäft. (Große Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich damals, weil ich mir klar sein wollte, ob irgendwie eine Interessentallision entstehen könnte, schriftlich an das Kolonialamt gewandt, und mir ist das Gegenteil versichert worden. Ich habe auch bei den Kollegen an der Budgetkommission herumgefragt, ob ich das tun könne, und man hat mir auch gesagt, es läge kein Bedenken vor. Der Gesellschaft ist es dann immer besser gegangen, sie gibt jetzt auch Dividenden und Anteile in vernünftigen Grenzen. Ich frage, ob da irgendwelche Unlauteres dabei ist. Die Gesellschaft hat unter meiner Leitung eine sehr arbeitserfreundliche Politik betrieben. Wenn man hier den Versuch macht, mich, weil ich Ihnen (zu den Sozialdemokraten) etwas Unangenehmes gesagt habe, in eine peinliche Lage zu bringen (Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten: Nur deshalb!), sehe ich mich darüber hinweg. Ich weiß auch nicht, was es Böses sein soll, wenn mir das Anständige Amt einige französische Herren zuschickt, denen ich Rat erteilen sollte. Das kommt alle Tage vor. Dann soll ich in Paris abgefallen sein. Dort sitzt ein ganz ausgezeichneter Botschaftsrat, v. d. Lancken, ein kluger und sehr tüchtiger Beamter. Der hat Herren, die sich aus Frankreich an ihn wandten, freundliches Wohlwollen bewiesen, und sie auf den richtigen Weg geleitet. Es handelt sich dabei um die Frage der Schiffahrt auf dem oberen Kongo, und es war mit Rücksicht auf das neu erworbene Gebiet sehr wünschenswert, wenn neben den Franzosen und Belgiern auch wir Deutsche dort eine Verbindung bekommen. Da habe ich mich mit Freunden zur Vermittlung angeboten, ohne persönliches und geschäftliches Interesse. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ja, Herr Ledebour, das verstehen Sie nicht, wenn Sie solche Geschäfte führen müßten, da würden allerdings solche Juristiken herauskommen, wie Sie sie mir zumuten. Ich habe mich also mit Freunden bereit erklärt, da mitzuwirken, und vorausichtlich wird schon am 1. April von den Dampfern auch unser Gebiet besafhen werden. Das sind die Unterlegen für diese etwas kläglichen Angriffe als Rebhände für meine gestrige Rede. (Wahr! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Ich lehne entschieden die Unterstellung des Abg. Semler ab, als ob mein Vorgehen eine Rebhände für seine gestrige Rede von gestern gewesen sei. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auf diesen Einwand war ich wirklich nicht gefaßt, denn schließlich gehört nicht übermäßige Scharfsinnigkeit dazu, um zu entdecken, daß ich trotz aller Geistesgaben, die mir Dr. Semler vielleicht zuschreibt, dieses schwierige Thema der Konzeptionsgesellschaften nicht seit gestern abend durchdringen konnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Entschieden wenden mich ich mich aber gegen die Veranschaulichung des einfach abgetriebenen Tatbestandes, wie sie sich objektiv aus der Rede des Abg. Dr. Semler ergibt. Es ist mir gar nicht eingefallen, eine Rede über oder gegen den Abg. Dr. Semler zu halten. Ich habe ausdrücklich betont, daß mich kein persönliches Schicksal absolut nicht interessiert, sondern ausschließlich die Wirtschaft der Konzeptionsgesellschaften in Afrika. Wenn in diesem Zusammenhang bei der Besprechung der Tätigkeit der Konzeptionsgesellschaften der Name des Abg. Dr. Semler genannt werden muß — meine Schuld ist das wirklich nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn bei der ganz einwandfreien, einfach nicht zu erschütternden Schilderung der Tatsachen Herr Dr. Semler irgendwie herabgesetzt werden muß, so trage ich auch hieran nicht die Schuld, das ist lediglich sein eigenes Verdienst. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und er muß auch die Konsequenz seines sehr — verdienstvollen — Wirkens zu tragen verstehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Mich hat an der Person des Dr. Semler nur das Moment interessiert und interessiert mich auch noch nach seiner mehr temperamentvollen als überzeugenden Erwiderung, das ist die Tatsache, daß er der Referent des Reichskolonialamtes ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich war sogar so wohlwollend, ihm gegenüber zu äußern, daß er sicherlich im besten Glauben gelebt hat, es bestche keine Spur eines Zusammenhanges zwischen seiner privaten Tätigkeit und dieser seiner Eigenhaft. Gewiß, ich will mich jetzt noch so stellen, als würde ich ihm das zugeben. (Heiterkeit.) Aber im übrigen ist objektiv nicht zu dreistehen, daß diese seine Eigenhaft als Referent des Reichskolonialamtes zur Empfehlung dient hat bei gewissen geschäftlichen Transaktionen, und das ist das Entscheidende. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sollte uns eigentlich dankbar dafür sein, daß wir ihn auf diese Komplikationen seiner geschäftlichen und öffentlichen Tätigkeit hinweisen. Wenn er das nicht empfindet, so muß nach meiner Meinung der Reichstag das genügende Wohlwollen für Herrn Dr. Semler haben und ihm die Möglichkeit erlauben, in so peinliche Situationen zu geraten. — Was mich ferner interessiert hat, ging Herrn Dr. Semler überhaupt nichts an, es war die Wirksamkeit der Regierung in ihrer Mitwirkung an solchen privaten Geschäften, die geeignet ist, die Handelsfreiheit noch mehr zu unterbinden und die Konzeptionsgesellschaften noch mehr zu stärken. Das ist der Kernpunkt der Frage, und wir werden Herrn Dr. Semler nicht erlauben, daß über diese entscheidende Frage irgendein Schleier gebet wird. Ich erwähne die Namen der Abgg. Bassermann, Dr. Wiemer, Hanfmann, Herr v. Bethmann Hollweg, die alle damals bei Beratung des Kongoprotokolls die Konzeptionsgesellschaften verurteilt haben. Herr Bassermann sprach damals von einer schweren Trub cru. Diese Dinge zu beleuchten, werden wir uns nicht nehmen lassen, mag Herr Semler sich noch so beleidigt fühlen über die Erwähnung seines Namens, der nun einmal bei Behandlung dieser Fragen nicht unerwähnt bleiben kann. (Lebhaftes Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fahncke (natl.): Ich glaube, daß das Haus keine Lust mehr hat, diese unerfreuliche Debatte fortzusetzen, und verzichte meinerseits auf das Wort.

Damit schließt die Debatte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Regierung schweigt!) — Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt. Die fortwährenden Ausgaben des Etats werden debattelos genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben beim Titel „Studium des Eingeborenenrechts“ bemängelt

Abg. Dove (Sp.), daß der Titel gegenüber dem vorjährigen Etat erheblich herabgesetzt sei, von 25 000 auf 5000 M. Will man die Eingeborenen menschlich behandeln, so ist eine genaue Kenntnis ihrer eigenen Rechtsanschauungen unerlässlich. Staatssekretär Dr. Solf: Auch die Kolonialverwaltung wünscht das Eingeborenenrecht zu sammeln. Es liegen jetzt bereits viele beantwortete Fragebogen vor, zu deren Bearbeitung wir in diesem Jahre mit 5000 M. auskommen werden.

Die einmaligen Ausgaben und die Einnahmen werden bewilligt. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr. (Vorher dritte Lesung des Staatsgesetzes.)

liche Aufwendungen gemacht habe. Aber auch die Regierung muß zugeben, daß ihm ein rechtlicher Anspruch auf diese Summe nicht zur Seite steht. Nur glaubt die Exekutiveverwaltung ihm nicht zu zuzumuten zu können, auf eine angemessene Entschädigung zu verzichten. (Hört! hört! links.) Wer ist denn nun dieser Herr von Winterfeld? Der Reichstag sei gefragt, daß seine Quellen weder sozialdemokratisch sind, noch Angaben von Konkurrenten dieses Herrn entpringen. Man hat mir mitgeteilt, daß eine böllige Darstellung im Interesse des Ansehens des Abgeordnetenhauses und der höheren Beamtenklasse liegt und daß man nichts vertuschen dürfe. (Hört! hört! links.) Herr v. Winterfeld war schon im Begriff, die ganze Sache fallen zu lassen, weil ihm alle Mittel fehlten. Erst als die Verhandlungen in der Budgetkommission und im Plenum des Abgeordnetenhauses einsetzten, merkte er, daß durch eine Transaktion viel zu verdienen wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Winterfeld ist Direktor einer Grundstücks- und Hypothekbank. Die Bank hat eine sonderbare Vorgeschichte. In der Blumenstraße besaß eine alte Berliner Bürgerfamilie ein fast schuldensches Grundstück. Mit diesen Leuten, die von der Bau- und Grundstückspekulation nichts verstanden, wollte Winterfeld einen Vertrag abschließen, obwohl er nachweislich vermögenslos war. Er wollte für 600 000 M., wofür er eine Hypothek von 90 000 M. ablösen und 85 000 M. an die Erben auszahlen wollte, ein neues Haus mit Wirtschaftsräumen bauen. Die alten Leute gingen darauf ein. Winterfeld war damals einfacher Buchhalter und seine Eltern hatten wiederholt den Offenbarungseid geleistet. Trotzdem schloß er diesen Vertrag ab. Das Haus der alten Leute wurde abgetissen und auf die Frage, ob er denn schon die Baugenehmigung hätte, antwortete Winterfeld: „Ich habe so hohe Verbindungen, daß ich die Baugenehmigung binnen weniger Tage von den Behörden erhalte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem das Haus der alten Leute niedergeissen war, verlangte Winterfeld eine weitere Hypothek von 100 000 M. und die alten Leute waren so töricht, sie ihm zu geben. Allerdings wollte er dafür Verbesserungen und Verbesserungen am Bau vornehmen. Nach weiteren 14 Tagen bestimmte er die Leute abermals, einen noch höheren Betrag für ihn auszuschießen. Diese Hypothek hat er zu Geld gemacht und mit diesem Gelde gründete er seine jetzige Bank. (Hört! hört! links.) Die alten Leute aber sind

um ihr ganzes Vermögen gekommen. (Hört! hört!) Im März 1907 erfolgte die Eintragung der „Bank für Grundbesitz und Handel“ ins Handelsregister mit einem Aktienkapital von 400 000 M., obwohl Winterfeld und sein Associe völlig mittellos waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bald darauf wurden diese Manipulationen der Staatsanwaltschaft angezeigt. Der Staatsanwalt aber hat das Verfahren eingestellt, weil er annahm, daß sich subjektiv nicht werde nachweisen lassen, daß er eine falsche Erklärung beim Registergericht abgegeben habe. (Hört! hört! links.) Inzwischen hatte Winterfeld es dahin gebracht, den alten Leuten aus der Blumenstraße eine Hypothekenbescheinigung von 780 000 M. abzulösen. Davon hatte er dem Baumeister, der das Haus schließlich baute, 300 000 M. gegeben und das andere Geld in seine Tasche gesteckt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Uebeltate stellten Staatsanwalt und brachten beim Kammergericht einen Arrest heraus, den das Kammergericht damit begründete: es könne kein Zweifel darüber obwalten, daß die Nachschaffungen des Herrn von Winterfeld als

unerhöht betrügerisch

erachtet und ihm jede Glaubwürdigkeit abgesprochen werden müßte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen Leuten macht unsere Regierung Geschäfte! Einem solchen Mann sollen 2 1/2 Millionen in den Rücken geworfen werden! Weiter haben die Uebeltate gegen Winterfeld wegen Betruges Strafantrag gestellt und seit zwei Jahren schwebt ein Ermittlungsverfahren. Diese Dinge sollten der Regierung doch bekannt sein. Sie muß sich doch informieren, mit wem sie Geschäfte macht. Die Eltern Winterfelds haben nur vom Kreditwandel gelebt und die unglücklichsten Betrüger gegen kleine Leute begangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur wegen Verjährung konnte gegen die Eltern nicht vorgegangen werden. Sie haben eine Witwe aus Pankow um ihre Ersparnisse gebracht, indem sie vorgaben, sie bräuchten das Geld für einen Erbschaftsprozeß bei dem Kammergericht, der verschleppt wurde. Die Untersuchung ergab, daß ein solcher Prozeß überhaupt nicht geschwebt hat. Und von der Bank des Sohnes dieser Eltern hat der Handelsrat des „Berliner Tageblatt“ berichtet, daß der Geheim-Kommerzienrat Rogg im Grundwald den Vorsitz in ihrem Aufsichtsrat niedergelegt hat, weil Karl Delfow v. Winterfeld mit dem Gelde der Bank nach Belieben schalte und walle und nur Personen anstelle, die von ihm abhängig seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Obwohl die Bank dauernd gegen hohe Provisionen Geld suchen müsse, habe Winterfeld gegen einen niedrigen oder gar keinen Zinsfuß der Bank 250 000 M. entnommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wegen dieser Untreue hat gegen Winterfeld ein Strafverfahren geschwebt, in dem das Aufsichtsratsmitglied der Geheim-Kriegsrat und frühere Staatsanwalt Dr. Komen die Angaben des Rogg vollkommen bestätigt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber der Staatsanwalt hat wiederum die Schuld des Herrn v. Winterfeld für nicht erwiesen angesehen. Wohin Sie blicken,

Korruption der schlimmsten Art.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch der Fiskus durch diesen Herrn überdrückt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich wird Herr v. Winterfeld der Regierung über angeblich große Unkosten, die er gehabt hat, Vorpiegelungen gemacht haben. Aber welches Interesse hat denn der Fiskus daran, einen solchen Grundstückspekulant, wie es in Berlin glücklicherweise wenige gibt, solche ungeheuren Vorteile zuzuschauen. Die vorgetragenen Tatsachen müßten einer Regierung genügen, von einem solchen Mann weit abzurücken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Reguläre Geschäftsleute, die etwas auf ihren Ruf halten, würden es ablehnen, mit einem solchen Mann etwas zu tun zu haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Fiskus hätte sich an die erste beste Auskunft zu wenden können. Ein obdiger Herr hat sich an eine bekannte Auskunft wegen einer Auskunft über Herrn v. Winterfeld gewandt, die selbstverständlich die betrügerischen Nachschaffungen dieses Herrn Karlegte. Herr v. Winterfeld verlor die Auskunft auf Schadenersatz von 20 000 M. Aber vor dem Termin verzichtete er auf die Klage gegen die Verschüttung, daß die Auskunft seinerlei Auskunft mehr über ihn erteile. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Dinge zeigen, mit wem wir es hier zu tun haben. Herr v. Winterfeld, der sich rühmt, der preussischen Regierung nahe zu stehen, hat an preußenfeindliche Prinzen und an einen höchst verdächtig preussischen Prinzen Darlehen gegeben. Er hat in der Affäre Koge mit der Kaiserin Fregung auch eine bedeutende Rolle gespielt. Koge soll während seiner Festungshaft in Glad sich hier in der Wohnung des Winterfeld befunden haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Winterfeld wird beschuldigt, eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. Es wird auch nicht die einzige sein. Der Vater des Herrn v. Winterfeld hat 3. B. 500 M. von einem Bekannten geliehen, damit sein Sohn eine Badereise machen konnte. Der Sohn hat sich selber das Geld geholt. Als ihn nach langer Zeit der Bekannte auf der Straße traf und mochte, sagte er einfach: mein Vater ist tot, wenn Sie mit 125 M. statt 500 M. zurückgeben sein wollen, will ich sie Ihnen geben! Winterfelds Vater lebt heute noch. (Weiter.) Winterfeld soll auch auf sonderbare Dinge hin vom Soldatendienst befreit worden sein. Dann hat eine Dame gegen ihn geklagt. (Weiter.) Diese Dame steht gerade Ihnen sehr nahe. (Weiter links.) Winterfeld war nämlich

zu gleicher Zeit mit zwei Damen verlobt. (Allgemeine Heiterkeit.) Dieser Mann ist der würdige Unterhändler der Regierung, dem wir aus den Taschen

des Volkes 2 608 000 M. (Schelten wollen, obwohl er keinen Rechtsanspruch darauf hat. Es ist mir mitgeteilt worden, daß Winterfeld überhaupt noch keine Aufwendungen gemacht hat, weil er überhaupt keine Mittel besitzt, um Aufwendungen machen zu können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er versucht sich also hier einen unrechtmäßigen Vorteil zu verschaffen. Die Möbelfirma Hoff, eine Firma vom gutem soliden Auf, soll bereit gewesen sein, die Quadratmeter, die vom Reichsfiskus dem Winterfeld mit 6000 M. versprochen worden sein soll, für 10 000 M. zu erwerben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum ist die Regierung darauf nicht eingegangen, warum hat sie die Millionen nicht selber in die Tasche gesteckt? Gegen Winterfeld sollte strenglich vorgegangen werden, da er versucht hat, mittels Betrages 2 608 000 M. zu bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir aber lehnen aus diesen Gründen die Vorlage der Regierung ab. Sie sollte nur mit Leuten Geschäfte machen, deren Handlungsweise als Geschäftsleute einwandfrei ist. Ein Mann aber, der so oft mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt gekommen ist, von dem die Gerichte derartiges behauptet haben, ist keine Verbindung für eine Regierung, die auch nur das geringste auf sich hält. (Rebhofter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenge: Die preussische Regierung ist nicht mit Herrn von Winterfeld, sondern nur mit dem Reichsfiskus in Verbindung getreten und hat mit Herrn von Winterfeld gar nichts zu tun. Es handelt sich auch gar nicht darum, daß wir für einen Garten 6 Millionen zahlen sollen, der Garten ist nur ein kleiner Teil des Grundstücks, während ein sehr großer Teil für allgemeine Staatszwecke dienen soll. Von den 11 620 Quadratmetern, die gekauft werden sollen, beträgt der Garten des Abgeordnetenhauses nur 2670 Quadratmeter, wovon 1000 bereits unmittelbar am Abgeordnetenhause liegen, so daß von dem zu laufenden Gelände nur noch 1070 Quadratmeter an den Reichsfiskus bezahlt werden. Es handelt sich darum, daß der große wertvolle Besitz des Reichsfiskus weislich vom Abgeordnetenhause in Staatsbesitz übergeht. Die Frage kann also nur sein, ob der Preis ein angemessener ist, und das ist der Fall. — Ich kenne Herrn von Winterfeld nicht und habe keine Veranlassung, für ihn hier einzutreten. Aber ich habe doch die Empfindung, daß Herr Hoffmann hier unter seiner Immunität manches behauptet hat, was vielleicht außerhalb dieses Hauses nicht gesagt worden wäre. Herr von Winterfeld wurde immer freigesprochen, also können die Verhältnisse nicht so gelegen haben, wie sie Herr Hoffmann schilderte. Ueber das übrige werden wir in der Kommission sprechen.

Abg. Wallensborn (Z.) will auch nur in der Kommission über die Sache verhandeln.

Abg. Dr. Paschke (Sp.) betont, daß die Gartenfrage ganz nebensächlich sei; niemand würde die Hand dazu bieten, bloß für die Erholung der Abgeordneten 6 Millionen auszugeben. Das entscheidende Wort hat der Reichstag. Die Beträge hätten ohne Zustimmung des Landtags nicht rechtsverbindlich abgeschlossen werden dürfen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es wäre mir nicht eingefallen, ein Wort gegen die Vorlage zu sagen, wenn nicht die 2 608 000 M. Entschädigung darin stünden. Auch ich weiß, daß nicht das ganze Grundstück für einen Garten benutzt werden soll. Aber wenn wir, ohne jede rechtliche Verpflichtung, 2 1/2 Millionen an Winterfeld zahlen, so kann doch der Finanzminister nicht mehr von einem angemessenen Preis sprechen. Ich habe die Dinge so vorgezogen, wie sie in den Akten eines königlichen Justizrats und der Staatsanwaltschaft niedergelegt sind, und ich habe von dem Minister selbst die gute Meinung, daß er nicht mit jemand in Geschäftsverbindung treten wird, der von solchen Anlagen nur mangels Beweises freigesprochen wurde. Mit einem solchen Mann, der fortwährend in einer so unangenehmen Geschäftsverbindung mit der Staatsanwaltschaft steht (Heiterkeit), kann man doch nicht zusammen hantieren, und wenn der Reichsfiskus das getan hat, so ohne genügende Information und zum Schaden seines Ansehens, sowie der Steuerzahler. — Erinnern muß ich doch daran, daß der Gartenwunsch der Ursprung der ganzen Affäre war. (Sehr richtig!) Der Antrag Stroffer hat die ganze Sache in Fluß gebracht. Von dem Reichsmilitärfiskus hätte man den Garten wohl eher für angemessenen Preis bekommen können, und den Verdienst, den Winterfeld einstreift, hätte der Militärfiskus gehabt. Dabei hat man auch gar nicht daran gedacht, das ganze Grundstück zu erwerben, und man tut das jetzt auch nur, weil entweder das ganze oder nichts genommen werden kann. Wir machen die Zahlung einer Entschädigung von 2 608 000 Mark ohne jeden rechtlichen Anspruch darauf nicht mit. Ich hoffe, daß das Abgeordnetenhause sich auf denselben Standpunkt stellt, und wenn nicht: Der Reichstag macht das sicher nicht mit! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenge: Wenn nur der Garten in Betracht käme, so wäre die Kritik des Herrn Hoffmann eher berechtigt. So aber handelt es sich um ein annehmbares und gutes Geschäft.

Abg. Stroffer (L.): Verweisen wir doch die Sache an die Budgetkommission!

Abg. Hoffmann (Soz.)

erwidert auf den Vorwurf des Vordrängers, zu ausführlich geworden zu sein, daß er dazu durch die Fernhaltung der Sozialdemokraten von der Budgetkommission gezwungen worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bekreite dem Minister gar nicht, daß das Grundstück 6 Millionen wert ist, aber wir hätten es vom Militärfiskus viel leichter bekommen. Der Reichsfiskus hat sich von Winterfeld eine Kravatte machen lassen. Dies bedauern wir. Er hat leichtfertig und unmüdig mit einem solchen Mann Geschäfte gemacht. Begreift denn der Finanzminister nicht, welche ungeheuren Vornurms er dem Reichsfiskus mit der Betmung, daß das Grundstück für 6 Millionen nicht zu teuer sei, macht! Der Reichsfiskus muß ziemlich die Hälfte davon doch an diesen Spekulant abgeben! Er handelt damit zum Nachteil des Volkes, das die Steuern zahlen muß. Schon aus reinlichkeitsgründen können wir den Handel nicht mitmachen.

Finanzminister Dr. Lenge erklärt, die Angriffe auf den Reichsfiskus zurückweisen zu müssen, weil dieser hier nicht vertreten sei.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wäre doch der Kriegsminister seinerzeit auf die Aufforderung des Hauses hier erschienen, da hätte er alle fiskalischen Aufforderungen geben können.

Damit ist diese Besprechung beendet, die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt der

Stat der Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Dr. v. Kries (L.) mißbilligt den steigenden Geschäftsbetrieb der Zentralgenossenschaftskasse mit den süddeutschen Genossenschaften, der die Möglichkeit eröffnet, daß sich die Preußenkasse zu einer deutschen Reichsgenossenschaftskasse auswächst.

Abg. Stull (Z.) tabelt die willkürliche Zusammensetzung des Ausschusses der Kasse. Die Preußenkasse läßt Genossenschaften, die in Schwierigkeiten geraten, in Stich und treibt sie dadurch den Privatbanken zu. Auch ist wünsche nicht eine Entwicklung zur Reichsgenossenschaftskasse.

Abg. Certeil (natl.) verbreitet sich über die Bedeutung des Genossenschaftswesens und den Nutzen der gemeinsamen Arbeit in den Genossenschaften und spricht für einen Friedensschluß in dem langjährigen Kampf zwischen der Preußenkasse und der landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse.

Abg. Dr. Crüger-Oegen (Sp.) hebt hervor, daß sich die Dienstverhältnisse der Beamten bei der Zentralgenossenschaftskasse sehr zu ihrem Nachteil von jenen bei der Eesbanlung (Staatsbank) unterscheiden. Die Zentralgenossenschaftskasse steuert zur Bedingung für ihre Geldgewährung, daß sich die Genossenschaften staatlich bevormunden lassen. Damit macht sie immer weniger Geschäfte und muß immer mehr außer Preußen gehen. Wenn sie bei dieser Praxis bleiben will, soll sie sich lieber auflösen! (Beifall bei der Volkspartei.)

Unterstaatssekretär Michels erklärt, daß die Zentralgenossenschaftskasse nicht einen Kampf gegen die landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse führe, sondern von dieser nur die Sicherung ihrer

Liquidität verlange, deren Erhaltung ja allgemein bekannt ist. Ein Uebergang zu einer Reichsgenossenschaftskasse sei nicht geplant.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Heiligenstadt: Der Ausschuss ist nicht willkürlich zusammengesetzt, sondern durch Besch und Igl. Verordnung und unter Berücksichtigung aller Landesteile. Der Redner bespricht dann die Geschäftsprinzipien der Kasse. Die Ausführungen des Abg. Certeil über zu geringen Gewinn unserer Kasse zeigten ein geringes Verständnis. — Ein großer Teil unserer Beamten ist in der Tat auf Kündigung angestellt, und zwar seitdem es infolge der Jugend dieses Instituts zu verschiedenen Disziplinarrassären kam, weil die Beamten noch nicht zu der nötigen Würde gelangt waren. Aber es schweben Erwägungen darüber, von der Kündigung wieder abzusehen. In das Selbstbestimmungsrecht der Genossenschaften greifen wir nicht ein. Wir sorgen nur für Herstellung richtiger Verhältnisse finanzieller Art in den Genossenschaften. Den Beweis für unsere Bevormundung ist uns Herr Crüger schuldig geblieben.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Sozialdemokratie hat in ihrer Jugend die Staatshilfe für Genossenschaften gefordert — aber freilich ganz anders, als sie hier gefordert wird. Heute rechnen wir ja gar nicht mehr auf Staatshilfe für Genossenschaften zum Wohl der Arbeiter, obgleich der Staat so viel tut für die Wohlhabenden und Besitzenden.

Die staatliche Bevormundung durch die „Preußenkasse“ ist zugleich politische Beeinflussung. Die Ausschließlichkeitserklärung ist sehr beachtlich. Wertwirdig ist, daß gerade die Fortschrittler ein staatliches Eingreifen fordern gegen die Konkurrenz und den Kundenfang der Sparbanken. Sonst ist man doch so für Selbsthilfe.

Nicht eine einzige Arbeiter-Konsumgenossenschaft wird von dieser Kasse unterstützt, sondern lauter landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften. — Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in der allerneuesten Zeit einen kolossalen, geradezu ungeheuerlichen Aufschwung erfahren. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wird in den Winterfeldschulen gelehrt, die Landwirte begeistern sich gewaltig für dieses dem Privatkapitalismus eigentlich fremde Prinzip. Der Generalverband landlicher Genossenschaften hatte 1888 erst 113 und 1912 schon 5387 Genossenschaften als Mitglieder! Auf dem Gebiet der Betriebsgenossenschaften zeigt sich besonders ein Anwachsen der Elektrizitäts-, der Produktverwertungs-, Arbeits- und Maschinen-genossenschaften. Das ist kennzeichnend für den Eingang der modernen Technik in die Landwirtschaft dank insbesondere der leicht zu dezentralisierenden elektrischen Kraft.

Nach unserer Meinung hat das Genossenschaftswesen auf dem Lande eine gewaltige Zukunft. Wir wünschen eine Denkschrift über die Beteiligung der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgruppen an den Genossenschaften, die sozialpolitisch ungemein wertvoll sind, soweit sie den kleineren und mittleren Besitz zusammenfassen.

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften ist ja mit dem Rheinischer Generalverband 1906 verbunden worden. Der Zusammenbruch der Reichsgenossenschaftsbank fällt daher auch dem Generalverband zur Last. (Zuruf rechts: Sie haben ja keine Ahnung!) Gut, belehren Sie mich — aber so viel wie Sie von der Sozialpolitik, über die Sie ja auch reden, verstehen ich auch noch davon!

Steht dieser Zusammenbruch nicht vielleicht in Zusammenhang mit den Geschäften der Kalibezugs-genossenschaft und den Kaffengeschäften des Bundes der Landwirte? (Zuruf rechts.) Ja, geben Sie doch Aufklärung darüber, ich werde Ihnen sehr dankbar sein!

Dem kleinlichen Partikularismus, der keinerlei Geschäftsverbindung der Preußenkasse mit Arbeiterpreußen will, schließe ich mich nicht an, mir ist eine Reichsgenossenschaftsorganisation recht sympathisch.

Die Baugenossenschaften entwickeln sich ganz kolossal. Das zeigt eine Abwehrbewegung des Volkes gegen Wohnungseld und Baupetulation usw. Man gebe einmal Auskunft über diese wichtige Entwicklung!

Sie halten den Genossenschaftsgedanken für so außerordentlich wichtig und propagieren ihn — aber sie betrauern es, daß auch die arbeitende Bevölkerung davon Gebrauch macht. (Widerspruch rechts.) Aber — die Feindschaft gegen die Arbeiterkonsumgenossenschaften ist Ihnen doch Parteiade! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotz aller staatlichen Befolgungen wachsen diese Genossenschaften und gedeihen und sind heute von allen die bedeutendsten. Sie haben 1,3 Millionen Mitglieder, arbeiten mühselhaft und verdienen um so mehr die Unterstützung des Staates, als sie das einzige Mittel zur Selbsthilfe der Schwachen sind. Statt dessen werden sie unausgeseht verfolgt und schikaniert. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Vollfürsorge“ ist das Objekt des Sturmlaufs aller „Staatsstreuer“ Elemente, als müßte der Staat vor dem Untergang gerettet werden.

Herr Stull hatte schon recht: die Organisation und der sie belebende Geist, das Verständnis für sie sind das Wichtigste! Aber warum sagen Sie das nicht auch bei den Arbeiterorganisationen? Er hat eine gläubige Begeisterung für das soziale Genossenschaftswesen gezeigt, ebenso Herr Certeil. Aber man merke von von Ihnen solch begeisterte Rede über die Arbeiterorganisation hören! Statt dessen preist Certeil die landwirtschaftlichen Genossenschaften als die Stützen des Staates und der Gesellschaftsordnung, als die Triebkräfte der Nation. Und die sollen erhalten werden — durch das dem Privatkapitalismus fernliegende sozialistische Genossenschaftsprinzip, das in seinen Konsequenzen zum Sozialismus führt.

Der nur durch die Genossenschaft erhaltene Landwirt ist äußerlich noch derselbe wie früher, aber in Wirklichkeit nicht mehr; sondern er verkörpert schon die Entwicklung zum landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieb, zum Ende des landwirtschaftlichen Kapitalismus.

Auch die Landwirtschaft kann nur am Sozialismus genesen. Von diesem Standpunkt aus unterstützen wir diese Entwicklung, die Sie als ein Kampfmittel gegen den Umsturz preisen, die aber dazu führt, Ihre Herrschaft zu erschüttern und umzuführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weiss (Z.) bespricht Wünsche der Verbandsklassen in Sachen der Feststellung des Zinsfußes.

Abg. Stull (Z.): Von den mir vom Abg. Dr. Liebknecht zugeschriebenen Aeußerungen habe ich keine getan.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das war nur ein Irrtum; ich meine den Abg. Certeil.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr. — Außerdem Anträge Schiffer — Folgebeibringungsrecht.

Schluß nach 1/2 Uhr.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am			Wasserstand	am		
	6. 3.	5. 3.	4. 3.		6. 3.	5. 3.	4. 3.
Remel, Elbt	266 ⁵	+17	om	Saale, Großk.	116	+2	om
Regel, Müritzerburg	42 ⁴	+34	om	Havel, Spandau	77	+2	om
Reichel, Horn	84 ⁴	+9	om	Reichenow	114	+1	om
Oder, Rasthof	119	+19	om	Spree, Spremberg	90	+2	om
„ Krossen	100	+1	om	„ Bestrom	88	+3	om
„ Frankfurt	100	+3	om	„ Rindem	183	+10	om
„ Wittenberg	54	+8	om	„ Witten	228	0	om
„ Landsberg	48	+3	om	„ Mühlentausen	326	+2	om
„ Borsdorf	24	+8	om	„ Raud	152	+2	om
„ Lützen	-1	+20	om	„ Kölln	148	+5	om
„ Dresden	-136	+8	om	„ Redar, Weißbrom	83	-1	om
„ Barmb.	122	+2	om	„ Rahn, Genua	180	-1	om
„ Magdeburg	101	+2	om	„ Rosel, Lier	80	-1	om

+ bedeutet Hoch, — bedeutet Tief. — ? Unterpegel. — ? Bei Türl. — ? Wasserstand. — ? Uhrzeit.

68 JANDORF 68

Woche

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Bis Sonnabend den 15. März. Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken.
Soweit Vorrat

- 1 Nagelpflege-Etui 68 Pf.
- 1 Flasche Kräuter-Franzbranntwein 68 Pf.
- 3 grosse Schachteln Haushalt-Streichhölzer 68 Pf.
- 1 China-Matte Größe ca. 70x115 68 Pf.
- 6 Batist-Taschentücher für Damen, weiss mit Hohlbaum und farbigen Kanten 68 Pf.
- 3 reinseidene Taschentücher farbig, in Hohlbaum 68 Pf.
- 1 Madeira-Taschentuch handgestickt, mit Bocke 68 Pf.
- 3 Molton-Unterlagen 68 Pf.
- 1 Untertaille mit Binnensack und Bandverschlingung 68 Pf.
- 1 Kinder-Parade-Kissenbezug 68 Pf.
- 1 Marktnetz mit Falte 68 Pf.
- 1 grosse Glanzbürste 68 Pf.
- 1 Fensterleder 68 Pf.

Handarbeiten

1 Kissenbezug aus starkfäd. Stoff, m. Franzen garn., vorgez. 68 Pf.
1 Läufer oder 1 Decke 68 Pf.
2 Schoner mit Einsatz u. Spitzen-garnierung, neues Muster 68 Pf.

1 Decke oder Läufer aus 4 Quadraten zusammen-gesetzt, vorgezeichnet, ca. 40/50 cm. 68 Pf.
1 Kissenpolster cm. 68 Pf.
1 Mittendecke od. Tisch-läufer aus grauem starkfädigem Stoff, vorgezeichnet 68 Pf.

Wäsche

3 Erstlingshemdchen 68 Pf.
3 Kinder-Servietten 68 Pf.
3 Kinder-Lätzchen 68 Pf.
2 Mull-Windeln 68 Pf.
1 Mädchenhemd Fason-schnitt oder Achselverschluss, verschiedene Größen
1 Knabenhemd Größen
1 Kinderröckchen mit Stickerei-Volant, in verschiedenen Größen

Trikotagen

1 Trikot-Direktoire-Bein-kleid für Damen, in 2 Größen 68 Pf.
1 Hemdhose für Damen, weiss, patent gerippt, 2 Gr.
1 Trikot-Untertaille mit angewebtem Futter, für Damen, 2 Größen. 68 Pf.
3 Korsettschoner weiss
2 Korsettschoner weiss mit Häkelpasse
1 Trikot-Direk-toire-Beinkleid mit angewebtem Futter, für Mädchen, 6 Größen marine, hellbl. 68 Pf.
1 Trikot-Bein-kleid für Mädchen, geschloss. zum Anknüpfen, in 6 Größen, marine 68 Pf.
1 Kinder-Trikot Normalfason, ca. 60 od. 70cm lang, wollgemischt
1 Kinder-Röckchen m. Leib-chen, weiss mit farbiger Kante, 2 Größen

Herren-Artikel

1 Sudwester für Damen, Mäd-chen oder Knaben
2 Kravatten Regattes od. Schleifen mod.
2 Kragen Form.
1 Garnitur farbig, Serviteur, mit dazu pass. Manschetten 68 Pf.
1 Herren- oder Knaben-Sportmütze
1 Herren-Yacht-klubmütze 68 Pf.
1 Knabenhose in vielen Mustern, aus haltbaren Stoffen, für 3-9 Jahre
1 Prinz-Heinrich-Mütze für Knaben

Wirtschafts-Artikel

1 Springform 68 Pf.
1 Ringständer mit überzogenem Fuss 68 Pf.
1 Feuerhaken 68 Pf.
1 Universal-sieb mit 3 Einlagen 68 Pf.
1 Kartoffelpresse 68 Pf.
1 Kaffeemühle mit gutem Mahlwerk 68 Pf.
5 Pakete Stahlspähne
1 Gas-Spiralschlauch mit 2 Niffen, ca. 1 Meter
1 Petroleum-kanne lackiert, ca. 2 Liter
1 Briefkasten
1 Stahlblech-Bratpfanne ca. 28 cm
1 Klosettbürstenbehälter mit Bürste
1 Nudelrolle zusammen 68 Pf.
1 Reibekeule 68 Pf.
1 Küchen-schemel 68 Pf.
1 Wasser-eimer verzinkt, ca. 32-34 cm
3 Frühstücksbretter Aborn, verschiedene Formen 68 Pf.

Artikel

1 Putzkasten } zusammen 68 Pf.
1 Wichskasten }
2 Paar Bestecke m. schwarz od. vernick. Griffen
1 Besteck-kasten 3 teilig, Holz oder Draht
1 Quirlgarnitur 8 teilig 68 Pf.
1 Hack-messer 68 Pf.
1 Spannsäge 68 Pf.
1 Gewürztagere 68 Pf.
6 Ess-löffel Aluminium 68 Pf.
1 Fussbank Hartnolz... 68 Pf.
1 Ausklopfer zusammen 68 Pf.
1 Federwedel 68 Pf.
1 Borsten-besen 68 Pf.
1 Strauss-wedel 68 Pf.
1 Spirituskocher... 68 Pf.
1 Balkonkasten ca. 60 cm

Galanterie

1 Wandspiegel ca. 40x50 cm
1 Wandbild ca. 45x30cm 68 Pf.
1 Cabinetrahmen } zusam- 68 Pf.
2 Visitrahmen aus Holz }
1 Paneelbrett ca. 60 cm lang 68 Pf.
1 Fruchtschale mit Vase, auf Metallfuss... 68 Pf.
1 Likörservice Tablett, Flasche, 4 Gläser... 68 Pf.
2 Teegläser auf Tablett
1 Zeitungsmappe für die sieben Tage der Woche 68 Pf.
1 Puppe hübsch gekleidet, ca. 30 cm gross.. 68 Pf.
1 Markt Tasche mit Leder-riemen, ca. 34 cm... 68 Pf.
1 Portemonnaie aus Leder, für Damen o. Herr.
1 Rasiernatur Silber, 800/1000 gestempelt
1 Boleronadel Silber, mit Anhänger.. 68 Pf.
1 Halskette Silber, mit Anhänger.. 68 Pf.

Baumwollwaren

2 Met. Hemdentuch 68 Pf.
2 Meter Louisiana-tuch.. 68 Pf.
2 Meter Renforcé.. 68 Pf.
2 Meter Croise- oder Piqué-Barchent... 68 Pf.
2 Met. Hemden-Barchent
1 Met. Prima Faille ca. 100 cm breit, neueste Farben

- 1 Liter gute Eisengallus-Tinte 68 Pf.
- 3 Gazeglocken verschied. Grössen 68 Pf.
- 1 Meter Changeant-Band „Reine Seide“ ca. 15 cm breit 68 Pf.
- 1 Gaskocher 68 Pf.
- 2 Fleisch-bretter 68 Pf.
- 1 Küchenbeil 68 Pf.
- 1 Paar Bestecke mit Ebenholzgriffen 68 Pf.
- 2 Serviteurs weiss mit Falten 68 Pf.
- 1 Filztuch-Lambrequin reich bekränzt 68 Pf.
- 2 Meter Taillenköper 68 Pf.
- 1 Mädchenbeinkleid mit Stickerei, Kniefason 68 Pf.
- 6 Herren-tücher farbig 68 Pf.
- 3 Kinder-jäckchen gestrickt 68 Pf.

Kleiderstoffe

Blusen-Flanelle hübsche Streifen...
Kinder-Schotten sehr grosse Musterauswahl...
Blusenstoffe gestreift, mit Seidenglanz...
Musseline „Reine Wolle“ schöne Bordüren...
Weiss Mull gepunkt...
Einheitspreis Meter **68** Pfennig

Sellen

1 Garderobenleiste mit Haken 68 Pf.
1 Wäscheleine „Aloe“ 68 Pf.
1 Schmortopf Aluminium ca. 18 cm 68 Pf.
1 Fleischtopf Aluminium ca. 18 cm 68 Pf.
1 Kasserolle Aluminium mit Stiel.. 68 Pf.
12 Kaffeelöffel Aluminium 68 Pf.

1 Zahnbürstenständer 68 Pf.
5 Pfd. Salmiak-Terpentin-Waschpulver 68 Pf.
3 Riegel Wachs-kernseife 4 teilig
1 Blechflasche Putz-wasser „Humor“ ca. 1/2 Lit. Inhalt
1 Lackledergürtel schwarz, mit verschiede-nen Schliessern... 68 Pf.
1 Sammet-Gummigürtel schwarz oder farbig, ca. 4 cm breit mit modernen Druckknöpfen... 68 Pf.

Lampen

1 Rosshaarhandfeger 68 Pf.
1 Handtuchhalter 68 Pf. grau, mit 4 Porzellanschilfern
12 Gascylinder 68 Pf.
4 Glühstrümpfe 68 Pf.
1 Küchenlampe 68 Pf.

Möbelstoffe

1 Kommodendecke Filztuch, reich bekränzt
1 Meter Jute-Läuferstoff
1 Meter Rouleauxstoff
1 Wachtuch-Küchentischdecke

Schuhwaren

1 Paar Plüsch-Pantoffel mit Linoleumschle, für Damen oder Herren 68 Pf.
1 Paar Melton-Pantoffel mit schwarzer Filzsohle, in schönen Farb., für Damen oder Herren 68 Pf.
1 Paar Baby-Lederschuhe oder Stiefel, in grosser Auswahl 68 Pf.
1 Paar Meltonschuhe in verschiedenen Farben, Größe 36-42 68 Pf.

Taschentücher

6 Kindertaschentücher gebrauchsfertig, mit Kante
6 Linontücher 68 Pf.
3 Batisttücher f. Herren, weiss, mit Hohlbaum, und farbigen Kanten
3 Schweizer Stickertücher
1 Schweizer Stickerei-tuch „Reine Seide“, weiss oder farbig, reich gestickt
1 reinseidenes Tuch 68 für Herren, mit Hohlbaum, in neuesten Farben

Kurzwaren

3 Paar Satin-Armblätter wasch-bar
5 St. Taillenverschlüsse wasch-bar
3 Paar Maco-Schleifensenkeln
2 Stück Bettlitze } zusammen 68 Pf.
3 Garnituren Senkel }

- 1 Kokos-möbelbürste 68 Pf.
- 10 Meter Klöppelspitze Imitation 68 Pf.
- 1 Stickerei-kragen Mode-muster 68 Pf.
- 1 Bulgarenkragen in vorzähl. Auswahl, jede Farbe 68 Pf.
- 1 Blusengarnitur aus Stickerei, besteh. aus Rändkragen u. Manschetten 68 Pf.
- 7 Rollen Toilettepapier 68 Pf.

Verfammlungen.

Die Verhältnisse der Eisen-, Metall- und Revolverdrehen werden durch eine Statistik beleuchtet, die der Deutsche Metallarbeiterverband ausgenommen und in einer kürzlich erschienenen Broschüre veröffentlicht hat.

hat sich vermehrt. Während die Statistik vor zwei Jahren 104 Drehbänke in Berlin ermittelte, ist kürzlich festgestellt worden, daß hier über 300 Drehbänke beschäftigt werden.

Alfordarbeit steht Berlin an erster Stelle. 88,06 Prozent der Drehen arbeiten hier in Alford. In ganz Deutschland gibt es nur 9 Drehen (1 in Stuttgart und 8 in Berlin), die im Stundenlohn mehr als 10 Pf. verdienen.

Unserem Genossen Karl Wendt und seiner Lieben Frau Marie zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche!

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz

VON KOPF BIS ZU FUSS kann sich ein jeder schick u. elegant auch ohne Geld einkleiden, der Kunde von Hugo Udo COHN

1 Mark Wochenrate Kleine Anzahlung bei MÖBEL und Polsterwaren Kompl. Wohnungs-Einrichtungen.

Greift zu! Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff.

Bekanntes reelles Konfektionshaus verkauft zu bequemen Teilzahlungen erstklassige Jacken, Kostüme, Kleider, Blusen, Paletots etc.

Landgasthof mit Adressenliste im Sprenghaus, die alle 70 Vororten groß mit Land, Wiesen und Wald.

Vorjährlige feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smoking, Fracks a. Seide 30-70 M.

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf der Charlottenburger Filiale Mehringstr. 34. In allen Geschäften dieselben billigen Preise.

1 M. wöchentl. Teilzahlung liefere elegante Herren-Moden Ersatz für Mass Mass-Anfertigung Feinste Verarbeitung. Garantie: tadellos Sitz.

Die richtige Quelle für HÜTE u. MÜTZEN Steife Hüte v. 2.00 M. an Weiche Hüte v. 1.50 M. an Hut-Arnold Berlin 5 Dresdenstr. 116

Reuters Werke 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts Geschäftseröffnung. Am heutigen Tage eröffne ich unter eigenem Fachmännlicher Führung Verg.

Monats-Garderobe! 4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verkaufen) sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl, unübertroffen billigen Preisen.

Moslem Die neue Problem Ein Pfeifen- und Zigaretten-Werks

Knaben-Modelle Schluß morgen! Extra billige Ausnahme-Angebote Hervorragend schöne Modelle und Reismuster für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren zu erstaunlich billigen Preisen! Baer Sohn Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 32 verschiedene Hefte à 20 Pf. Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise. Olga Jacobson, str. 145, II.

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1912.

Während des dreizehntägigen Geschäftsjahres unserer Bank herrschte noch in der Mehrzahl aller Kulturländer die seit 1909 aufsteigende und günstige wirtschaftliche Konjunktur. Zwar mahnete die sich stärker ausprägende Überlastung des Kapitalmarktes zur Vorsicht und veranlasste rechtzeitige Einschränkungen. Die Ernte fiel im Durchschnitt sehr befriedigend aus; die im Herbst regelmäßig einsetzende Geldverknappung schien, dank den getroffenen Vorbereitungen, in mäßigen Grenzen zu bleiben; der italienisch-türkische Konflikt neigte seinem Ende zu; die Hoffnung auf eine Fortdauer der guten Konjunktur erschien berechtigt. Aber der Ausbruch des Balkankrieges und später die sich bei den Friedensverhandlungen ergebenden Schwierigkeiten schufen eine sich allmählich verschärfende Besorgnis und schlugen dem Wirtschaftsleben um so tieferen Wunden, als die politischen Besorgnisse in eine Zeit lebhaftester Tätigkeit gefallen waren. Der starke Einfluss, den die politischen Ereignisse im abgelaufenen Jahre auf das deutsche Wirtschaftsleben ausgeübt haben, tritt in ein helles Licht bei einer Vergleichung mit dem Gang der Dinge im Jahre 1911. In jenem Jahre der Marokkokrise erreichte die politische Ereignisse ihren Höhepunkt im September, und die im Oktober eintretende Entspannung kam dem letzten Quartal zugute. Im Jahre 1912 dagegen setzten die politischen Befürchtungen im Oktober ein und trafen das letzte Quartal mit ihrer ganzen Wucht. Die Wirkung drückt sich prägnant aus in folgenden Ziffern: Ende September 1912 war der Status der Reichsbank um 160 Millionen Mark günstiger, dagegen Ende November um 215 Millionen ungünstiger als zu dem gleichen Termine des Vorjahres. Die nach der allmählichen Besetzung der ersten neun Monate plötzlich eingetretene und sich auf den kurzen Zeitraum von acht Wochen summierend verschärfte Verschlechterung des Reichsbankstatus betrug also gegenüber dem Vorjahr 480 Millionen Mark, und die Ursache dieser gewaltigen Mehrbelastung ist ganz vorwiegend in der Einwirkung der politischen Krise auf die Geld- und Kreditverhältnisse zu suchen. Dabei hat sich der Goldvorrat der Reichsbank im Berichtsjahre nicht vermindert, sondern um einen mäßigen Betrag gehoben.

Erfreulicherweise dürfen wir auch dieses Mal, ebenso wie im Vorjahre für die Zeit der Marokkokrise, die Feststellung machen, dass der deutsche Geld- und Effektenmarkt die schwere Belastungsprobe der politischen Erregung nicht schlechter bestand als die Hauptmärkte des Auslandes. Dabei stand der deutsche Geldmarkt durchaus auf eigenen Füßen. Eine Erleichterung war, dass durch das Abstoßen ausländischer, namentlich amerikanischer Papiere ein Teil unserer Zahlungen an das Ausland für Importe etc. beglichen und sogar Gold herangezogen werden konnte. Die große Bedeutung eines starken Bestandes an guten Auslandswerten ist hierdurch wieder schlagend erwiesen worden.

Zunehmender Kapitalbedarf, anziehende Preise und Löhne und, als Folgeerscheinung, Steigen des Zinsfußes und weiteres Sinken der Kurse der festverzinslichen Wertpapiere bildeten in der ganzen Welt die Grundmotive der wirtschaftlichen Entwicklung. Die englische Volkswirtschaft erlitt schwere Schädigung durch große Arbeitslosigkeit in der Kohlenindustrie. In den Vereinigten Staaten länderte die Unsicherheit der innerpolitischen Lage, trotz glänzender Ernten, die Entwicklung der Geschäfte; erst wenn der neugewählte Präsident und die aus Ruß gelangte demokratische Mehrheit das Mass der zu erwartenden Herabsetzung der Zölle bestimmt haben werden, dürfte dort die Grundlage zu neuer Zuversicht gegeben sein.

Für die deutsche Volkswirtschaft ergab die Statistik auf fast allen Gebieten neue Höchstbeträge. Die Einfuhr stieg im Berichtsjahre um 586 Millionen auf 10 222 Millionen Mark; die Ausfuhr noch erheblich mehr, nämlich um 783 Millionen auf 5 886 Millionen. Wir ziehen dabei zum Vergleich die berechtigten Zahlen für 1911 heran. Der Außenhandel der wichtigsten Kulturstätten zeigt Deutschland an zweiter Stelle:

Ein- und Ausfuhr in 1912, ohne Berücksichtigung der Durchfuhr:	England	Deutschland	Vereinigte Staaten	Frankreich
England	22 858 Millionen Mark			
Deutschland	19 150 "			
Vereinigte Staaten	17 714 "			
Frankreich	11 816 "			

Auch die Zahlungsbilanz war für Deutschland günstig; die Einfuhr von Gold überstieg die Ausfuhr um 300 Millionen, gegen 124 Millionen in 1911.

Der technische und organisatorische Ausbau der deutschen Montan- und Hütten-Industrie hat die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Zweige der nationalen Produktion auf einem in keinem anderen Lande übertroffenen Stand gebracht und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bedeutend gesteigert, wie sich im Berichtsjahre erwiesen hat, und auch in weniger guten Zeiten bewähren dürfte. Die deutschen Banken haben an diesem Ausbau, der die Neuinvestierung gewaltiger Kapitalien erforderte, wirksam mitgearbeitet.

Die Kohlen-Erzeugung stieg um mehr als zwei Millionen Tonnen; die deutsche Eisenerzeugung erreicht jetzt beinahe den vierten Teil der Weltproduktion. Ein Vergleich zeigt auch hier Deutschland an zweiter Stelle:

Kohlen-Erzeugung 1912:	Vereinigte Staaten	Deutschland	England	Frankreich
Vereinigte Staaten	79,7 Millionen Tonnen			
Deutschland	15,9 "			
England	10,5 "			
Frankreich	5,3 "			

Die deutsche Steinkohlerzeugung stieg um mehr als 10 % auf 177 Millionen Tonnen, die Koks-Erzeugung um 23 auf 29 Millionen Tonnen; ausserdem wurden 82 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert.

Die im Ausland oft verbreitete Behauptung, das Deutsche Reich sei überbevölkert und deshalb bedrängung, wird durch die Tatsache widerlegt, dass mit dem steigenden Wohlstand in Stadt und Land nicht nur die vormals erhebliche deutsche Auswanderung verschwindet, sondern dass zur Bestattung des Bodens und Bergung der Ernten sowie im Bergbau und anderen Industrien über 600 000 ausländische Arbeiter in Deutschland ihr Brot finden.

Das Volkseinkommen hat sich weiter vermehrt. Die Einkommensverteilung in Preussen für das Finanzjahr 1911/12 ergab ein Gesamteinkommen der preussischen Zensiten von 15 240 Millionen Mark, gegen 14 077 und 12 710 Millionen Mark in den beiden Vorjahren, und gegen 4086 Millionen Mark im Jahre 1908. In diesen Ziffern ist nicht enthalten das steuerfreie Einkommen der Zensiten, deren Jahreseinkommen bisher M. 900 zurückbleibt. Bekanntlich repräsentiert Preussen an Bevölkerung und Wohlstand rund 60 % von ganz Deutschland.

Die Kapitalbildung war eine kräftige; dass sie aber in der ganzen Welt und speziell auch in Deutschland von dem Kapitalbedarf überholt worden ist, geht aus vielen Anzeichen hervor.

Die im Berichtsjahr mit dem Reichsstempel versehenen neuen Effekten, namentlich der stempelbefreiten Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten, erreichte mit rund 4 Milliarden Mark einen um rund eine halbe Milliarde höheren Betrag als im Vorjahre.

Die Sparkasseneinlagen sind weniger als in früheren Jahren gestiegen — in Deutschland immerhin schätzungsweise noch um erheblich mehr als 600 Millionen —, während sie in Frankreich sich sogar absolut vermindert zu haben scheinen. Dabei haben ebenfalls die Kriegsbefürchtungen eine Rolle gespielt. Die Einlagen in deutschen Sparkassen überstiegen sehr erheblich den Betrag von 15 Milliarden Mark und damit die sämtlichen Einlagen und Kreditoren der deutschen Banken um annähernd das Doppelte.

Das Baugeschäft befindet sich noch immer in gedrückter Lage; dasu haben beigetragen Übervollkulation und teures Geld, aber nicht zum geringsten Teil auch die verfehlte Wertmaximierung, deren Abschaffung nur eine Frage der Zeit sein dürfte. Die ungünstige Lage des Marktes für städtischen Grundbesitz hat gewisse Mängel der Hypothekengestaltung ins Licht gerückt und die Neigung der Kapitalisten zur Interessennahme an Nachhypotheken empfindlich zurückgedrängt.

Die weitere Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens hängt durchaus von dem Gang der politischen Ereignisse ab, wird aber, auch bei deren doch von den europäischen Grossmächten gewollter, und jedenfalls von den Völkern allgemein erhoffter, friedlicher Lösung, von der nur langsam zu bessernden Lage des Kapitalmarktes bedingt sein. Die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes bedarf nach der stürmischen Ausdehnung der letzten Jahre einer Periode ruhigerer Entwicklung, um die stark in Anspruch genommenen Kredite zu konsolidieren und so die erweiterten Grundlagen unseres Erwerbslebens neu zu festigen.

Auf die einzelnen Zweige unseres Geschäfts übergehend, berichten wir:

Unser Gesamtumsatz betrug 132 Milliarden Mark gegen 126 Milliarden im Vorjahre. Die Zunahme entfällt ganz auf die Filialen. Der Reichsbankumsatz betrug im Durchschnitt 4,84 % gegen 4,307 % im Vorjahre, der Berliner Privatdiskont 4,73 % gegen 3,53 %.

Wir haben uns weitgehend die Beschränkung auferlegt, um, durch Anlage grosser Summen in deutschen Staatsanweisungen sowie Einschränkung der bewilligten Effekten-Lombardvorschüsse und Reports, wenn auch unter Verzicht auf die volle Ausnutzung des erhöhten Zinsfußes, unsere Position stark zu halten. Das Kommissionsgeschäft in Effekten war zeitweilig sehr lebhaft. Unser Akzept wurde stark in Anspruch genommen, namentlich gegen Ende des Jahres durch die Baumwollimporte; diese und der erhöhte Preisvertrieb der Waren erklärten die Steigerung unseres Akzeptums, dem eine entsprechende Erhöhung der Verzinsung auf Waren und Warenverpflichtungen gegenübersteht. Zwei Drittel des Plus an Akzepten entfällt auf unsere, die überseeische Wareneinfuhr vermittelnden Filialen. Das Aval-Konto hat sich dagegen durch Erledigung einiger grosserer Bergschaften ernüchert. Der Ertrag der eigenen Effekten und Finanzgeschäfte war naturgemäss niedriger als in den letzten Jahren, und Finanzgeschäfte war naturgemäss niedriger als in den letzten Jahren.

Für Steuern und Abgaben hatten wir M. 3 241 240,04 zu zahlen; für Stempel sind, ausserhalb des Unkosten-Kontos zu Lasten der betroffenen Rechnungen, ausserdem erlegt worden annähernd 10 1/2 Millionen Mark.

Für Talonscheine mussten wir aus dem Reingewinn des Berichtsjahres wieder M. 400 000 zurückstellen.

Unser Filialen haben befriedigende Ergebnisse gebracht.

Der durch uns vermittelte Warenaustausch mit dem europäischen Ausland und den überseeischen Ländern war umfangreicher als je zuvor. Die Deutsche Überseeische Bank zeigt erfreuliche Entwicklung und wird, nach starken Reservestellungen, wie im Vorjahre 9 % Dividende verteilen.

Die Zahl unserer Kontokorrentverbindungen bei der Zentrale, einschliesslich der bei unseren Depositenkassen in Berlin und seinen Vororten geführten Rechnungen, betrug am Schlusse des Berichtsjahres 192 631 gegen 183 421 im Vorjahre.

Die Zahl der bei unserer Bank überhaupt geführten Konten belief sich beim Jahreschluss auf 298 812 gegen 254 474 Ende 1911.

Während des Berichtsjahres gingen bei der Zentrale an Wechsel ein ein und aus 4 311 810 Stück im Gesamtbetrage von M. 18 174 040 606,18. Ein Abschnitt betrug im Durchschnitt M. 4 215,10 gegen M. 4 468,00 im Vorjahre.

Die Zahl unserer Beamten hat sich von 6187 auf 6495 gesteigert. Wir haben auch im Berichtsjahre mit Zustimmung unserer Aufsichtsräte den Beamten eine Teuerungszulage bewilligt.

Die Abschreibungen auf Bankgebäude haben wir abermals höher eingesetzt, weil durch den Abbruch wertvoller Gebäude eine Wertverminderung unseres Grundbesitzes eingetreten ist. Das neue Bankgebäude in Brüssel befindet sich im Bau; unser drittes Baublock in Berlin soll im neuen Jahre begonnen und durch einen zweiten Baublock mit dem ältesten Baublock verbunden werden. Zur Schaffung einer auf Jahre hinaus genügenden Reserve an Kapital für unseren künftigen Geschäftsbetrieb haben wir im Berichtsjahre das benachbarte grosse Grundstück Mauerstrasse 37-42 erworben.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen setzt sich zusammen aus den für 1911 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Überseeischen Bank (9 %),	der Bergisch-Märkischen Bank (7 %),
der Deutsch-Ostafrikanischen Bank (8 %),	der Deutschen Vereinsbank (6 %),
des Essener Bankvereins (7 %),	der Essener Credit-Anstalt (8 1/2 %),
der Hannoverischen Bank (7 1/2 %),	der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (13 %),
der Niederlausitzer Bank A.-G. (8 %),	der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (9 %),
der Pfälzischen Bank (7 %),	der Privatbank zu Gotha (6 1/2 %),
der Rheinischen Creditbank (7 %),	des Schleischen Bankvereins (7 1/2 %),
der Württembergischen Vereinsbank (7 %),	und der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft (13 %).

Unser Gesamtbesitz an Aktien dieser Institute hat sich namentlich durch Verkauf von Aktien der Deutschen Überseeischen Bank Serie VI und Aktien der Privatbank zu Gotha, sowie durch ausgeübte Bezugsrechte auf neue Aktien des Schleischen Bankvereins und der Hannoverischen Bank vermehrt. Auch haben wir einen Betrag von Aktien der von einer Jahrzehnten befreundeten und in wichtigen Unternehmungen mit uns verbundenen Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M. unter die „Dauernden Beteiligungen“ aufgenommen. Der durch den Tod seines Präsidenten und Hauptaktionärs verwaiste Essener Bankverein wird von der Essener Credit-Anstalt aufgenommen, an der wir seit vielen Jahren durch Aktienbesitz erheblich beteiligt sind. Die zu dem Zweck der Fusion vorgenommene eingehendere Prüfung des Status des Essener Bankvereins hat Immobilienverluste und Verluste ergeben, die eine Abänderung des geplanten Umtauschverhältnisses von ursprünglich 2 zu 3 auf 3 zu 5 bedingten. Die Aktien des Essener Bankvereins befinden sich zum weitaus grössten Teile noch in erster Hand; unsere eigene Beteiligung wird somit künftig unser Interesse an der Essener Credit-Anstalt erhöhen.

Die uns nahestehenden Unternehmungen in der Türkei hatten in dem Berichtsjahr unter besonders schwierigen Verhältnissen zu arbeiten. Zwar hat der Krieg mit Italien die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des türkischen Reiches nicht allsehr in Mitleidenschaft gezogen. Dagegen ist der im Oktober ausgebrochene Krieg mit den Balkanstaaten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell für die Türkei eine schwere Prüfung. Angesichts des militärisch ungünstigen Verlaufes der Kriegsergebnisse ist die wirtschaftliche Widerstandskraft des Landes und auch seine finanzielle Fähigkeit immerhin bemerkenswert. Während die siegreichen Balkanstaaten Moratorien erlassen, konnte die Türkei von einer solchen Massnahme absehen. Grössere Zahlungseinstellungen sind nur in solchen vereinzelt Fällen vorgekommen, die Banken sind von grösseren Verlusten verschont geblieben, und speziell unsere Konstantinopeler Filiale hat im Berichtsjahre weitere Fortschritte machen und ihre Ertragslage steigern können. Die türkische Finanzverwaltung hat, obwohl ihr, im Gegensatz zu den Balkanstaaten, keine neuen Mittel von den europäischen Geldmärkten zufliessen, ihre Verpflichtungen, namentlich für den Dienst der Staatsanleihen, mit anerkennenswerter Korrektheit und Pünktlichkeit erfüllt. Aber diese im Dezember des Jahres zum ersten Male unter dem neuen Regime eingetretene Stagnation in den Zahlungsbilanzen zeigt, dass die Türkei nicht mehr für lange Zeit der finanziellen Unterstützung von aussen entbehren kann. Wir hoffen, dass es auf dem Boden der Gemeinschaftlichkeit der Interessen gelingt, den türkischen Staatsfinanzen die Möglichkeit einer Erholung von den Folgen des Krieges zu geben und die Rechte der türkischen Staatsgläubiger bei dem Friedensschluss zu schützen.

Im einzelnen ist über unsere türkischen Geschäfte folgendes zu sagen:

Die Anatolische Bahn hat gegenüber dem bisher günstigen Jahr 1911 eine neue erhebliche Einnahmestigerung erzielt. Während im vorigen Jahre die Linie Haider-Pascha-Angora zum ersten Male den Garantiebetrag überschritt, hat im Jahre 1912 auch die Linie Eskischihr-Konia einen Überschuss über die Garantie erbracht. Die türkische Regierung bezieht für das Jahr 1912 statt der früheren Zuschüsse einen erheblichen Teil der Einnahmen auf die Militärrate; aber trotz des Erfolges und einer nur mittelmässigen Ernte blieben die Einnahmen aus dem Privatverkehr kaum hinter den Rekordzahlen des Jahres 1911 zurück. Die Bewässerungsalagen in der Konia-Ebene sind bis auf einige nicht wesentliche Vollendungsarbeiten fertiggestellt worden; die provisorische Abnahme ist im Dezember erfolgt, und die Bewässerung wird in diesem Frühjahr zum ersten Male funktionieren.

Der Weiterbau der Bagdadbahn hat, trotz der durch die beiden Kriege geschaffenen Erschwerungen, grosse Fortschritte gemacht. Es sind im Berichtsjahre, obwohl die Ereignisse in der zweiten Jahreshälfte Veranlassung zu einer Verlangsamung des Bautempo gegeben haben, nicht weniger als 170 neue Kilometer dem Betrieb übergeben worden. Im Osten erreicht der Schienenstrang jetzt den Euphrat.

Die makedonische Bahn und die Orientbahnen haben bis zum Ausbruch des Balkankrieges gut gearbeitet und weitere Fortschritte gegenüber dem Vorjahre erzielt. Die durch den Krieg herbeigeführten territorialen Veränderungen, die in ihren Einzelheiten noch nicht feststehen, werden von einschneidender Wirkung auf die Verhältnisse dieser Bahnen sein. Wir zweifeln jedoch nicht, dass die wohlverwahrten Rechte des in diesen Bahnen investierten Privatkapitals ebenso wie die Rechte der türkischen Staatsgläubiger eine gebührende Berücksichtigung finden werden.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin wird im laufenden Jahre die Linien Spittelmarkt-Alexanderplatz-Schönhäuser Allee und die westlichen Erweiterungen vom Wittenbergplatz nach der Uhlandstrasse und nach dem Nollnerplatz dem Betrieb übergeben. An diese wird sich die Wilhelmsdorfer und Dahlener Bahn anschliessen, für welche die Hochbahn, ebenso wie für die Schöneberger Bahn, den Betrieb übernimmt, so dass sich die Länge der von ihr betriebenen Linien um rund 70 %, die der eigenen Linien um etwa 44 % erhöhen wird. Die Verwaltung erwartet von diesen Vergrösserungen eine erhebliche Befruchtung der alten Strecken.

Sehr günstig war das Berichtsjahr unseren Unternehmungen auf dem Gebiet der Erdöl-Industrie. Die Produktions-Gesellschaft „Steaua Romana“ erhöhte ihre Dividende für 1911/12 auf 9 %, die Verkaufsgesellschaft „Europäische Petroleum-Union“ schüttete (für 1911) 10 % Gewinn aus. Die Steigerung der Preise aller Petroleumprodukte, sowie die zunehmende Unerschöpflichkeit des Benzins, Heizöls und Leuchtöls sichern diesen Gesellschaften auch für das nächstfolgende Geschäftsjahr und darüber hinaus erfreuliche Ergebnisse. In Anbetracht der eigentümlichen Verhältnisse im Erdöl-Geschäft hatten wir schon bei Aufnahme dieser Unternehmungen vor einem Jahrzehnt eine Hilfs-Gesellschaft errichtet, um die Behauptung der Kontrolle über die Produktions- und Verkaufs-Organisationen zu erleichtern; zu diesem Zwecke wurde z. B. die Deutsche Petroleum A.-G. geschaffen, welche für ihr letztes Geschäftsjahr gleichfalls die seitler vorsichtig auf 5 % gehaltene Dividende auf 7 % erhöhen konnte und sich in günstiger und starker Position befindet.

Wir haben im Laufe des Berichtsjahres der Reichsregierung die gewünschte Mitarbeit bei der Vorbereitung des Gesetzesentwurfs zur Einführung eines deutschen Leuchtölmonopols geleistet. Unsere Petroleumunternehmungen würden aus der Annahme des Gesetzesentwurfs keine anderen Vorteile ziehen als jeder andere Leuchtölproduzent, nämlich die Erlangung eines von der Württembergischen Erdöl-Gesellschaft befreiten deutschen Marktes; eines weitgehenden Vorteil haben wir niemals angestrebt.

Von neuen Konsortialgeschäften, an welchen wir uns im Berichtsjahre als Hauptbeteiligte oder Emittenten interessiert haben und die zum grössten Teil im Berichtsjahre abgewickelt worden sind, erwähnen wir die folgenden:

- Übernahme von
- 4 1/2 % Anleihen des Deutschen Reichs und Preussischen Staats,
 - 4 % Bayerischer Staats-Anleihe von 1912,
 - 4 % Württembergischer Staats-Anleihe von 1912,
 - 4 % Badischer Staats-Anleihe von 1912,
 - 4 % Oldenburgischer Staats-Anleihe von 1912 (Bremer Filiale),
 - 4 % Lübecker Staats-Anleihe von 1912,
 - 4 % Anleihe der Provinz Pommern,
 - 4 % Anleihe der Stadt Berlin,
 - 4 % Anleihen der Städte Charlottenburg, Dresden, Düsseldorf, Emden, Halberstadt, Königsberg i. Pr., München (Münchener Filiale),
 - 4 % Pfandbriefen des Landschaftlichen Kreditverbandes für die Provinz Schleswig-Holstein,
 - 4 % Pfandbriefen des Brandenburgischen Pfandbriefamts für Hausgrundstücke,
 - 4 % Anleihe von 1912 der Emscher Genossenschaft,
 - 4 % Oesterreichischer Staats-Renten-Anleihe und Staats-Schatzscheine,
 - Bulgarischen Schatzscheine,
 - 4 % Anleihe der Schweizerischen Bundesbahnen,
 - 4 1/2 % Anleihe Serie III der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft,
 - 4 % Anleihe der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen,
 - 4 1/2 % Anleihen der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H., der Siemens & Halske Aktiengesellschaft, der Elektro Treuhänder A.-G., der Aktiengesellschaft für Elektrizitäts-Anlagen,
 - 4 1/2 % Obligationen der J. Brüning & Sohn A.-G. (Frankfurter Filiale), der Buderus'schen Eisenwerke, der Gesamtwerk-Betriebs-Gesellschaft, der Gesellschaft für Teerverarbeitung m. b. H., der Gewerkschaften Glückauf-Berka und Glückauf-Ost, der Hohenlohe-Werke A.-G., der Niederlausitzer Kohlenwerke, der Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft, der Vereinigten Handlauer- & Gummiwaren-Fabriken, der Valgi & Haasler A.-G. (Frankfurter Filiale), der Hamburg-Bremer-Afrika-Linie (Bremer Filiale),

Neuen Aktien der Schubert & Salzer Maschinenfabrik Aktien-Gesellschaft.

Gründung der

Société Commerciale Belgo-Allemande du Congo.

Einführung von

- 4 % Anleihe der Provinz Brandenburg,
- 4 % Anleihe der Rheinprovinz,
- 4 % Anleihe der Provinz Westfalen,
- 4 % Anleihe der Stadt Breslau,
- 4 % Pfandbriefen der Landschaftlichen Bank der Provinz Sachsen,
- 4 % Pfandbriefen der neuen Westpreussischen Landschaft,
- 4 % Pfandbriefen der Hypothekbank in Hamburg, der Leipziger Hypotheken-Bank, der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank,
- Aktien der Steana Romana, A.-G. für Petroleum-Industrie, Breslauer Spritfabrik A.-G., Ernst Schless Werkzeugmaschinenfabrik A.-G., Baumgartenplaner Ströb & Co., A.-G. Aktiengesellschaft „Wasser“, Harburger Eisen- und Bronzewerke A.-G., Stahlwerke Rich. Lindenberg A.-G.

Kapitalerhöhungen

der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft (Hamburger Filiale), Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, Bayerischen Handelsbank, des Berliner Makler-Vereins, Essener Bankvereins, der Hannoverischen Bank, Niederlausitzer Bank, des Schleischen Bankvereins, der Württembergischen Vereinsbank, Warschauer Disconto-Bank, Bank für elektrische Unternehmungen, Accumulatorenfabrik A.-G., Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, Bergmann-Elektricitäts-Werke A.-G., Deutsch-Überseeischen Elektricitäts-Gesellschaft, Gesellschaft für elektrische Beleuchtung von Jahre 1888 St. Petersburg, Kraftübertragungs-Werke Rheinfelden, Julius Berger Tiefbau A.-G., des Bochumer Vereins für Bergbau & Gusstahlfabrikation, der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron (Frankfurter Filiale), Consolidation Bergwerks-A.-G., Deutschen Continental-Oas-Gesellschaft, des Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- & Hüttenvereins A.-G., der A.-G. Düsseldorf Eisenbahnfabrik vorm. Carl Weyer & Co., Carl Hamel A.-G. (Dresdener Filiale), Hasper Eisen- und Stahlwerke, Mannesmannröhren-Werke A.-G., Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Maschinenfabrik Esslingen, Rheinischen Stahlwerke, Rütgerswerke A.-G., Speloberer- & Spedition A.-G. (Dresdener Filiale), Staessfurter Chemischen Fabrik, des Vereins Chemischer Fabriken A.-G. Zeitz, der „Allianz“ Versicherungs-A.-G. und der „Citax“ Société anonyme Industrie et de Transport a Stanley-Pool.

Von älteren Konsortialgeschäften sind im Berichtsjahre abgewickelt worden:

- Aktien der Danziger Privat-Aktien-Bank, der Westdeutschen Boden-Credit-Anstalt, der Banque Balkanique,
- 4 1/2 % Anleihen der Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Maschinenfabrik Thyssen, der Neuen Senftenberger Kohlenwerke, der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G.,
- Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., des Lothninger Hüttenvereins Aumetz-Friede, der Wittener Stahlröhrenwerke, der „Nordstern“ Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-A.-G. und andere mehr.

Unser Konsortial-Konto (Zentrale und Filialen) bestand am Jahreschluss aus:

49 Beteiligungen an deutschen Staats- und Kommunalanleihen und Obligationen inländischer Gesellschaften	M. 14 605 636,36
116 „ „ an Aktien inländischer Gesellschaften	18 104 392,29
35 „ „ an ausländischen Staats- und Kommunal-Anleihen und Eisenbahn-Gesellschaften	8 120 219,19
90 „ „ an Obligationen und Aktien ausländischer Gesellschaften	4 441 494,18
19 „ „ an Grundstücks-Geschäften	8 140 658,23
	M. 49 413 730,15

Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzt sich zusammen aus:

Staats- und Kommunal-Papieren sowie Deutschen Pfandbriefen in 120 Gattungen	M. 35 518 228,29
Eisenbahn- und industriellen Obligationen in 85 Gattungen	7 145 328,36
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien in 175 Gattungen	9 400 225,73
Diversen	132 367,42
	zusammen M. 52 215 000,19

Wir besaßen am Jahreschluss deutsche Staatsanleihen und deutsche Schatzanweisungen im Buchwert von M. 126 714 237,30.

In den Aufsichtsrat wurde in unserer letzten Generalversammlung neu gewählt Herr Generaldirektor der Geb. Oberregierungsrat Dr. Wolfgang Kapp. Wir hatten 603 Mitglieder, darunter 100 Kommerzienräte Carl Funke in Essen zu beklagen, der am 15. April unserem Aufsichtsrat und seinem übrigen grossen Wirkungskreis entzogen wurde. Ein ehrendes Andenken bleibt ihm auch bei uns gesichert.

In den Gesamtvorstand der Bank ist eingetreten dessen früher stellvertretendes Mitglied, Herr Oscar Schlüter, der für mehrere Jahre an die Spitze der Direktion der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld getreten war und nun zu uns zurückgekehrt ist; ferner Herr Oscar Wassermann, bisheriger Mitinhaber des Bankhauses A. E. Wassermann in Berlin.

Unser stellvertretender Direktor bei der Hauptniederlassung, Herr Gustav Meissner, ist nach 40 Jahre lang der Bank geleisteten treuen Diensten zu unserem Schmerz verstorben.

Die Herren Friedrich Beltermann, Selmar Fehr, Julius Köhler, Adolf Kohn, Oscar Krause, Ludwig Leiffmann, Emil Rothacker, Reinhold Siebert und Theodor Veyer wurden zu Abteilungsdirektoren bei der Hauptniederlassung ernannt.

Unsere Londoner Filiale hatte mit uns den Tod ihres Direktionsmitgliedes Herrn Harold Alfred Smart zu beklagen, der seit 21 Jahren unserem Kreise angehört hat.

(Fortsetzung nebststehend)

Der Direktor unserer Frankfurter Filiale, Herr Hermann Maier, hat sich nach mehr als 25jährigem, unermüdeten Wirken im Dienste der Bank in den Ruhestand zurückgezogen.

In Dresden wurde Herr Adolf Kraemer, bisher Prokurist, zum stellvertretenden Direktor der Filiale ernannt, bei der Leipziger Filiale Herr Karl Burghardt in gleicher Weise befördert.

In Bremen verloren wir durch den Tod Herrn Gustav Schell, welcher seit 1876 als Mitglied des Lokalausschusses unserer Filiale wertvolle Dienste geleistet hatte.

Infolge Wegzuges des Herrn Minister Karl Bänz von Konstantinopel trat an die zu besetzende Stelle in den Lokalausschuss ein sein Nachfolger im Verwaltungsrat der Dette Publique Ottomane, Herr Minister Rudolf Pritsch.

Einschließlich des Vortrages aus 1911 von M. 3 569 658,65, nach Vornahme der Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien im Betrage von M. 4 025 808,97 und Rückstellung von M. 400 000.— für Talonsteuer beläuft sich das Erträgnis des Jahres 1912 auf M. 54 348 244,12

Transport M. 54 348 244,12

Hiervon erhalten zunächst die Aktionäre 6% Dividende auf M. 200 000 000.— (nach § 36d der Satzungen) M. 12 000 000.—

Von dem verbleibenden M. 22 348 244,12 beantragen wir:

der Reserve B M. 2 500 000.—

für Abschluss-Gratifikationen an die Angestellten M. 2 850 000.—

zu überweisen.

Von dem übrig bleibenden Betrage von M. 15 998 244,12 abzüglich M. 3 019 749,50 Vortrag auf neue Rechnung erhalten (nach § 36d der Satzungen) der Aufsichtsrat und die Lokalausschüsse 7% Gewinnanteil mit M. 1 119 877,09

Wir schlagen vor, von dem restlichen M. 16 019 749,50 6 1/2% Superdividende auf M. 200 000 000.— mit M. 13 000 000.—

zu verteilen und den Ueberschuss von M. 3 019 749,50 auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde Zernach erhalten:

jede Aktie von nom. M. 600.— M. 75.—

„ „ „ „ 1200.— „ 150.—

„ „ „ „ 1800.— „ 225.—

— 12 1/2% Dividende.

Wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, so würden sich unsere bilanzmäßigen Reserven erhöhen auf:

1. Gesetzliche Reserve A M. 65 298 031,50

2. Reserve B M. 30 090 816,42

3. Kontokorrent-Reserve M. 7 016 622,28

zusammen M. 112 500 000.—

— 56,25% des Aktienkapitals von M. 200 000 000.—

Berlin, im Februar 1913.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

A. von Gwinner, E. Heinemann, Dr. E. Hellerich, Paul M. Herrmann, C. Klönne, P. Mankiewicz, C. Michalowski, O. Schlüter, G. Schröter, O. Wassermann.



Rosetti
VERA
3 Pfg
Cigarette

Total-Ausverkauf

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe

Bis 1. April muss alles geräumt sein. Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen. Gründung des Geschäfts 1910, daher nur moderne beste Ware.

- ca. 335 Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge nur kurze Zeit verliehen gewesen, pa. Tuchkammgarn, viele ganz auf Seide, so: früherer Preis 80.— bis 100.— Mark, jetzt 32.—, 38.— bis 42.— Mark
- ca. 100 neue Gehrock- u. Smoking-Anzüge vorzügliche Muster und Qualitäten, ein- und zweireihig, so: früher 35.— bis 45.— Mark jetzt 19.— Mark früher 50.— bis 60.— Mark jetzt 28.— Mark
- ca. 510 neue Herren-Paletots, Ulster ein- und zweireihig, alle Farb., hell u. dunkel, so: früher 20.— bis 30.— Mark jetzt 9,50 Mark früher 35.— bis 45.— Mark jetzt 15.— Mark
- ca. 230 Jackett-Anzüge, Paletots, Mass-Anfertigung wenig getragen, gut erhalten, haltbare Stoffe, auf das beste hergerichtet früher 15.— bis 25.— Mark, jetzt 8.— und 12.— Mark früher 30.— bis 40.— Mark, jetzt 16.— und 24.— Mark
- ca. 110 Konfirmanden-Anzüge in allen Größen, blau und schwarz, so: früher 16.— bis 40.— Mark jetzt jeder 7,50 Mark
- ca. 120 Jünglings-Anzüge beste Qualitäten, schönste Muster, so: früher 15.— bis 25.— Mark jetzt 10.— Mark früher 28.— bis 40.— Mark jetzt 15.— Mark
- ca. 950 Herren-Hosen in allen Längen und Welten, so: früher 3.— bis 4.— Mark jetzt 2.— Mark früher 5.— bis 8.— Mark jetzt 3,25 Mark früher 10.— bis 15.— Mark jetzt 5.— Mark
- ca. 200 Lüsterjackette und Sommerjoppen zum Aussuchen, St. 1.25 Mark
- ca. 200 Phantasie- und Stoff-Westen zum Aussuchen, St. 1.— u. 1,75 Mark

Einzelne Gehröcke, Fracks und Smokings, beste Schneiderarbeit, wenig getragen, so: früher 12.— bis 30.— Mark, jetzt 4.— und 6.— Mark

Verleihhaus feiner Herren-Moden
59 Leipziger Strasse 59.

Sonnabends bis 2 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Oskar Wollburg,

56 Brunnenstraße 56.

Die diesjährige große Mode:

Kostüme aus fein gestreiften Stoffen engl. Art 16⁵⁰ 25.— 34⁷⁵

Kostüme aus prima Kammgarn-Cheviot und echt englischen Stoffen 24⁵⁰ 38⁷⁵ 49.— bis 75.—

Paletots aus den neuesten Frühjahrsstoffen 9⁵⁰ 16⁷⁵ 24.— 33.—

Frauenmäntel aus prima Tuch, Kammgarn, Ripps etc. 19⁷⁵ 25⁵⁰ 36.—

Kinder- und Backfisch-Kostüme und Mäntel 6⁵⁰ 9⁷⁵ 17.— 29.—

Meine Konfektion ist durch Selbstfabrikation größten Stils unvergleichlich in Preiswürdigkeit, erstklassiger Verarbeitung und gutem Sitz. Es kann sich daher jede Dame im eigenen Interesse hiervon überzeugen, bevor sie ihren Frühjahrsbedarf wählt. Meine Abteilung für Maßanfertigung steht unter Leitung erstklassiger Zuschneider.

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstrasse 51.

Gegr. 1870. Eckhaus Alexandrinenstrasse. Gegr. 1870.

Spezial-Möbel-Haus mit Kredit-Gewährung

Schlafzimmer, Wohnzimmer u. mod. Küche Anzahl v. 40 M. an	Speiseszimmer, Schlafzimmer u. mod. Küche Anzahl v. 70 M. an	Herrn-Speises., Schlafzimmer u. mod. Küche Anz. v. 100 M. an
---	--	--

Reichhaltige Auswahl in Klubsesseln, Standuhren und Ergänzungsmöbeln! Spezialität: Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen: Besichtigung erbeten!

Teilzahlung gestattet!
Monatliche oder wöchentliche Raten nach Vereinbarung!

Streng nach unserem Prinzip

verkaufen wir sämtliche Herren- und Knaben-Garderoben zum

„Selbstkostenpreis + 10 Proz. Nutzen“

Durch dieses Verkaufssystem machen die Käufer nicht nur erhebliche Ersparnisse, sondern werden auch vor jeder Ueberschuldung geschützt. Gemäß ihrer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten ist die Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. an obige Vertriebsart gebunden, und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10 Proz. auf den Selbstkostenpreis aufschlägt.

Wir verkaufen z. B.

	Herren-Ulster	Paletots	Anzüge
Selbstkostenpreis	18.—	24.—	31.— 39.—
Verkaufspreis	19.80	26.40	34.10 42.90

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Chausseestr. 27 (nahe Invalidenstr.)	Gr. Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstraße)	Turmstr. 80 (neben kl. Tiergarten)	Neukölln, Bergstr. 7/8 (Ecke Prinz-Handjerystr.)
---	---	---------------------------------------	---

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Max Rehfeldt
am 6. März im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Friedhofes im Bankow, Bohnstraße, aus statt.
62/16 Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Tüpler u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 6. März unser Kollege
Georg Stöcking
(Bergf. Hten)
im Alter von 55 Jahren an einem Leberleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
192/4 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 5. d. Mts. verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied
Theodor Mitsching
im Alter von 62 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof Kirchhof in Nordend statt.
27/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher
Axel Windblad
Bericht Nr. 6, am 6. März an Gehirnentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes in Heinersdorf-Bez., Blankstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
114/11 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, abends 7,10 Uhr, entriß uns der bittere Tod meine liebe Frau und gute Mutter
Auguste Selig geb. Kasper
Dies zeigen tiefbetrübt an, um stille Teilnahme bittend
Fritz Selig und Tochter Betty.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
61/2

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Bauereppler
Friedrich Grünewald
am 5. März nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. März, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Luisen-Str. 15, aus nach dem alten Jakob-Kirchhof, Hermannplatz, statt.
Um stille Beileid bittet
Die trauernde Witwe
Amanda Grünewald.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
Max Höft
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Genossen Gräß für seine tröstlichen Worte, den Sängern, den Wiekern des Hauses, dem Lithographen- und Stein-druckers-familie Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.
Familie Höft.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes lege ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Martha Häbel.

Freireligiöse Gemeinde.

Jugendweihe

der Kinder von Mitgliedern der freireligiösen Gemeinde.
Am Sonntag, den 9. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, bei **Lipps**, Am Friedrichshain 16.
(Der Lokal wird erst um 9 Uhr geöffnet.)
Am Sonntag, den 16. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, bei **Killem**, Helenheide 13/15.
Festrede von **Dr. D. Wille**: „Schaffe dich selbst.“
Festvorträge auf der Orgel mit Bloßbegleitung. Eintrittspr.: Ermäßigte 20, Kinder 10 Pf.
Am Sonntag, den 23. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, **St. Frankfurter Str. 6**:
Herr **Dr. Bruno Wille**: Festvortrag: „Christ ist erstanden!“
Am Sonntag, den 30. März, vorm. 10^{1/2} Uhr, im selben Lokal: Herr **Dr. Max Brilo**:
„Thales' berühmte Menschheitsfragaden: Des Leidens, des Ehrgeizes, der Eiferstucht“
(König Lear, D'berth, Cithello).“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85.
Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.
Am Sonntag, den 9. März ev., nachm. 1 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23, die Fortsetzung der
Außerordentlichen Generalversammlung
unserer Verwaltungsstelle statt.
Tagesordnung:
Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Breslau.
Mitgliedsbuch und Legitimationskarte ist vorzulegen. — Ohne dieses keinen Zutritt.
Vertretung ist nicht zulässig.
Besondere Einladungen erfolgen nicht.
Die Ortsverwaltung.



Salamander

Schuhgen. m. b. H., Berlin.
Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182
1. W 8 Friedrichstr. 182 2. SW Friedrichstr. 221
3. SW Friedrichstr. 204 4. N Friedrichstr. 118/119
5. C Königstrasse 47 6. C Rosenthaler Tor
7. W Potsdamer Str. 5 8. NW Turmstr. 9
9. S Oranienstr. 42 10. N Badstr. 20
11. NO Gr. Frankfurter Strasse 102
12. W Martin-Luther-Strasse 2
13. W Tauentzienstrasse 15
14. Steglitz, Schlossstrasse 20
15. Priedenau, Rheinstr. 1-3
16. Charlottenburg, Wilmerdorfer Str. 126
17. Spandau, Breite Str. 30
18. Potsdam, Nauener Str. 31.

Einheitspreis 1250
für Damen u. Herren M.
Luxus-Ausführung, M. 1650

Sie suchen
einen Stiefel, der Sie zufriedenstellt?
Fordern Sie unser neues Musterbuch V

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Sonntag, den 9. März, vormittags 11 Uhr, in den „Arminhallen“,
Stammbantzenstr. 68/69:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Sektionsvorstandes. 2. Wahl des Sektionsleiters und des Arbeitsvermittlers. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch aller im Gips- und Zementbaugewerbe beschäftigten Kollegen erwartet.
NB. Zu dem am Sonnabend, den 8. März, abends 8 Uhr, im Gemeinschaftshause, Engelauer 15, Zimmer 58, beginnenden Unterrichtskursus über Eisenbetonbau werden noch Teilnehmer gewünscht.
141/4*

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.
Sonntag, den 9. März, vorm. 10 Uhr, Prinzenallee 33:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Bautischler.
Sonntag, den 9. März, vormittags 10 Uhr, bei **Boeker**,
Bebelstr. 17:
Branchenversammlung für Groß-Berlin.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarifberatung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Achtung
Kaufen Sie
nur beim Fachmann
elegante fertige
Herren-Garderobe
Teilzahlung von
1 Mark
wöchentlich an
Vornehmste Maßanfertigung u. Garantie
Julius Fabian
Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37
II. Geschäft:
Turmstrasse 18
Kein Laden.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine

Monats-Garderobe
direkt an Private.

Ansüge und Paletots von 10 M. an.
Großes Lager von Sommersachen vorrätig.
Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
vis-a-vis der Karlstr.

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungsrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Einfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 58.
Rein Abzahlungs-geschäft.

Möbel-Lechner
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar
Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an
Riesen-Auswahl — Größte Kulanz
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 M. an 5 M. gutgeschrieben.
1. Geschäft: Brunnenstr. 7 2. Geschäft: Müllerstr. 174
am Rosenthaler Platz Ecke Pennstraße
Lieferung auch nach auswärts
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

WESTMANN
MOHRENSTR. 37a
GR. FRANKFURTERSTR. 115
Kostüm-Woche!
Auf Ständern } Bis 25% (Nur Frühjahrs-
zum Ausuchen } Neuheiten!
Preisermäßigung!
In Kammgarn zu Mark 18, 25, 33, 50, 60
Modelle zu Mark 60, 75, 100, 125, 150
Frühjahrs-Paletots M. 15, 22, 33, 50
Modelle in schwarz, Weiß und beige M. 35, 45, 65, 90
Einkauf zum Feste jetzt empfehlenswert, weil später der An-
druck zu stark ist
EINSEGNUNGS-KLEIDER!
Letztes Winter-Angebot!
Plüschmäntel 33, 50, 85, 125 M. (sonst 100 bis 300 M.)
Uister 9, 15, 22, 30 M. (sonst 29 bis 120 M.)
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.
Bede-Ausstattung am Ziel. Rechts von Eingang. Einheitskarten bei mir gelte!

Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III
Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.
Vertreter:
P. Horsch, Engelauer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Die städtischen Steuervorlagen

sind am Donnerstag mit Ach und Krach angenommen worden. Die Mehrheit, die den neuen Steuern ihre Zustimmung erteilte, gab der Meinung Ausdruck, daß ihre Wähler mit der Abstimmung einverstanden seien. Mit Recht wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß die Herren aus der ersten und zweiten Wählerklasse nur eine geringe Anzahl Wähler hinter sich haben und nur aus dem sicheren Verstand der privilegierten Wählerklassen heraus sich solche Attentate auf den Geldbeutel der breiten Masse der Bevölkerung erlauben können. Ein Redner der Mehrheit meinte, die Aufregung der Interessenten würde sich mit der Zeit legen, wenn man sehen würde, daß die Wirkung der neuen Steuern gar nicht so schlimm sei, wie man sie sich vorgestellt habe. In Wirklichkeit wird das Umgekehrte eintreten. Treten die Steuervorlagen in Kraft, so wird sich erst zeigen, wie unsinnig und leichtfertig die Steuerordnung gemacht worden ist. Besonders trübend wird das bei der Viersteuer in die Erscheinung treten. Man bedenke: Bier von auswärts darf nicht vor 7 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends eingeführt werden. Diese Bestimmung allein zeigt schon die Unsinngkeit der Steuerordnung. Wir haben eine ganze Reihe Brauereien in den Vororten, die ihre Kundschaft in Berlin haben; wir erinnern nur an die Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen, die zahlreiche kleine Gastwirte in Berlin mit Bier versorgt, an die Siedeburger, Rigdorfer Brauereien u. a. Eine solche Zeitfestschneidung wird besonders in den heißen Sommermonaten zu den größten Unzulänglichkeiten führen; ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die schon im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für Lieferanten wie Kunden entstehen. Ganz unverständlich ist die Bestimmung, daß das eingeführte Bier nur auf den vom Magistrat zu bestimmenden Einfuhrstraßen eingebracht werden darf. Diese Bestimmung erinnert stark an die vor mehr als 60 Jahren aufgehobenen kleinstaatlichen Zollpladereien. In Berlin zu bestimmen, daß nur auf bestimmten Einfuhrstraßen das Bier nach Berlin gebracht werden darf, ist so ungeheuerlich, daß man sich im 20. Jahrhundert an diesen Gedanken gar nicht gewöhnen kann. Seiten Treiben der Berliner Bevölkerung wird es unvorstellbar bleiben, wie eine Stadtvertretung der Hauptstadt und Residenzstadt Berlin es wagen kann, derartige Bestimmungen überhaupt nur niederzuschreiben, geschweige denn in Kraft zu setzen. Nicht viel besser sind viele andere Bestimmungen der Biersteuerordnung. Ihr Inkrafttreten dürfte den kommunalfreiständigen Ratsern im Rotes Haus noch manche Kopfschmerzen bereiten.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. 2. Abteilung. Morgen Sonntag, abends 7 Uhr, im Königsplatz-Stadion, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße: Versammlung. „Die Hundertjahrfeier“. Referent: Reichstagsabg. Hugo Haase. Nachdem: Gemütliches Beisammensein mit Rezitation und Tanz. Eintritt inkl. Garderobe 25 Pf.

6. Wahlkreis.

Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf das heute in den Solalen: Brauerei Königsplatz, Germania-Verein, Phorusröhre und Stadttheater Noabit stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins aufmerksam. Das Programm besteht aus: Konzert, Gesang, turnerischen Aufführungen, humoristischen Vorträgen, Festreden und Tanz. Mitwirken die Gesangsvereine: Sängerkorps Wedding, Neu erwacht, Norden und Männerchor Noabit. Außerdem: Ensemble des Singspielfängers Herrn Eugen Wolff, Berliner Humor-Quartett, Berliner Spottbühne, Berliner Musik-Trio und Arbeiterturner. Nach dem Konzert: Tanz. Eintritt 30. Programm gratis. Der Vorstand.

Zadort. Die für Sonntag, den 9. März, anberaumte öffentliche Versammlung findet umständehalber erst am Sonntag, den 16. März, statt.

Reinickendorf-West. Heute feiert der Wahlverein in Gördes Waldschloß, Waldstr. 50/51, sein Wintervergnügen. Mitwirkende: Arbeitergesangsverein Einigkeit 2 (Mitgl. d. A.P.S.-V.), Theaterverein Dilettantenbühne „Freya“, Arbeiterturnverein Reinickendorf-West. Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachher Tanz. Programm an der Kasse gratis. Willkür sind bei den Gruppenführern zu haben.

Berliner Nachrichten.

Fürstlicher Besuch im Rathaus.

Seit kurzem scheint mit der Begrüßung fürstlicher Persönlichkeiten durch Vertreter städtischer Behörden am Brandenburger Tore gebröchen worden zu sein. Die städtischen Behörden sind bereits bei der Ankunft des Brautpaares nach dem Anhalter Bahnhof eingeladen oder besser — befohlen worden und haben dort ihre Willkommensgrüße angebracht. Dasselbe trat ein bei der Ankunft des Königs von Dänemark, sowie bei der am Donnerstag erfolgten Ankunft des Prinzregenten von Bayern. Stadtverordnete und Magistrat haben den letztgenannten Gast des Kaisers im Rathaus besonders begrüßt und sich deswegen in nicht geringe Unkosten gestürzt. Für die Ausschmückung des Brandenburger Tors wurden 6600 Mark Kredit verlangt und für den Empfang im Rathaus nicht weniger als 18.000 Mark, sage und schreibe achtzehntausend Mark. Wie vor einigen Jahren der König von England, so wurde gestern vormittag auch der bayerische Prinzregent im Rathaus empfangen. Vor dem Rathaus war ein Baldachin aufgestellt, die große Freitreppe war mit prachtvollen Blumen ausgefattet, was auch vom Magistratsaal und vom Festsaal gesagt werden kann. Im Festsaal hielt der Oberbürgermeister eine Ansprache, worauf der Prinzregent für den Empfang dankte und den ihm gereichten Ehrentrunk entgegennahm. Dann packte der Prinzregent die mitgebrachten Orden aus. Herr Wermuth erhielt das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael, Herr Reiche das Verdienstkreuz und der Stadtverordnete Herr Richter die dritte Klasse desselben Ordens. Herr Caspel scheint leer ausgegangen zu sein. Im offiziellen Empfangsbericht wird mitgeteilt, daß der Besuch sich in das goldene Buch der Stadt Berlin eingetragen und daß ihm besonders die Begrüßung durch den im Stadtverordneten-Sitzungssaal aufgestellten Chor von 500 Knaben und Mädchen gefallen habe.

Wegen dieses etwa eine Stunde dauernden Besuches im Rathaus mußten 18.000 Mark aufgewendet werden. Mit diesem Gelde hätte man viel Nützliches ausrichten können.

Hier kommt keiner durch!

Uns wird geschrieben: „Ein Randalstiefes Vorkommnis, das in jedem anständigen Menschen das Gefühl der Beschämung und Em-

pörung wachrufen muß, ereignete sich am Donnerstag anlässlich der Ankunft des bayerischen Prinzregenten. Bedauerlicherweise gibt es, dank einer byzantinischen Presse, in Berlin noch zahllose weibliche und männliche Maulaffen, die, wenn sie die Aufsicht einiger Hofwagen wittern, stundenlang Spalier bilden, in der Hoffnung, einen Prinzen oder eine Prinzessin oder gar einen leibhaftigen Fürsten sehen zu können. So stand auch am Donnerstagnachmittag, aus Anlaß der Ankunft des Prinzregenten von Bayern, vom alten Schloß bis zum Brandenburger Tor und von dort die Königsgräber Straße entlang bis zur Mädelstraße, und zwar rechts und links, eine dichte Menschenmauer. Die Straße dient wohl wie der Polizeipräsident v. Jagow in einem Maa einmal angekündigt hat, „dem Verkehr“. Allein dieser Maa hat, wenn eine fremde Fürstlichkeit erwartet wird, keine Gültigkeit. Stundenlang wurde der angegebene weite Weg für den gesamten Fuß- und Wagenverkehr gesperrt. Wer genötigt war, schnell vorwärts zu kommen und sich durch das Publikum durchzudrücken suchte, wurde von den in ungeheurer Zahl aufgetretenen reitenden und Fußgängertruppen gezwungen, stehen zu bleiben, bis — nun bis nach einigen Stunden der Rummel zu Ende war. Was kümmert es Herrn v. Jagow und seine Leute, daß ein Mann einer wichtigen Angelegenheit wegen verreisen will, oder daß ein Arzt zu einem Schwerkranken eilen will. In der Nähe des Aslanischen Platzes hat ein Herr, der sich als Arzt legitimierte, ihn durchzulassen, er sei zu einem Schwerkranken gerufen. Jetzt können Sie nicht durch, Sie müssen jetzt hierbleiben, die hohen Herrschaften kommen jetzt“, wurde der Arzt von den Schülern angehalten. Der Arzt war, wohl oder übel, genötigt, unwillig mit Spalter zu bilden. Sehr bald erschienen Galawagen. Die Schüler riefen und winkten dem Publikum zu: „Hurra!“ Es fehlte aber die Begeisterung, das „Hurra“ klang ungemein dünn. Einen berittenen Schuttmann schien das zu ärgern. Er ritt plötzlich ohne jede Veranlassung in das Publikum hinein mit dem Rufe: „Ru aber zurücktreten“. Wenn die Berliner Maulaffen, die sich zum Spalierbilden drängen, nicht einmal Hurra! schreien, sobald ein paar Prinzen oder Prinzessinnen vorüber fahren, dann verdienen sie, von einem Schuttmannspferd auf ihre Untertanenpflichten aufmerksam gemacht zu werden.“

Feuerwehrlaute und Polizeipräsident.

Die sozialdemokratische Fraktion unseres Rates Hauses hatte beantragt, die Stadtverordnetenversammlung solle gegen sein das Vereinsrecht der Feuerwehrlaute schwer gefährdende Vorgehen des Polizeipräsidenten Protest erheben und Schritte zur Überwindung der Feuerwehr in städtische Verwaltung einleiten. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen. Der Ausschuss hat gestern seine Arbeit beendet. Er lehnte den Antrag auf Überwindung der Feuerwehr in städtische Verwaltung ab. Der Verechtigungs des weitergehenden Antrages wurde von verschiedenen Seiten zugestimmt. Stadtd. Sommerfeld verlangte aber eine Ausweitung und eine Art Beurteilung der Feuerwehrlaute. Freilich nicht offen, sondern in Form eines „motivierten“ Antrages auf Überwindung zur Tagesordnung über den sozialdemokratischen Antrag. Die Erwägungen seines Antrages gingen im wesentlichen dahin: die über den angeblichen Eingriff in das Vereinsrecht der Feuerwehrlaute gemachten Angaben ließen die Sachlage nicht klar erkennen, den Feuerwehrlauten stehe ein Vereinsrecht zu, dies Recht dürfe aber „nur in den Grenzen der Beamtendisziplin ausgeübt werden“. Ueber die tatsächliche Vorenthaltung des Vereinsrechts unter Hinweis auf die „Beamtendisziplin“ erntete sich eine längere Debatte, die mit Ablehnung des auf Aufhebung des Vereinsrechts der Beamten unter dem Motto „Beamtendisziplin“ gerichteten Vorschusses endete. Der so geänderte Antrag des Antrages auf Überwindung zur Tagesordnung wurde von der bürgerlichen Mehrheit angenommen.

Wenn liberale Stadtverordnete die Ausübung des reichsgesetzlichen Vereinsrechts der Feuerwehrlaute von der Beamtendisziplin abhängig machen wollen, so degradieren sie damit ganz nach dem Vorgehen Delbrück u. Co. die Feuerwehrlaute und Beamten zu Bürgern zweiter Klasse. Bleibt abzuwarten, ob im Plenum ein dahingehender Versuch wieder aufsteht.

Die Absperrungen von Straßen wollen gar kein Ende nehmen. Für Montag werden wieder folgende Verkehrsbeschränkungen angekündigt! Aus Anlaß des am 10. d. Mts. um 11 Uhr vormittags stattfindenden Gottesdienstes im Dom, der sich anschließenden Gedächtnisfeier am Denkmal des Königs Friedrich Wilhelm III. im Lustgarten und der Paradeaufführung in der Straße Unter den Linden werden von etwa 10 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Feier die Kaiser-Wilhelm-Brücke, der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Straße am Zeughaus, der Schinkelplatz, der Platz am Zeughaus, die Hofgasse des Kaiser-Franz-Josef-Platzes, die Fahrdämme, die Mittelpromenade und der Mittelweg der Straße Unter den Linden vom Denkmal Friedrichs des Großen bis zur Wilhelm- und Neuen Wilhelmstraße für Wagen, Reiter und Fußgänger gesperrt. Während des Paradeaufmarsches der Truppen, der in der Richtung nach der Kaiser-Wilhelm-Brücke erfolgt, wird der Fahrverkehr in der Butz-, Kaiser-Wilhelm-, Heiligengeist-, Rosen- und Klosterstraße nach Bedarf abgelenkt oder unterbrochen werden.“

Unfall beim Einzug des Prinzregenten. Das Dienstpferd des am Donnerstag zum Absperrungsdienst im Lustgarten abkommandierten Schuttmanns Stad wurde, als gegen 4 Uhr nachmittags das Publikum nach dem Insepperson südlich des Domes durchbrach, derart erschreckt, daß es zur Seite sprang und auslief. Der Schuttmann Rohrdolph vom 48. Polizeirevier wurde an der linken Körperseite so schwer getroffen, daß er sofort zusammenbrach. Passanten trugen ihn nach dem Apothekenflügel im Schloß, wo ein herbeigerufener Arzt Witz- und Rippenquetschungen feststellte und die Überführung des Verletzten nach der Igl. Klinik in der Ziegelstraße veranlaßte.

Zu dem Hennigsdorfer Automobilverbrechen wird mitgeteilt, daß die Arbeiter Friedrich Dorenburg und Wilhelm Spielwag aus Rawitz gestern auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft von dem Amtsrichter Jäger in Zeiten dem Amtsgericht Spandau unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft eingeliefert wurden. Ihre Verhaftung war schon aus anderen Gründen geboten, weil sie sich auch wegen verschiedener Diebstähle, u. a. des Drahtdiebstahls, wegen Wilderns, Diebstahls und verbotenen Fischens zu verantworten haben. Dazu kommt noch ein Meineidsverbrechen aus einigen Prozessen, in die beide verwickelt sind. Was das Automobilverbrechen betrifft, so ist es den Beschuldigten noch nicht gelungen, alle Verdachtsmomente zu entkräften. Außerdem wird Dorenburg durch einen Arbeiter schwer belästigt, dem er vor einiger Zeit eine Andeutung darüber machte, wie man durch Anbringen eines Drahtes auf einer Chaussee von Automobilfahrern etwas erben könne. D. leugnet bis jetzt diese Äußerung.

Der Aufschlag auf der Ortelower Chaussee, top, wie gemeldet, am 16. Februar ein Landauer aus Brandenburg von einem quer über die Chaussee gespannten Draht aufgehalten und der Reiter im Gesicht verletzt wurde, ist, wie der „Brandenb. Anz.“ meldet, jetzt aufgeklärt. Der Täter hat sich selbst gemeldet und jetzt zugegeben, daß er den Draht in Gemeinschaft mit zwei anderen jungen Leuten über die Chaussee gespannt hat in der Absicht, die Wagen und Automobile anzuhalten. Der Haupttäter ist der neunzehn Jahre alte Knicht Fritz Siegel aus Madewege. Er besand sich

mit zwei anderen jungen Leuten aus Madewege am 16. Februar auf dem Wege nach Brandenburg. Kurz vor Brandenburg fanden die drei einen zerrissenen Telephondraht. Siegel spannte den Draht quer über die Chaussee; er wollte sehen, ob sich an dem Draht die Fuhrwerke fangen. Alle drei pochten dann auch eine Zeitlang auf, ob sich ihre „Fuhrwerksfalle“ bewährte, was dann leider auch der Fall war.

Tumultigen ereigneten sich gestern nachmittag bei der Verhaftung der Opfer des Hennigsdorfer Automobilverbrechens. Es wird darüber folgendes berichtet: Nachmittags um 3 Uhr sollte auf dem Elisabethkirchhof in der Aderstraße das Begräbnis der Pflanzlichen Eheleute stattfinden. In der Kapelle waren die beiden Särge vor dem Altar inmitten eines Haines von Lorbeer, Palmen und anderen Blattschmuck aufgestellt worden. Lange vor Beginn der Trauerfeier hatte sich eine nach Tausenden zählende Menge, meist Frauen mit Kindern, vor dem Kirchhofe eingefunden. Der Friedhof wurde polizeilich um 2 Uhr geschlossen und nur gegen Karten der Eintritt gestattet. Als dann später der Friedhof zur allgemeinen Benutzung freigegeben wurde, spielten sich tumultuarische Szenen ab. Aus den Menschenmassen drangen wimmernde Rufe von Frauen und Kindern heraus, welche fast erdrückt wurden. Die Polizei hatte ein starkes Aufgebot zur Stelle, doch war sie zunächst gegen den Andrang machtlos. Als sie später eingemacht wieder die Oberhand hatte, sah man überall zerrissene Kränze, zerbrochene Schirme, zerlegte Damenböden usw. herumliegen. Als es endlich der Polizei gelungen war, die Ordnung wieder herzustellen, begann die Feier, bei der Pfarrer Berlin von der Himmelfahrtsgemeinde die Gedächtnisrede hielt.

Gerüstesturz auf dem Neubau Grünfeld.

Durch die Meldung „Gerüstesturz, Menschenleben in Gefahr!“ wurde die Feuerwehr gestern vormittag vor 10 Uhr nach dem Neubau der Firma Grünfeld in der Mauerstr. 9 gerufen. Die sich ergab, war auf dem Hof von dem großen Gerüst des Neubaus der mittlere Teil in sich zusammengefallen und hatte zwei Arbeiter mit sich gerissen. Die beiden Verunglückten sind die Arbeiter Wilhelm Anklam aus der Treptower Straße in Neudöln und Karl Abert aus der Veuffelstraße. Sie wurden mit einem Tender der Feuerwehr sofort nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo sie die erste Hilfe erhielten. Anklam hat mehrere Brustquetschungen und innere Verletzungen und Abert einen linken Armbruch, mehrere Kopfverletzungen und innere Verletzungen davongetragen. Beide wurden von der Unfallstation mit Krankenwagen nach der Charité transportiert. Die Ursache des Gerüstesturzes konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Der Selbstmord eines Soldaten

bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht. Wegen Ungehorsams (wodurch ein erheblicher Nachteil entstanden ist) hatten sich der Witzfeldweibel Schönemann und der Sergeant Höfer zu verantworten. Allgemeinen Auffehen erregte es, als am 18. Januar d. J. gemeldet wurde, daß sich der Soldat Steyer aus Posen im Dresdener Festungsgefängnis mit seinem scharfgeladenen Dienstgewehr erschossen habe. Die eingeleitete Untersuchung ergab folgendes: Der Soldat Steyer vom Inf.-Regt. Nr. 177 war am 17. Januar auf Festungsgefängnisstrafe gezogen und als Postrichter für den Hof des Zellengebäudes bestimmt worden. Abends in der 11. Stunde wurde er vom Sergeanten Höfer schlafend angegriffen. Die Garnisationsbestimmungen und die Vorschriften für das Aufsichtspersonal des Festungsgefängnisses schreiben nun vor, daß ein Postrichter, der sich eines Nachvergehens schuldig gemacht hat, sofort festzunehmen und abzulösen ist. Das haben die beiden Angeklagten nicht getan, und Schönemann hat außerdem den Soldaten Steyer noch mehrmals auf Postrichter ziehen lassen. Als Steyer am folgenden Morgen erfuhr, daß er wegen Schlafens auf Postrichter bestraft werden würde, schrieb er Hiebsschreiben an seine Angehörigen, und als er bald danach wieder auf Postrichter gezogen war, schloß er sich mit seinem Dienstgewehr eine Kugel in den Kopf. Er wurde entsehtlich verunglückt und war sofort tot. Das Motiv war lediglich Furcht vor Strafe. Die Anklage steht nun auf dem Standpunkt, daß bei ordnungsgemäßer Befolgung der einschlägigen Bestimmungen der Selbstmord des Soldaten hätte vermieden werden können. Deshalb zog sie die scharfen Strafbestimmungen heran, die Anwendung finden, wenn ein erheblicher Nachteil eingetreten ist. Das Gericht nahm die Strafen aus weit milderer Gefesgesichtspunkte und verurteilte Schönemann zu 14 Tagen gelinden und Höfer zu 3 Tagen mittleren Arrest.

Auf einen Kindesmord läßt ein Fund schließen, den man gestern in Pantofel machte. Dort lag im Strahengassen an der Prenzlauer Promenade ein Sack, der die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Die Leiche war außerdem noch in graues Vordpapier gewickelt gewesen. Der Sack, in dem sie steckte, trug mit roter Farbe die Aufschrift: „A. D. S. D. & Co. und D. S. 127-32“. Die Nachforschungen nach der Mutter waren bisher ohne Erfolg. Nach dem Befund ist die kleine Leiche erst kurz vor dem Auffinden dort hingelegt worden.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern abend kurz vor 8 Uhr am Königsplatz. Dort wollte der 18 Jahre alte Arbeiter Friedrich Fischer aus der Kobaldisstraße 4 mit seinem Zweirade gegenüber dem Bismarckdenkmal einen Rollwagen überholen. Er überließ hierbei, daß aus der entgegengekehrten Richtung eine Autodrolle angefahren kam. Dieser konnte er nicht mehr rechtzeitig ausweichen. Etwas Kraftwagenführer seine Drohsche zum Stehen bringen konnte, war Fischer angefahren und zu Boden geworfen worden. Er erlitt hierbei eine schwere Kopfverletzung und blieb bewegungslos liegen. Ein Schuttmann brachte ihn nach der Charité, wo er noch schwer daniederliegt.

Feuer in einer chemischen Fabrik. Gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr wurde die Feuerwehr von mehreren Seiten nach der Reuenburger Str. 24 gerufen, wo im ersten Stock in der „Selm“-Fabrik chemisch-technischer Produkte von Hanns Lilsdorf Feuer ausgebrochen war. Das Fabrikpersonal hatte sich noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Es brannte ein größerer Kasten Lederfell, doch gelang es den Löschmannschaften, die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen. Die Ursache des Feuers wird auf Unachtsamkeit zurückgeführt.

Wegen Nordversuchs verhaftet wurde gestern der 43 Jahre alte Schlächter Adolf Müller aus der Stubbenkammer Straße 12. Müller wohnte mit seiner Frau und zwei Kindern, einem Sohne von 5 und einem Mädchen von 10 Jahren, im Erdgesch. des Seitenflügels. Während er als Schlächtergeselle arbeitete, hat seine Frau die Wirtin inne. Gestern gab ein Fleischermeister der Frau 35 Mk., damit deren Mann Wurst für ihn einkaufe. Die Frau übergab das Geld auch ihrem Manne, der aber den Auftrag nicht ausführte, sondern das Geld verbrachte. Als ihm seine Frau darüber Vorwürfe machte, nahm er das Kaiserweiser und versuchte ihr damit die Kehle zu durchschneiden. Die Verdächtige konnte sich aber noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, verließ das Haus und lief zu Bekannten. Unterdessen öffnete der Mann die Wassöhne, um sich und seinen Kindern das Leben zu nehmen. Als seine Frau bald darauf zurückkehrte, fand sie die Stube mit Gas angefüllt und ihre beiden Kinder bewegungslos daliegen. Sie benachrichtigte die

Polizei, die Müller, der das Bewußtsein noch nicht verloren hatte, verhaftete, während sie bei den Kindern Wiederbelebungversuche anstellen ließ. Diese waren auch bald von Erfolg gekrönt. Müller, der gestern abend dem Polizeipräsidenten zugeführt wurde, wird heute in das Untersuchungsgefängnis gebracht werden.

Der **Hutmacher-Gesangverein „Einigkeit“**, der bei Arbeiterfesten stets mitwirkt, veranstaltet am Sonntag, den 16. März cr., im großen Saale der Brauerei Böhm ein Konzert unter Mitwirkung namhafter Kräfte.

Fußballspiele der Arbeiterturn- und Sportvereine Groß-Berlins. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr finden folgende Spiele statt: Spandau—Fichte 9 in Spandau auf dem Exerzierplatz an der Seeburger Straße; Fichte 1—Charlottenburg in Treptow, Köpenicker Landstraße.

Aus aller Welt.

Kleine Notizen.

A la Köpenick. Aus Sangerhausen wird vom Freitag berichtet: Gestern nachmittag kam auf die Steuerkasse in Sangerhausen ein besser gekleideter junger Mann, der sich als Regierungs-Offizier v. Döhlen-Salbach vorstellte und angab, mit einer Revision der Steuerkasse im Auftrage der Kreisaußwärtigen beauftragt zu sein. Er entnahm dann der Kasse 800 M. mit dem Vermerken, daß er sie an die Kreisaußwärtigen abführen müsse. Es stellte sich später heraus, daß die Steuerkasse einem Schwindler zum Opfer gefallen war.

Am ein Haar dem Tode entronnen. Aus Erfurt wird amtlich gemeldet: Am 6. d. Mtz. gegen 7 Uhr abends wurde durch den Verionenzug 583a auf dem unbewachten, überfischlichen Chausseeübergange in Km. 4,5 der Nebenbahnstrecke Ballstädt (S. Gotha)—Gräfenonna das Fuhrwerk des Händlers Schindewolf aus Wolfenrode überfahren. Das Pferd ist hierbei getötet, das Fuhrwerk zertrümmert und der Geschäftsführer Schindewolf am Kopfe verletzt worden. Der auf dem Wagen befindliche Begleiter ist unverletzt geblieben.

Blutiges Renkontre. Auf dem großen Griechenmarkt in Köln erlitt in der letzten Nacht nach kurzem Wortwechsel der 45-jährige Arbeiter Girth den 88-jährigen Arbeiter Gottfried Schorn. Der Ältere wurde verhaftet; er behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben.

Drei Arbeiter durch einen Erdrutsch verkrüppelt. Bei Bauarbeiten an einem unterirdischen Durchgang am Karlsruhbahnhof in Heidelberg ereignete sich am Freitagmittag kurz vor 12 Uhr ein Erdrutsch. Drei Arbeiter wurden hierbei verkrüppelt. Es gelang nach vieler Mühe zwei von ihnen noch lebend, aber schwerverletzt, zu bergen. Der Dritte liegt noch unter den Erdbmassen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. März, nachmittags 10 Uhr, bei Papp, Am Friedrichshain 21: Orgelbeweihe. Predige von Herrn Dr. S. Müller: „Schaff dich selbst.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Versammlung Montag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Straße 12. Gäste haben Zutritt.

Allgemeine Kronen- und Sterbekasse der Metallarbeiter (H. a. G.), Hamburg. Filiale Lichtenberg II (früher Rummelsburg). Sonntag, den 9. März, nachmittags von 9 1/2 Uhr bis nachmittags 3 Uhr: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. — Filiale Bernau. Sonntag, den 9. März, nachmittags 9 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokal Kreisel, Breitenstraße, Ecke Vogtstraße.

Marktpreise von Berlin am 6. März 1913. nach Ermittlungen des k. n. l. Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 18,44 bis 19,56, mittel 19,22—19,38, geringe 19,20—19,26. Roggen, gute Sorte 16,84—16,88, mittel 16,22—16,33, geringe 16,20—16,31 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,40—17,00, mittel 15,80—16,30, geringe 15,20—15,70. Hafer, gute Sorte 16,30—20,20, mittel 16,60—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 25,00—30,00. Wicken 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 8,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,70—2,40. Rindfleisch, Saufleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,90—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Lammfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kala 1,60—3,20. Sander 1,60—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Hele 0,80—1,20. 60 Stück Seeble 4,00—24,00.

Eine erstaunliche Leistungsfähigkeit

erreichen wir durch unser Verkaufs-System: **Selbstkostenpreis + 10% Umsatzgebühr**
Mit Beginn der **Frühjahrs-Saison** bringen wir folgende **Neuheiten** in fertiger Herren-Bekleidung:

Marengo-Paletots aus Melton-, Cheviot- und Kammgarn-Stoffen in allen denkbaren Grössen 17 ³⁰ 20 ⁶⁵ 24 ⁷⁵ 31 ⁹⁰ 42 ⁹⁰ 53 ⁶⁰ 64 ⁹⁰	Cover-Coat-Paletots glatt oder Sport-Fasson, in mode und grünlichen Farben, sehr schick 22 ⁷⁰ 25 ⁸⁰ 32 ⁹⁰ 38 ⁶⁰ 44 ³⁵ 55 ⁸⁰ 67 ¹⁰	Marengo-Sakko-Anzüge mit oder ohne gestr. Beinkleid, 2reih., nach den neuesten Modellen gearbeitet 21 ⁴⁰ 27 ⁶⁰ 38 ³⁰ 46 ⁶⁰ 58 ⁴⁰ 66 ⁰⁰ 72 ⁹⁰	Farb. Sakko-Anzüge ein- und zweireihig, aus Cheviot- und Kammgarnstoffen, tadell. Ausführung 17 ⁶⁰ 22 ¹⁰ 29 ⁰⁰ 35 ¹⁰ 42 ⁵⁰ 51 ⁷⁰ 64 ⁰⁰
Moderne Ulster zwei- und einreihig aus den neuesten Stoffen in modernster Ausführung 22 ⁰⁰ 26 ⁸⁰ 33 ³⁰ 45 ⁸⁰ 52 ⁴⁰ 63 ⁹⁵ 74 ⁶⁵	Beinkleider aus Buckakin- und Kammgarn-Stoffen, sehr gut sitzend und prima Verarbeitung 2 ⁴⁰ 3 ⁵⁰ 4 ³⁰ 5 ⁸⁰ 6 ⁷⁰ 7 ²⁰ 8 ⁹⁰ 10 ⁰⁰ 11 ⁸⁰	Blaue Sakko-Anzüge aus Melton-Cheviot u. Kammg.-Diagonal, saubere Abarbeitung und tadelloser Sitz 20 ⁸⁰ 26 ⁴⁰ 31 ⁹⁰ 35 ⁷⁵ 43 ⁴⁵ 52 ⁸⁰ 63 ⁴⁰	Marengo-Rock-Anzüge gen Cutaway, mit gestreiften Beinkleidern, hervorr. Sitz und pa. Abarb. 26 ⁴⁰ 31 ⁹⁰ 35 ⁸⁵ 42 ⁶⁰ 47 ³⁰ 53 ⁶⁰ 66 ⁸⁰

Wer seinen Bedarf an Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art, fertig oder nach Mass, bei der H. K. G. deckt, erzielt bedeutende Ersparnisse

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1 Ecke Münz- und Weinmeisterstr.

Charlottenbg., Wilmersdorfer Str. 165

Ecke Berliner und Scharrenstrasse

Unsere

Verkaufshäuser

sind Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet.

Moabit: Turmstrasse 73 vis-à-vis der Emdener Str.

Neukölln: Kottbuser Damm 72

Ecke Lenastrasse

Herren-Garderobe

Ulster, Paletots
Sakko-Anzüge
Gehrock-Anzüge

Auch nach Mass

Gerlinge Anzahlung
Bequemste Teilzahlung

Ständige Ausstellung moderner

Wohnungs-Einrichtungen

von 300 bis 15000 Mark!

Reichste Auswahl in

Wohn-, Speise-, Herren- u. Schlafzimmern sowie Küchen

Polsterwaren, Teppiche, Gardinen,
Stores, Portieren, Betten, Bett-, Tisch- u. Steppdecken

Gerlinge Anzahlung Bequemste Teilzahlung

Damen-Garderobe

Ulster, Paletots
Blusen, Röcke
Kostüme
Wäsche

Gerlinge Anzahlung
Bequemste Teilzahlung

C. Wachsmann & Co

Reinickendorfer Str. 15 neben der Feuerwache
Aufgang Ravenstrasse

Einsegnungsstaat für Knaben und Mädchen

Ausschneiden, mitbringen, Wert 5 Mark!

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit

in unerreicht grosser Auswahl. — Garantie für solide, dauerhafte Arbeit. — Verblüffend niedrige Preise.
Komplett aufgestellte Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer

Einige Beispiele aus der Fülle unserer Riesenlagers!

Einrichtung A 1 Einfl. Stube u. Küche best. a.: 1 Kleiderschrank 1 Bettstelle mit Matr. 1 Tisch und 2 Stühle 1 Spind mit Spiegel 1 Küchenspind 1 Küchentisch und Stuhl	Anzahlung 20 M. Wochenr. 1.50	Einrichtung B 1 Stube u. Küche, best. aus: 1 Kleiderschrank 2 Bettstellen mit Matr. 1 Sofa 1 Tisch und 3 Stühle 1 Spiegelwand u. Spiegel 1 kompletten Küche	Anzahlung 30 M. Wochenr. 2 M.	Einrichtung C 2 Stuben und Küche, bestehend aus: 1 mod. Kleiderschrank 1 mod. Vertiko 1 Sofa 1 Tisch und 4 Stühle 1 Teppich	Anzahlung 45 M. Wochenr. 3 M.	Einrichtung D 1 Schlafzimmer: 1 Wohnzimmer: 1 Sofa mit Umbau 1 Tisch und 4 Stühle 1 Vertiko 1 Teppich 4 Fenster Gardinen 1 kompletten Küche	Anzahlung 75 M. Wochenr. 4 M.
--	---	---	---	--	---	--	---

Alexanderstrasse 16 **Gebr. Lieber** **Alexanderstrasse 16**
vis-à-vis der Holzmarktstrasse. direkt am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Zur gefl. Kenninismahme: Am 12. März eröffnen wir ein 2. Geschäft für Möbel, kompl. Wohnungs-Einrichtungen usw. **Kottbuser Str. 14** direkt an der Kottbuser Brücke
Lieferung nach allen Plätzen Deutschlands. Bitte genau auf unsere blauen Riesenlagerschilder zu achten!

Central-Leihhaus nur allein Jägerstr. 71

Ecke Kanonierstraße.

Abt. I: Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.

Elegante Monatsgarderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Maß hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Maßgarderoben jetzt eine sehr große, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden.

Frühjahrs-Paletots und Ulster teils in wenig gebrauchte Monatspaletots **9, 10, 12, 15, 20, 25.**
guter Seide Maßgarderoben: für M.

Eleg. Herren-Jackett- und Rock-Anzüge gebrauchte Monatsanzüge **9, 10, 12, 15, 20, 25.**
Maß-Anzüge: für M.

Abt. II: Täglicher Verkauf von neuen eleganten, modernen Anzügen u. Paletots in engl. Mustern u. Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Tausende eleganter Herrengarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpulentesten Herren passend, alles äußerst preiswert.

Eleg. Einsegnungsanzüge. Jünglingsanzüge u. Paletots. Erweiterungsräume: Bedeutend vergrößerte
Sport- und Gummimäntel sehr billig. Parterreräume für Damen-Garderoben.

Damen-Kostüme und Mäntel in großer Auswahl

Theater und Vergnügungen

Sonntag, 8. März 1913.

Kurfürsten-Cover. Der Troubadour.
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.
Bühnenstr.

Berliner Philharmonik. Der zerbrochene Krug.
Theater am Kollendorfsplatz.
Maria Stuart.

Urania. Paris und die Könige.
Königliche Hofoper.
Sausen, Gänzel und Gretel.
Rosa, Frau Holle.

Kgl. Opernhaus. Die Houbertin.
Kgl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Romberg.
Deutsch. Der blaue Vogel.
Festung. Beziehung zur Ehe. Tod und Leben.

Metropol. Die Airo-Königin.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Urania. Hohenzollern-Fahrten.
Mannertspiele. Bürger Schloß.
Deutsches Opernhaus. Der Freischütz.

Schiller O. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Schiller-Charlottenburg. Gogol und sein Ring.

Kurfürstenther. Tosca.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Deutsches Opernhaus. Schönheitsfalon.
Groß-Berlin. Lord Piccolo.
Berliner. Himmelskinder.
Theater am Kollendorfsplatz.
Erziehung nach Nizza.

Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Frauenfresser.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Um Nordens 1142.
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater. Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanl. 8 Uhr. n. Demmequin u. Deber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Kollendorfsplatz. Heute nachm. 5 Uhr: Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.

Luisen-Theater. Sonnabendnachm. 4 Uhr: Premiere: Käsel und Gretel. (Hindenburg.)
Sonabend, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Und hätte der Liebe nicht. . . .
Abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 152.
Nachm. 4 Uhr:
Frau Holle.
Abds. 8 Uhr: Zapfenstreich.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Mein Leopold.
8 Uhr: Der Weg zum Himmel.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Hofentf. Tor.
Heute 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Anekdote.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr. n. zu ermäß. Preisen
Uriel Acosta.
Die Abkommen unserer Zeitung
sahen gegen Vorweisung der Abonnements-
quittung für alle Plätze halbe
Kassenspreise.

Passage-Panoptikum. Mac-Frog, der unersättliche
Froschschlucken
halbständ. große Fisch-
und Fröschemahlzeit.
Das Vertilgen v. Zurück-
bringen lebender
Frösche und Fische.
Die acht heiligen
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne
Extra-Entree!

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Schiller-Theater. Charlotten-
burg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Montag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.

Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Der gutliche Brud.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße. Zum 25. Male:
7 1/2 Uhr: Brand.

Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Frauenfresser.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Um Nordens 1142.
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Der Zigeunerprimas.

Residenz-Theater. Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanl. 8 Uhr. n. Demmequin u. Deber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Kollendorfsplatz. Heute nachm. 5 Uhr: Maria Stuart.
Abends 8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.

Luisen-Theater. Sonnabendnachm. 4 Uhr: Premiere: Käsel und Gretel. (Hindenburg.)
Sonabend, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Und hätte der Liebe nicht. . . .
Abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 152.
Nachm. 4 Uhr:
Frau Holle.
Abds. 8 Uhr: Zapfenstreich.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Mein Leopold.
8 Uhr: Der Weg zum Himmel.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Hofentf. Tor.
Heute 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Anekdote.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr. n. zu ermäß. Preisen
Uriel Acosta.
Die Abkommen unserer Zeitung
sahen gegen Vorweisung der Abonnements-
quittung für alle Plätze halbe
Kassenspreise.

Passage-Panoptikum. Mac-Frog, der unersättliche
Froschschlucken
halbständ. große Fisch-
und Fröschemahlzeit.
Das Vertilgen v. Zurück-
bringen lebender
Frösche und Fische.
Die acht heiligen
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne
Extra-Entree!

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: Der gutliche Brud.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonnabend, den 8. März 1913:

Stiftungs-Fest

in den Lokalen:
Brauerei Königstadt, Germania-Prachtsäle, Stadttheater Moabit,
Schönhauser Allee 10-11, Chausseestr. 110, Alt-Moabit 47-49,
und Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Konzert, Gesang, Turnerische Aufführungen, Humoristische Vorträge
Festrede und Tanz

Mitwirkende: Gesangvereine: Sängerkorps Wedding, Neu erwacht, Norden und Männerchor Moabit = Ensemble des Hofoperasängers Herrn Eugen Wolf = Berliner Humorquartett = Berliner Spotttrögel = Berliner Ulk-Trio = Arbeiter-Turner.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Der Vorstand.

× Anfang 8 Uhr × × × Programm gratis × × × Eintrittskarten 30 Pf. ×

Zirkus Albert Schumann.
Heute Sonnabend, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
Chinesische Gaukler
10 Lio-Hol-Tschu's 10
Herr Dr. A. Schumann mit seinen unübertrefflichen Schul- und Freiheitsdressuren!
Die Herrscher der Lüfte
7 Luftvolteure 7
Hegelmann-Truppe
Fr. Dora Schumann. Hohe Schule
Um 9 1/2 Uhr:
Der unselb. Mensch.
Sonntag, den 9. März: 2 gr. Vorstellungen 2

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
Das hochamüsante März- Progr.
Karl-Eugen-Troupe, Gymnastik in höchst Vollend.
Klown Pepino mit seinem Tierzirkus.
Geschw. Fiocchi in ihrem wundervoll. Reitakt.
Red & Best, Manekomiker.
Zum Schluss: Die gr. Prunkant.
„Sevilla“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zum unwiderst. letzten Male:
„Unter Gorillas“.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Paris und die Königschlösser von Versailles.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Novitäten:
Des Löwen Erwachen.
Bunter Teil.
Flops Seitensprünge.

Volks-Theater.
Reußstr. Hermannstr. 20.
Sonntag, Anfang 7 1/2 Uhr:
Menschenrechte.
Sozialer Volkstheater in 3 Akten von R. Reichardt.
Montag, Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Anna-Lise.
Giltor. Schausp. in 3 Akten von Gerich.

Casino-Theater.
Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Arturos
Flitterwochen.
Der neue Schmaus-Schlager.
Scherer: Erna Koschel ufm.
Sonntag 4 Uhr: Der Helmatlose.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Holland. Dirigent: Maestro Lorisio Tesone.
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr
An allen Wochenenden: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Vorletzter Tag!
Heute Sonnabend, den 8. März 1913:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

UT Union-Theater
Alexanderplatz
Unter den Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Reinickendorfer Str. 14
Heute und folgende Tage:
Mensch und Raubtier
Außerdem:
Die übrigen erlesenen Lichtkunst-Spiele.

Nur noch einige Tage!
Zirkus Barum
Boxhagen
Täglich, abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Abende
Sonntag, den 9. März:
Nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr
Große Vorstellungen.
Nachm. zahlen Kinder u. 10 Jahren halbe, abends jedoch volle Preise.
Täglich wechselndes Programm.
Vorführung Raubtierdramen u. Raffieren all. über Attraktionen.

Metropol-Theater.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten:
Zum 1. Male:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Hentschke.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schulz.
Carl Bachmann a. D.
J. Giampietro.
G. Thielscher. H. Ballet.
V. Norbert. J. Rubka.
Ly Winter.
Anfang 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Frl. Goldmann u. Alexanderstraße.
1. Künste u. Bühn. (Nimmowhürde)
Tägl. abds. 1/2, 5, 8, 11 1/2 Uhr:
O. diese Chausseure!
Dupl. von Rich. Scher — u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 10. Programmwechsel.

Herrnfeld Theater
Täglich präz. 8 Uhr abends:
Die
Schonzeit-Jäger.
Ein Wald-Idyll in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.
Liebesprobe.
Paudderei von Ernst Klein.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 9. März 1913:
Nachm. 3 Uhr:
Kämpfende Herzen.
Abends 7 Uhr:
Das Bettelkind.
Königliches Schauspiel in 5 Aufz.
von Carl Rich. Steiner.
Aufführung 10 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Malehens Verlobung.
Burleske von Meyzel.
Anfang 8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Ein recht schwaches Ergebnis.

Offiziell wird mitgeteilt: Das Ergebnis der Zeichnungen auf die aufgelegte Reichsanleihe, die preussische Anleihe und die preussischen Schatzanweisungen läßt sich zurzeit zwar noch nicht genau feststellen, doch dürfte der aufgelegte Betrag um 68 Millionen überzeichnet sein. Die Schuldbuch- und Sperrzeichnungen belaufen sich auf 142 Millionen.

Verglichen mit früheren Ergebnissen ist dieses Resultat nicht gerade als besonders günstig zu bezeichnen.

Vereinigungsbestrebungen im Berliner Brauereigewerbe.

Wie ein Berliner Mittagsblatt meldet, schweben gegenwärtig Verhandlungen, die Berliner Vordbrauerei, die Brauerei Friedrichshain und die Berliner Unionsbrauerei auf irgend eine Art zu vereinigen. Allerdings sollen die Besprechungen bis jetzt nur unverbindlicher Natur sein. Man ist sich in den beteiligten Kreisen noch nicht darüber klar, ob es zweckmäßiger ist, den Weg einer Fusion oder einer Pachtung zu wählen. Die Führung bei den Verhandlungen hat die Nationalbank für Deutschland.

Konjunktur in der Waffenindustrie.

Bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlshöhe beträgt der Reingewinn pro 1912 nach beträchtlichen Abschreibungen und Rückstellungen, einschließlich des Vortrages aus 1911: 5 770 861 M. (i. V. 4 845 229 M.). Zur Verteilung soll eine Dividende von 32 Proz. (i. V. 25 Proz.) vorgeschlagen werden.

Stahl und Eisen. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Februar 1913 insgesamt 1 492 511 Tonnen gegen 1 609 714 Tonnen im Januar 1913 und 1 337 134 Tonnen im Februar 1912.

Die Erzeugung während der Monate Januar bis Februar 1913 stellte sich auf 8 102 225 Tonnen gegen 2 722 627 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Bankengewinn bei Staatsanleihen. Die koreanische Anleihe im Betrage von 2 Millionen Pfund Sterling wird in Paris aufgelegt werden und zwar zu einem Zinsfuß von nur fünf Prozent, einem Ausgabekurs von 96 3/4 und einem Uebernahmekurs von 91 3/4. Die Banken erhalten dadurch eine Provision von fünf Prozent.

Soziales.

Politischer Mißbrauch der Fürsorgeerziehung.

Bei Beratung des Jugendgerichtsgesetzes ist wiederholt darauf hingewiesen, daß die „Fürsorgeerziehung“ praktisch das Gegenteil seines angeblichen Zwecks erreicht und daß leider die Befürchtung eine reale Grundlage hat, die Fürsorgeerziehung könne verwerflichen politischen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Beispiele für die Verhinderung solcher Mißbrauchs liegen in Fällen vor, die sich gegen die Kinder polnischer oder sozialdemokratischer Eltern richten.

Der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ entnehmen wir einen Fall, der in geradezu empörender Weise bestätigt, daß es Richter gibt, die einen jedem gefunden Empfinden ins Gesicht schlagenden Mißbrauch der Ueberweisung in Fürsorgeerziehung für ihre Pflicht halten.

Ein Sohn eines Bergmannes in Unna hatte unerhebliche Eigentumsvergehen begangen. Der Vater strafte ihn deshalb ab. Gerichtliche Bestrafung trat nicht ein. Der Magistrat in Unna aber leitete im Jahre 1911 die Fürsorgeerziehung ein. Der Beschluß wurde auf sechs Monate ausgelegt, weil der Arbeitgeber, bei dem der Junge inzwischen in Arbeit getreten war, ihm ein gutes Zeugnis ausstellte. Der Junge hat inzwischen mehrere Stellen mit besten Zeugnissen innegehabt. Die Zeugnisse bestätigen seine gute Führung, seinen Fleiß und seine Ehrlichkeit.

Dennoch hat jetzt das Amtsgericht die Fürsorgeerziehung angeordnet. Deshalb? Es wird auf den Wechsel in den Stellungen hingewiesen und dann erklärt:

„Auch spricht er im Verkehr mit seinen Arbeitskollegen schon viel von der Sozialdemokratie und hat erklärt, daß er dem sozialdemokratischen Verband beitreten wolle. Die Eltern haben nicht die Macht, den Sohn von seinen schlechten Handlungen zurückzuhalten.“

Eine solche Begründung ist ehrlich, sie spricht die eigentlichen Gründe, die von manchem Richter nicht in den Beschluß geschrieben werden, aus. Die Begründung zeigt aber, wenn gleich sie und der Ueberweisungsbeschluß wohl vom Landgericht zur Aufhebung gebracht werden, wohin politische Voreingenommenheit von Richtern führt. Das könnte den Junkern und Schlotbaronen passen, die Kinder von Sozialdemokraten den Eltern zu nehmen und sie in Fürsorgeanstalten, genannt Brutstätten der Erziehung zur Charakterlosigkeit und zu Lasten, zu bringen.

Die Arbeiterklasse muß sich gegen solche Verhinderungen mit aller Macht wenden. Wir erfordern die Genossen, die von ähnlichen Verhinderungen Kenntnis erhalten, uns möglichst umgehend unter Beifügung der Beschlüsse in Kenntnis zu setzen, damit das Material bei Beratung des Jugendgerichtsgesetzes, durch das eine Ausdehnung der sogenannten „Fürsorge“ droht, rechtzeitig Anwendung finden kann.

Witterungsübersicht vom 7. März 1913.

Stationen	Barometer Höhe min	Wind- richtung	Windschärfe	Wetter	Temp. u. d. Luft max. min.	Stationen	Barometer Höhe min	Wind- richtung	Windschärfe	Wetter	Temp. u. d. Luft max. min.
Swinemünde	756	SW	6	wolkig	9	Dakaranda	730	SW	4	heiter	6
Hamburg	757	SW	6	wolkig	8	Petersburg	747	SW	3	heiter	2
Berlin	759	SW	4	wolkig	10	Scilly	763	SW	4	wolkig	8
Frankf. a. M.	765	SW	5	wolkig	8	Aberdeen	746	SW	4	halb bb.	2
München	770	SW	5	halb bb.	5	Paris	767	SW	4	bedekt	10
Wien	760	SW	1	halb bb.	3						

Wetterprognose für Sonnabend, den 8. März 1913.

Räher, vielfach heiter, aber noch sehr unbeständig mit geringen Niederschlägen und anfangs starken, später abnehmenden westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Unsere neuen Frühjahrs-Modelle haben keine Rivalen!

Wir studieren die Moden des In- und Auslandes und beeilen uns, mit den neuesten Schöpfungen der Schuhbranche als Erste auf dem Markte zu erscheinen.

Unsere Modelle sind vorbildlich! * * * Unsere Auswahl ist enorm!

Unsere Haupt-Preislagen für moderne Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe:

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰

Kinder-Stiefel

schwarz, naturgemäße Formen ganz besonders preiswert

25-27	28-30	31-35
380	480	580

C. Jerusalemer Strasse 32-35
W. Potsdamer Strasse Nr. 2
W. Friedrich-Strasse Nr. 75
W. Tauentzien-Strasse 19a
W. Tauentzien-Strasse 7 b
C. König-Strasse 25 und 26
C. Rosenthaler Strasse Nr. 5



Gegründet 1867

Kinder-Stiefel

Chevreaux und Box calf, in rationellen Formen * * * Gute Verarbeitung

25-27	28-30	31-35	36-39
6-	7-	8-	9 ⁵⁰

S. Oranien-Strasse Nr. 161
NO. Gr. Frankfurter Str. 123
N. Chaussée-Str. 114-115
Charlottenburg:
Wilmersdorfer Strasse 45
Schöneberg, Haupt-Str. 146
Neukölln: Bergstr. 25-26

Millionen
gebrauchen gegen
Husten

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“.

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

gegen Heiserkeit,
Verschleimung,
Brust-Katarrh

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kaufen Sie von Kavalieren wenig getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschmänteln, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 20-75 M. — Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig. **Moritzplatz 58a.**

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

erledigte am Donnerstag den Etat. Die Beratungen im Ausschuss waren lediglich von dem Bemühen geleitet gewesen, die 110 Proz. Einkommensteuer, die der Magistrat in dem von ihm vorgelegten Etat als dringend notwendig gefordert hatte, auf 100 Proz. herabzubringen, und die Beratung im Plenum fand seitens der großen bürgerlichen Mehrheit unter demselben Gesichtspunkt statt, während unsere Genossen weder einer unbefristigten Finanzgebarung, noch dem Zurücktreten der sozialen Aufgaben der Gemeinde das Wort redeten. Die 10 Proz., welche die Mehrheit ersparen wollte, betragen rund 1 Million Mark. Die Ersparnis sollte eintreten durch Abheben einer notwendigen Abschreibung beim Gaswerk in Höhe von 100 000 M., durch Abheben der Kosten der Neupflasterung des Spandauer Berges in Höhe von 150 000 M. Die erste Abschreibung widerspricht jedem gesunden kaufmännischen Gebahren, die zweite vernachlässigt wichtige Interessen der Stadt. Schon der vom Magistrat vorgelegte Etat sah außer der Neupflasterung des Spandauer Berges nicht eine einzige weitere Regulierung vor, trotzdem zahlreiche Forderungen aus den Kreisen der Bürgerschaft auf die berechtigten Wünsche in dieser Richtung hindeuten und trotzdem schon seit Jahren ein umfassender Straßenregulierungsplan vorliegt, nach welchem fünf Jahre lang gearbeitet werden ist und nach welchem in weiteren fünf bis sieben Jahren die Regulierung vollendet sein soll. Genosse K l i a w i e s auf das für die Weiterentwicklung der Stadt Gefährliche dieses Gebarens hin, die Mehrheit genehmigte jedoch beide Abschnitte. Weiter wurde der Ausgleichsfonds in Anspruch genommen. Er ist vor fünf Jahren geschaffen worden, weil die Stadt gewohnt war, mit Ueberschüssen von mindestens einer Million Mark zu rechnen, die als Einnahme in den nächsten Etat einzustellen sind, und weil die Gefahr vorliegt, daß dieser Ueberschuß einmal nicht erreicht wird. In solchen Fällen soll der Fonds das, was zur Million fehlt, hergeben. Aber er ist außerdem bereits im vorigen Jahre „zum Staatsausgleich“ herangezogen worden, und auch in diesem Jahre sah die Magistratsvorlage bereits einen Kosten von 200 000 M. aus diesem Fonds „zum Staatsausgleich“ vor. Der Ausschuss schlug vor, ihm weitere 270 000 M. zu entnehmen, sie aber unter anderem Namen, nämlich zu einmaligen außerordentlichen Abschreibungen beim Elektrizitätswerk, zu verbuchen. Er erreicht damit, daß der Ueberschuß des Elektrizitätswerks um diese Summe höher erscheint, als er in Wirklichkeit ist. Sowohl gegen die Schröpfung des Ausgleichsfonds, wie gegen die vorgeschlagene Form der Buchung erhob Genosse S t u l z lebhaften Einspruch, die Mehrheit stimmte jedoch den Vorschlägen des Ausschusses zu.

Ein weiterer Kosten von 300 000 M., der für eine neue Gemeindeschule bestimmt ist, sollte nach dem Vorschlag des Ausschusses aus dem zu Grundstücksankäufen bestimmten Fonds (Einschweilige Kapitaliensammlung) genommen werden. Schon bei der ersten Lesung des Etats war das von Rednern der Mehrheit angedeutet worden, und der Rämmerer hatte mit Nachdruck auf das Bedenken solcher Finanzgebarung aufmerksam gemacht, die darauf hinausläuft, die vorhandenen Fonds aufzuzehren, so daß in wenigen Jahren ein plötzlicher Steuererhöhung von 20 oder 30 Proz. nötig werden kann. Genosse S t u l z wies noch einmal auf das Gefährliche dieses Beginnes hin, die Mehrheit erhob jedoch auch hier den Antrag des Ausschusses zum Beschluß.

Aber immer fehlten noch 180 000 M., um auf 100 Proz. herabzukommen. So wurden denn an den verschiedensten Stellen noch kleinere Abschnitte gemacht und der Rest in Höhe von 140 000 M. ebenfalls noch dem Ausgleichsfonds „zum Staatsausgleich“ entnommen. Die kleineren Abschnitte sind teils ganz willkürlich, beispielsweise 10 000 M. für Abschreibung beim Elektrizitätswerk, wofür nach genauer Berechnung 20 000 M. gefordert waren; die notwendige Folge des vorgenannten Abstriches wird natürlich eine Ueberschreitung dieser Position sein müssen. Darüber tröstete sich die Mehrheit mit der Hoffnung, daß das Elektrizitätswerk noch weitere Ueberschüsse ergeben werde. Täuscht diese Hoffnung, so bleibt die Sorge eben der Zukunft überlassen.

Zum größeren Teil betreffen die kleineren Abschnitte die Erfüllung der sozialen Pflichten der Stadt. Trotzdem von allen Seiten Jahr für Jahr verkündet wird, die Schule werde man niemals Not leiden lassen, verweigerte man jetzt den Ausbau der Waldschule und strich eine für ihre Erweiterung geforderte Barade in Höhe von 13 000 M., ebenso kürzte man willkürlich den Posten für Nachhilfsunterricht um 5000 M. Mit dieser letzteren Streichung ging man sogar noch über die Vorschläge des Staatsausgleichs hinaus, denn dort war nach eingehender Diskussion diese Kürzung abgelehnt worden, weil als ihre notwendige Folge eine Staatsüberschreitung erkannt wurde. Eine geradezu haarsträubende Leistung war ferner der Abstrich von 7000 M. bei dem Posten für Lieferung von Kindermilch in dem Abschnitt „Säuglingsfürsorge“. Die Genossen B o r d a r d t und S i r s c h wiesen mit Nachdruck auf das Charakteristische dieser Streichung hin und verlangten namentliche Aufklärung darüber. Während im Ausschuss diese Streichung nur mit knapper Mehrheit beschlossen war, stimmten im Plenum die bürgerlichen Parteien fast geschlossen dafür, nur fünf liberale Stadtverordnete schlugen sich auf die Seite unserer Genossen.

Daß alle übrigen von unseren Genossen gestellten Anträge, Gebahrung der Gasmessermiete, Feuerungsanlagen, die Genosse B o g e l verlangte, freie Vermittel in den Gemeindeschulen, wofür Genosse S c h a r a b e r g eintrat, abgelehnt wurden, versteht sich bei dem Spatbestehen der Mehrheit von selbst. Dieses Spatbestehen hatte die Mehrheit im Ausschuss zur Empfehlung einer Resolution veranlaßt, die Erhöhung der Kurkosten für Auswärtige in den Krankenanstalten in Erwägung zu ziehen. Genosse H r e n s wies darauf hin, daß dies nicht nur ein Schlag ins Wasser sein, sondern sogar zu einem finanziellen Mißerfolg führen würde, weil die Krankenkosten zum Ersatz der Krankenhauskosten nicht verpfändet, sondern berechtigt sind und dann sicherlich eine andere Praxis wie bisher einschlagen würden. Die Mehrheit stand deshalb von der Annahme dieser Resolution ab.

Zur Annahme gelangte beim Feuerlöschwesen eine Resolution, die eine Verbesserung der Ründigungs- und Umlaufverhältnisse der Feuerwehreinheiten wünscht. Hierbei wurde auch das Verhalten des Grunddirektors Bahrdt einer Kritik unterzogen, der bei den Kirchenwahlen einen Einfluß auf die ihm unterstellten Kirchschöffen ausgeübt haben soll, in kirchlich-positivem Sinne zu wählen. Ob und in welchem Umfang das wirklich stattgefunden hat, war aus den Erklärungen des Magistrats nicht ganz deutlich zu entnehmen, jedenfalls ließ der Bürgermeister Dr. R a i e r seinen Zweifel darüber, daß der Magistrat jede Beeinflussung religiöser und politischer Art auf das Schicksal missbilligt und wenn sie erwiesen würde, disziplinarisch dagegen einschreiten würde.

Bei den Polizeikosten, die die respektable Höhe von fast dreiviertel Million Mark erreicht haben, rügte Genosse G e b e r t die Unsicherheit, die in Charlottenburg herrscht. Zur Ueberwindung von Versammlungen der Arbeiter hat man Dupende von Schulknechten überläßt, aber der Sicherheitsdienst liegt sehr im argen, wie die nicht seltenen Ueberschüsse beweisen. Wenn die Polizei leider auch förmlich und nicht städtisch sei — die Stadt hat nur zu zahlen —, so könnte der Magistrat doch wohl durch Vorstellungen beim Polizeipräsidenten etwas erreichen.

Nachdem die Etatberatung in später Nachtstunden zu Ende geführt war, wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Bei der Wahl eines ordentlichen Mitgliedes zum Zweckverbande entfielen 47 Stimmen auf den Stadtrat R a z e h l, 26 Stimmen auf den Genossen R i t t e r. Die Wahl bedeutet

eine Entlohnung der sozialdemokratischen Fraktion, die auf das Eingreifen des Magistrats zurückzuführen ist. Daß er die Gefolgschaft der gesamten bürgerlichen Stadtverordneten fand, stellt deren Selbstachtung, Lokalität und politischen Einsicht ein nettes Zeugnis aus. Der Stadtrat R a z e h l wird nach allgemeiner Ansicht nicht lange in Lichtenberg amtierend und die Sozialdemokratie ist, obwohl sie die zweitstärkste Fraktion stellt, im Zweckverbande durch kein ordentliches Mitglied vertreten. Der Vorgang schafft eine gewisse Klarheit, die vor Illusionen schützt. Unsere Genossen sind sehr konsequent in der Betonung ihres Klassenkampfstandpunktes. Von unserer Seite wurde angeregt, der Magistrat von Lichtenberg möge die Initiative zu einer gemeinsamen Kundgebung aller interessierten Gemeinden Groß-Berlins gegen die Stellungnahme der Landtagskommission in der Frage der Elektrifizierung der Stadtbahn ergreifen. Gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gehören dem Grundsteuerauschuß unsere Genossen J o h n, G r a u e r und G e d e r t an.

Eine teilweise recht stürmische Debatte veranlaßte der Stadtrat Bernhardt durch eine gefucht provokatorische Stellungnahme gegen unsere Genossen. Es handelte sich um einen Antrag, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, das Pestalozzi-Kindergarten abzubauen, wieder aufzuheben. Finanzielle Erwägungen hatten die bürgerliche Mehrheit zu dem Beschluß bewogen. Genosse J o h n bewies in einwandfreier Weise, daß solcher Wegzug nur in den heutigen Verhältnissen bessere Stütze fände als damals. Es sei ungerade fertig, im Interesse einer ganz kleinen Zahl von Familien der Stadt eine dauernde Belastung — für dieses Jahr mindestens 18 000 M. — aufzubringen, wenn andererseits bei den Volksschulen berechtigende Wünsche zurückstehen müßten. Jetzt wolle man die finanziellen Bedenken lassen, weil nun im Anschluß an das Anzeum eine Mittelschule, eine neue Klassenkasse, eingerichtet werden solle. Das sei mit wünschenswerter Deutlichkeit verrietet worden. Er beantragte, es bei dem Beschluß, das Anzeum abzubauen, zu belassen. Mit auffälliger Festigkeit griff darauf der Stadtrat Bernhardt unsere Genossen an. Dem Genossen J o h n unterstellte er persönliche Kampfesweise, obwohl J o h n sein persönliches Wort gesagt hatte. Dann polterte der Magistratsvertreter gegen den Fraktionszwang der Sozialdemokratie. In der Kommission hätten die drei Sozialdemokraten für den Weiterbestand des Anzeums gestimmt, nun sollten sie wieder anders stimmen. Durch lärmenden Weisfall bedenkten die Herren auf der Rechten, die so oft zum allgemeinen Ergötzen demittelndwerte Fähigkeiten im Umfahl von Kommandos beklunden, ihre Freude an dem ganz unmotivierten Ergötze des Herrn Bernhardt. Dieser Herr glaubte noch einen besonderen Trumpf auszuspielen zu können, indem er, wohl zum Befremden der allermeisten Zuhörer, das „Geheimnis“ auskramte, aus einer persönlichen Unterredung mit dem Genossen D ä w e l l wisse er, daß dieser persönlich auf einen anderen als dem nun bedenkten Fraktionsstandpunkt stehe. Dazu mußte sich der Herr sagen lassen, daß es sonst keine Geyslophenheit sei, mit persönlichen Auslassungen zu operieren. Weiter belächte ihn D ä w e l l, daß gerade er schon in der vorigen Sitzung bemerkt habe, daß er nicht für den Abbau gestimmt, aber ganz energisch den Plan der Errichtung einer Mittelschule bekämpfte. Und aus diesem Grunde bleibe er bei der Ablehnung. Der Ansicht hätten sich die irreführend informierten Kommissionsmitglieder angeschlossen. Durch den Trieb, die Errichtung der Mittelschule nur zu vertagen, lasse man sich nicht dupieren. Genosse R ö s s e l als Kommissionsmitglied fertigte Herrn Bernhardt ab, indem er ihm vorwarf, er habe in der Kommission den Anschein erweckt, als ob eine Ablehnung der Magistratsvorlage ganz zwecklos sei, da dieser ja doch die Entscheidung in der Hand habe. Der in die Enge getriebene Stadtrat suchte sich zu retten und plumpste tiefer hinein. Entgegen seiner ersten Erklärung wollte er nun den Anschein erwecken, als ob die Unterredung mit D ä w e l l keine private gewesen sei, man sei doch amtlich zusammen gewesen und persönliche Mitteilungen dürfe man doch auch „ausflackern“. — Zuruf: Ausflackern? — D ä w e l l erklärte dazu, daß er allerdings jedem gern das Recht einräumte, private Aeußerungen von ihm „auszulesen“, dabei komme, wie Herr Bernhardt in dem vorliegenden Falle gemerkt habe, für den Ausflackerer kein Vorteil heraus. Daß die eigenartige Ansicht des Herrn bei seinen Kollegen geteilt werde, das dürfe man bezweifeln. Und wenn er unwürdigen Fraktionszwang kritisieren wolle, dann möge er sich nur an seine Freunde halten. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag des Magistrats gegen 26 Stimmen — darunter zwei bürgerliche — angenommen. Mehrere Bürgerliche hatten tapfer den — Saal verlassen. — Nachmals wurde es etwas lebendig aus Anlaß einer anonymen Petition, die sich gegen Mißstände am Bahnhof Stralau-Nummelsburg wendete. Der sachliche Inhalt der Petition fand Zustimmung und es wurde beschlossen, den Magistrat aufzufordern, die Beschwerde der Eisenbahnverwaltung zuzustellen. Es handelt sich um die Unzulänglichkeit der Zugänge zu den Bahnsteigen. Gegen die Form der Petition erhob Genosse R ö s s e l scharfen Protest. Die anonymen Betennten sprechen vom Publikum auf der einen Seite und von pöbelhaften Arbeitermassen, von betrunkenen Arbeitern auf der anderen Seite, die Frauen ansässiger Bürger in Lebensgefahr brächten. Schließlich drohten die sich selbst als angesehenen Bürger herausstreichenden Herren mit dem Fortzuge von Lichtenberg. Gegen solche freche Sprache sei entschieden Protest zu erheben. Ihr Geist spulte allerdings auch in einer der vorliegenden Magistratsvorlagen. Darin spreche man einmal von einer Dame, weiter von weiblichen Personen. So stelle man in aufreizender Weise die Klassenfeindschaft, aber auch den Klassendünkel heraus. Auf bürgerlicher Seite schloß man sich dem Protest gegen die unverständige Form der erwähnten Petition an. Auf Antrag der Volksschullehrerinnen wurde beschlossen, die Kosten für das erforderliche Vertrauensarztstättchen nicht einzuziehen, falls ein Spezialarzt in Anspruch genommen werden muß. Von unserer Seite wurde dazu noch angeregt, den Lehrerinnen auf jeden Fall die Möglichkeit zu verschaffen, eine Kertzin zu konsultieren. Die in der vorigen Sitzung von den Bürgerlichen abgelehnte Anleihe fand diesmal — etwas mobilisiert — einstimmige Annahme. Dann wählte man noch den Staatsauschuß, dem von unseren Genossen G r a u e r, W i g l e, V i n k e, G e d e r t und J o h n angehören. Genosse G r a u e r monierte bei dieser Gelegenheit, daß der Etat so spät vorgelegt werde, und die Deputierten überhaupt nicht gehört wurden. Die Etatberatung selbst, sowie die Erledigung einer Reihe weiterer Punkte, so die Reorganisation der Waisen- und Armenpflege wurde übertragt.

Steglitz.

Mit 11 733 500 Mark schließt der Voranschlag unserer Gemeinde für das Rechnungsjahr 1913 in Einnahme und Ausgabe ab. Eine ansehnliche Summe für ein Dorf, das allerdings mit seinen 80 000 Einwohnern solche Zahlen rechtfertigt. Irgendwelche Steuererhöhungen bringt der Voranschlag nicht; man hat sich nach der Dede getreut und damit begnügt, dem Ausgleichsfonds 267 000 M. zu entnehmen, um die Einnahmen mit den Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Welche Summen resp. Mehraufwendungen die einzelnen Verwaltungszweige erfordern, erweisen folgende Zahlen. Der Etat der allgemeinen Verwaltung verlangt einen Zuschuß von 663 350 M. (gegen das Vorjahr mehr 39 300 M.), die Polizeiverwaltung 197 810 M. (+ 17 200), die Schulverwaltung 1 475 680 Mark (+ 116 000) — auf die höheren Schulden entfallen hiervon 657 740 M. (+ 60 150), auf die Volksschulen 772 940 M. (+ 51 800), auf die Fortbildungsschule 45 000 M. (+ 4500) —, die Wohlfahrtspflege 53 240 M. (+ 9800), die Armenverwaltung 161 250 M. (+ 35 000), die Feuerwehre 55 840 M. (— 1660), die Bauverwaltung 263 560 M. (+ 31 780), die Straßenreinigung 166 220 M. (+ 1200), die Straßenbeleuchtung 85 250 M. (+ 7710), die Garten- und Friedhofverwaltung 107 650 M. (+ 60). Der Schulden dienst er-

fordert das nette Summchen von 1 683 050 M. (+ 155 880), die Schulden selbst belaufen sich inkl. einer neu aufzunehmenden Anleihe im Betrage von 3 250 000 M. auf insgesamt 2 848 186 M. Der Steueretat weist einen Ueberschuß von 2 008 450 M. (+ 110 080 M.) auf. Die wirtschaftlichen und Verkehrsunternehmungen der Gemeinde zeigen im allgemeinen eine erfreuliche Entwicklung. Wenn auch die Badeanstalt einen Zuschuß von 28 870 M. und die Gleislose einen solchen von 12 130 M. erfordert, so balanciert andererseits bereits der Etat der Grünwaldbahn mit 101 250 M. in Einnahme und Ausgabe, wobei allerdings freiwillige Beiträge von Anliegern in Höhe von 38 250 M. in Einnahme gestellt sind. Voraussetzlich wird schon der nächste Etat mit einem Ueberschuß rechnen können. Als sehr vorteilhaft für den Gemeindefiskus erweist sich das Elektrizitätswerk, das 200 000 M. Ueberschuß bringen soll und wird; auch vom Eiswerk erwartet man 5700 M. Ueberschuß für das erste Betriebsjahr. Der Kanalisationsetat balanciert mit 554 900 M., wozu das Rittergut Klein-Ziethen einen Ueberschuß von 46 700 M. beisteuert. Die Marktverwaltung sieht mit einem Ueberschuß von 28 650 M. verzeichnet, und aus Abgaben von Privatunternehmungen (Gas- und Wasserversorgung, Straßenbahn, Anschlagewesen, Berliner Notaris-Elektrizitätswerke) fließen der Gemeinde 154 710 M. zu; eine recht beachtende Summe im Vergleich zu dem Ertragnis des eigenen Elektrizitätswerkes, das allein die obige Summe um ein bedeutendes übersteigt. Er wünschenswert ist, daß die Stodung im Waagegeschäft eine Mindereinnahme an Gebühren in Höhe von 22 000 M. verursacht; auch im Kanalisationsetat zeigt sich als Folge ein Rückgang der einmaligen Beiträge um 35 000 M. — Die neue Anleihe von 3 250 000 M. soll in der Hauptsache für folgende außerordentliche Ausgaben im neuen Etatsjahr Verwendung finden: 700 000 M. für die Gemeindeschule in der Sachsenwaldbirg, 110 000 M. für Pflasterung der Bismarckstraße, 255 000 M. für Ausdehnung der elektrischen Straßenbeleuchtung, 56 000 M. für Erweiterung des Stadtparks und Ausbau des Stadtparkrestaurants, 15 000 M. für Erweiterung der Heißebrunnenanlage im Stadthof, 652 200 M. für Erweiterung des Elektrizitätswerkes, 1 200 000 M. für Verhärtung des Grundwasserbegründungs, 180 040 M. für Fortführung des Regenwasserkanals, 13 500 M. für zwei Bedürfnisanstalten (am Marfus- und Cramerplatz) und schließlich 14 500 M. für einen Automobil-Krankenwagen.

Spandau.

Eine überfüllte, von über 2000 Personen besuchte öffentliche Versammlung, die dritte in kurzer Zeit, fand am Donnerstagabend im „Neuen Stadttheater“ statt. Landtagsabg. Genosse Julian Vordhardt referierte über das Thema: „Die wahren und die falschen Freunde des arbeitenden Volkes“. Redner kritisierte zunächst scharf die einzelnen vom Dreiklassenparlament geschaffenen arbeitserfüllenden Gesetze, um dann auf das Verhalten der einzelnen Parteien einzugehen, die sich als wahre Freunde des Volkes aufspielen: Zentrum, Konserbative und Nationalliberale schied er hierbei von vornherein aus. Aber auch die Fortschrittliche Volkspartei habe sich wiederholt, namentlich bei Erringung des gleichen und geheimen Wahlrechts, als falscher Freund gezeigt. Die Arbeiterchaft könne sich einzig und allein nur auf die Sozialdemokratie verlassen. Redner schloß unter stürmischem Beifall sein Referat mit der Aufforderung, bei der bevorstehenden Landtagswahl geschlossen den Volkseinde entgegenzutreten und einmütig für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. — In der Diskussion erinnerte ein Herr Doepner, der sich als scharfer Gegner der Sozialdemokratie bekannte, durch sein komisches Auftreten lebhaft an die feinerzeit stattgefundenen Keidel-Versammlung. Dem Genossen Vordhardt war es in seinem Schlußwort denn auch ein Leichtes, die Ausführungen des Diskussionsredners unter lebhaftem Beifall zu widerlegen. Genosse Völler teilte dann noch mit, daß am Donnerstag, den 20. März, Landtagsabgeordneter Genosse Wolf Hoffmann im „Neuen Stadttheater“ verhängt, weil der Pächter sein Lokal aus der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt habe. Es erwachte hieraus der organisierten Arbeiterchaft die Pflicht, durch regen Besuch der Theatervorstellungen das Lokal zu halten. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das freie, gleiche und geheime Wahlrecht fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Treptow-Baumshulentweg.

Mit einem gemeinsamen Kirchgang und anschließendem Birtshausbesuch wollen heute Abend die einzig wahren „Patrioten“ unseres Dries die Jahrhundertfeier begehen. Groß ist die Zahl der Vereine und Vereinder, die ihrem warmherzigsten Herzen in einem Aufzuge an das „patriotische“ Volk von Treptow Lust machen. Mit Pauken und Trompeten sollen beim Fadelchein die Mannen im schwarzen Rock und Zylinder, angetan mit Orden und Ehrenzeichen, von der Kirche in der Baumshulentweg nach dem Paradiesgarten in Alt-Treptow ziehen.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertreterwahl. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Gemeindevorsteher bekannt gegeben, daß das Ortsstatut über die Berufsbormundschaf sowie die Abänderung des Gewerbegerichtsstatuts genehmigt ist; die Arbeitnehmerschaft für das Gewerbegericht werden voraussichtlich am Sonntag, den 13. April, stattfinden. Ferner wurde mitgeteilt, daß vom Landrat ein Schreiben eingegangen sei, in welchem derselbe bekannt gibt, daß der vorgelegte Schöff K a b e l i c h erklärt habe, bei der durch die Gemeindevertretung vorgenommenen Wahl von Kreisabgeordneten seine Stimme nicht dem sozialdemokratischen Kandidaten geben zu haben. In der nun folgenden Beratung des Etats für 1913 nahm Genosse M u t h beim Titel „Allgemeine Verwaltung“ Veranlassung, die Vorgänge anlässlich der Wahl seiner Person zum Kreisabgeordneten einer wirklichen Kritik zu unterziehen; er bezeichnete es als ein feiges Beginnen eines ehelesenen Demunziantentums, in dieser Weise das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde und die Freiheit der Entscheidung der Gemeindevertreter zu bejudeken. Wenn nun gar der örtliche K r i e g e r v e r e i n noch herbeikomme, um die Gemeindevertreter in dieser Sache zur Rechenschaft zu ziehen, so lege das allem die Krone auf; jedenfalls könne er im Namen der sozialdemokratischen Vertreter erklären, daß sie sich eine solche Entwürdigung ihrer Person ernstlich verbäten, sie könnten vielmehr verlangen, daß ihnen auf Grund ihrer Mitarbeit in der Gemeinde die gebührende Achtung entgegengebracht würde, umsomehr, als auch die Mehrzahl der Einwohner hinter ihnen stände.

Es war recht eigenartig, daß niemand von Vertretern der ersten Klasse, welche dazu recht begründete Ursache hatten, das Wort zur Abwehr ergriff; nur Herr V e i e r l s suchte einige Ausführungen unserer Genossen mit dem verblämten Hinweis auf den sozialdemokratischen Terrorismus zu entkräften, im übrigen beurteilte aber auch er die Vorgänge. Beim Etat der V o l k s s c h u l e wurde vom Genossen G r u n o w erneut auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, daß dem Arbeiterverein nach wie vor die Turnhallen verweigert blieben trotz des gegenseitigen Beschlusses der Vertretung; es sei jedenfalls ein sonderbares Verhältnis, wenn ein von der Gemeindevertretung erwählter Gemeindevorsteher sich so im Gegensatz zu seiner Gemeinde stelle, um weil er sich zum größeren Teile als Ausführer der Ausschüsseinstanzen fühle. Die Vertretung hätte die dringende Pflicht, durch den Bau einer neutralen Turnhalle dieses Unrecht gut zu machen;

Dies sei bis jetzt noch nicht geschehen. — im Gegenteil — die Schuldeputation geht soweit, dem Verein Jungdeutschland den Zeichenaal einer Schule als Versammlungsraum zur Verfügung zu stellen. Zu beurteilen sei auf das schärfste die Kriegspielerei der Schulkinder, welche die Überheiteren der sogenannten Pfadfinder (richtiger gesagt Chauffeegrabentropfer) nachhätten. Der Lehrerschaft, die sich vielfach aus purer Liebedienerei diesem organisierten Wüßian widme, sei zu rathen, für die Ausrottung der Schülermißhandlungen Sorge zu tragen, die leider noch allzuhäufig vorkämen. Auch diese Ausführungen zeitigten nur einige nichtssagende Erklärungen des Gemeindevorstehers, der den Lehrern ihre Freiheit (?) lassen wollte; die Turnhallenfrage sei für ihn erledigt, da eine Klage gegen sein Verhalten seinerzeit nicht erhoben sei.

Bei der Beratung des Etats der Steuerverwaltung wurde von unseren Genossen der Antrag gestellt, die Einkommen bis 300 M. steuerfrei zu lassen. Genosse Rüdiger wies nach, wie schwer die allgemeine Leuerung den einzelnen belaste, es sei daher notwendig, dem Antrage stattzugeben; die Mehrheit ließ sich jedoch anscheinend dadurch zur Ablehnung bestimmen, daß der Gemeindevorsteher einen Steueranfall in Höhe von 5500 M. in Aussicht stellte. Beim Etat der höheren Schulen wurde von unseren Genossen eine anderweite Regelung der Vergütung der Freistellen beantragt. Genosse Rüdiger erklärte den jetzt geltenden Zustand, monach nur die vom Lehrerkollegium der Volksschule als fähig bezeichneten Schüler Berücksichtigung zu finden haben, als wenig ideal; von einigen Eltern würde auf alle nur mögliche Art und Weise die Bewilligung einer Freistelle erstrebt; ob dabei immer die Tüchtigsten Berücksichtigung fänden, sei mehr als fraglich. Die ausgedehnte Debatte über diesen Antrag führte schließlich zur Ablehnung desselben; beschlossen wurde jedoch, daß in erster Linie das Recht des früheren Lehrers maßgebend sein solle. Ein Antrag Herwig, dem Ruderverein am Realschulhaus eine Beihilfe von 400 M. zu bewilligen, wurde zurückgestellt. Die vorgesehene Entschädigung für die am 1. April beginnende Tätigkeit des Berufsreformwunders wurde von 300 auf 500 Mark erhöht; die Regelung der Personenfrage ist einer späteren Sitzung vorbehalten. Die Kirchengemeinden verzeihen in diesem Jahre auf die bisher von der Gemeinde alljährlich bewilligten Beihilfen im Gesamtbetrage von 4500 M.; es ist dies wohl eine weise Vorkehrung, da nach vollständiger Besetzung der dritten Klasse die Streichung zu gewärtigen stand. Eine ausgedehnte Debatte zeitigte ein Antrag der Grundbesitzer betreffs Regelung der Müllbeseitigung. Nachdem die Stadt Berlin den bisherigen Abladeplatz in der Puhseide nicht mehr zur Verfügung stellt, ist die Frage zur Akammität geworden. Von allen Rechnern wurde anerkannt, daß neben den Grundbesitzern die Gemeinde ein wesentliches Interesse an einer befriedigenden Lösung habe; es wurde eine Kommission mit der Erörterung betraut. Beim Friedhofseiat wurde von unseren Genossen ein Antrag in Aussicht gestellt, welcher eine Aenderung der Verwaltungs- und Gebührenordnung zum Gegenstand hat, da sich verschiedene Mängel herausgestellt haben.

Mariendorf.

Mit der Weiterberatung des Etats beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretersitzung. Der Titel Gemeindefschulden steht an Ausgaben für Befoldungen der Lehrpersonen 133 410 M. vor, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 18 458,35 M. Der Gemeindevorsteher teilte dazu mit, daß infolge der zahlreichen Anmeldungen zur Einschulung mit einer Vermehrung der Klassen gerechnet werden müsse; Genosse Weber beantragte, die Ausgaben für den katholischen Religionsunterricht sowohl wie für die Schulparkassen zu streichen, dagegen seien den Gemeindefschulen unentgeltlich Lehr- und Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Die bürgerliche Mehrheit wollte natürlich von solchen Neuerungen nichts wissen. Eine ausgedehnte Debatte rief die Errichtung einer Schulbibliothek hervor. Die Herren Schmidt, Sauer und Direktor Bohmer erklärten sich entschieden dagegen; nachdem die Genossen Weber und Reichardt, ebenso auch der Gemeindevorsteher sich dafür erklärt hatten, wurden 3800 M. für einen Jahrmarkt bewilligt, hingegen die Summe von 750 M. für Einrichtung und Unterhaltung der Jahrmärkte abgelehnt. Genosse Reichardt bekräftigte noch einen Betrag von 1420 M. für Handfertigkeitsunterricht neu in den Etat mit einzustellen, ebenso eine Summe für Abänderung der unhygienischen Abortanlage in der 2. Gemeindefschule zu bewilligen; die bürgerliche Mehrheit lehnte dies ab mit der Motivierung, daß es vorläufig wohl noch gehen werde. Das Kapitel Fortbildungsschulen ergibt an Einnahmen 1840 M. und erfordert eine Ausgabe von 4858 M. Es wird mit 240 Schülern gerechnet; zwei Klassen sollen neugebildet werden. Für die Armenverwaltung sind an Einnahmen 45 650 M. eingestellt, die Ausgaben betragen 77 300 M. Genosse Reichardt beantragte Erhöhung der Summe und außerdem Heraushebung der Säge für die Pflegenieder. Gemeindevorsteher Schmidt ersuchte um Streichung der Entschädigung für die Armenkommissionsmitglieder, dieselben erhalten je 240 M., das ergibt eine Summe von 1200 M. Die Anträge von Reichardt sowie Schmidt wurden abgelehnt. Ein weiterer Antrag Schmidt, den Kosten von 3400 M. zur Einrichtung eines Kinderhortes zu streichen, erfuhr das gleiche Schicksal, trotzdem die Vertreter Sauer und Roach sich redlich bemühten, ihre soziale Rückständigkeit zum besten zu geben. Das Kapitel Liegenhaften weist eine Einnahme von 28 305 M. und eine Ausgabe von 11 784 M. auf. An Zinsen und Tilgung für Gemeindefschulden sind 328 065 M. erforderlich; sonstige Ausgaben 18 060 M. Die Weiterberatung wurde auf den folgenden Tag verlegt.

Karlberge-Rüdersdorf.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1913/14 wurde von der Gemeindevertretung in Einnahme und Ausgabe auf 221 300 M. festgestellt. Der vorjährige Haushaltsplan schloß in Einnahme und Ausgabe mit 151 500 M. ab. Die bedeutende Steigerung ist durch den neuen Nebetat für die Straßenbahn eingetretten. Dieser balanciert mit dem Voranschlag zufolge mit 70 000 M. in Einnahme und Ausgabe. Jetzt stellt sich aber heraus, daß die ursprüngliche Berechnung der Straßenbahn-Ausgaben um ein bedeutendes höher geworden ist als vorher angenommen worden war. An Stelle von alten Lokomotiven und Schienen mußten neue gekauft, außerdem zwei Antriebswagen mehr angeschafft werden. Zur Bestreitung der Mehrausgaben wurde die Aufnahme eines Darlehens von 110 000 M. genehmigt. Die durch den Erweiterungsbau des Amtsgerichts, der bis zum 1. Oktober n. J. vollendet sein soll, entstehenden Kosten sollen ebenfalls durch eine Anleihe gedeckt werden. Es wurde beschlossen, hierzu ein Darlehen in Höhe von 182 000 M. aufzunehmen. Als Gehälter für die Straßenbahngestellten sind, wie der Direktor, Schöffs Koeplich, auf Wunsch mittelste, folgende Stufen eingeführt: Die Rajdmistranten (Solomottiführer) werden mit 130 M. und die Schaffner mit 100 M. Monatsgehalt angestellt. Das Gehalt steigt alle drei Jahre um 10 M. monatlich bis zur Höchstgrenze von 1800 M. pro Jahr. Das Straßenbahnpersonal wird vorläufig mit dem Vorbehalt der vierwöchentlichen Kündigung angestellt. — Der Nebetat des Elektrizitätswerkes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 31 600 M. ab, der der Schule mit 34 374 M. — An Steuerzuschlägen sollen erhoben werden: 180 Proz. zur Einkommensteuer, 130 Proz. zur Betriebssteuer, 200 Proz. zur Gewerbesteuer Klasse I und II, 150 Proz. zur Gewerbesteuer Klasse III und IV, 285 Proz. zur Grund- und Gebäudesteuer. — Nach einiger Debatte wurde sodann der Anschluß an das projektierte Kreiswasserwerk beschlossen. — II. a. wurde nach dem Schöffs Koeplich über die Straßenbahn Bericht erstattet. In der Zeit vom 5. November 1912 (Eröffnung des Bahnbetriebes) bis zum 28. Februar 1913 sind insgesamt 87 608 Personen befördert worden. Vereinnahmt wurden in dieser Zeit 15 831,40 M. Seit der Einführung des Stundenvertrages (1. März 1913) hat sich die durchschnittliche Tagesfrequenz um ein bedeutendes vermehrt. Allein vom 1. bis einschließlich 3. März sind 6329 Personen mit der Bahn befördert worden.

Dabendorf bei Jossen.

Zum Steuererheber wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung der Gastwirt Georg Nömann gegen eine jährliche Ent-

schädigung von 300 M. gewählt. Zu der von unseren Genossen Lau beantragten Rechnung über den Bau des Jahrsauses in Jossen teilte der Gemeindevorsteher mit, daß die Gemeinde das zu viel gezahlte Geld bereits zurückerhalten habe. Der Antrag unserer Genossen, die Wahl eines Schriftführers vorzunehmen, wurde mit acht gegen eine Stimme abgelehnt. Vom Bau des Spritzenhauses wurde ein neuer Kostenschlag eingefordert. Der Einbauung des neuen Friedhofes, sowie der Anschaffung fehlender Schulstulien wurde zugestimmt.

Alt-Glienide.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde die Beratung des Voranschlags für das Jahr 1913 zu Ende geführt. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben betragen 348 000 M. gegen 298 000 M. im Vorjahre. Unter den Einnahmen befinden sich: direkte Steuern: a) Gemeindeeinkommensteuer (100 % der Staatssteuer) 33 600 M. (i. V. Jahre 32 000 M.); b) Gemeindegeheimsteuer (150 % M. 3 und 4, 250 % M. 1 und 2) 2050 M.; c) Gemeindegeldsteuer (3 % für bebaut, 4 1/2 % für unbebaute Grundstücke) 84 000 M. Indirekte Steuern: a) Lustbarkeits- und Hundesteuer 1600 M.; b) Anfahr- und Wertzuwachssteuer 17 000 M.; c) Biersteuer 2000 M. Für den Schulhausneubau soll ein Darlehen von 150 000 M. aufgenommen werden. — Die Ausgaben sind unter anderem folgende: Gesamtkosten der Volksschule 71 700 M., Gemeindeverwaltung 36 229 M., Kreissteuern 18 335 M., Bekleidung 6200 M., Vergütung und Tilgung der Gemeindefschulden 24 155 M., Armenpflege 10 000 M., Feuerlöschwesen 8085 M., Zuschuß für die Straßenbahn nach dem Bahnhof 1000 M. Zu bemerken ist, daß bei allen Positionen größte Sparmaßstäbe geübt sind, um den Etat ohne Erhöhung der Steuerzuschläge zu balancieren. Wichtige von allen Seiten als dringlich anerkannte Forderungen, wie Errichtung einer Schulbibliothek, einer Mädchenhaushaltungsschule u. a. m., mußten wegen Geldmangel zurückgestellt werden. Trotzdem bewilligte die bürgerliche Mehrheit einhellig gegen die Stimmen unserer Genossen 50 M. als Beihilfe für eine von den hiesigen Kriegervereinen, dem bürgerlichen Gesangs- und dem Deutschen Turnverein veranstaltete Hundertjahrfeier. — Bezüglich Uebernahme und Bau der elektrischen Straßenbahn durch die Stadt Köpenick wurde beschlossen, weiter zu verhandeln, speziell den Begriff von „Konkurrenzlinien“ festzusetzen. — Die Befestigung des Schulendorfer Weges wird der Firma Düre u. Henning für den Preis von 1520 M. übertragen. Die Auflösung des Gasversorgungverbandes soll beantragt werden, da die Gemeinden bereits von Berlin mit Gas versorgt werden. Der Gemeindevorsteher gab bekannt, daß der 8-Uhr-Ladenschluß für den hiesigen Gemeindebezirk angeordnet und daß die Gemeinden Alt-Glienide, Grünau und Röhndorf zu einem politischen Nachbarortsbereich vereinigt sind, für das nun die Ortstage gilt. Bisher bestand der unzulässige Zustand, daß Sendungen von einem Ortsteil zum andern nach der Fernkarte frankiert sein mußten. Wir hatten vor einiger Zeit schon auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht und auf den jetzt eingeklagten Weg hingewiesen. Auf eine Anfrage des Genossen Rüge betreffend die Ansiedelung der gemeinnützigen Baugenossenschaft Gartenstadt Groß-Berlin teilte der Gemeindevorsteher mit, daß zahlreiche Einsprüche gegen die Ansiedelungsgenehmigung erhoben und auch nicht zurückgezogen sind, trotzdem sich die Gemeindevertretung für die Förderung der Bestrebungen ausgesprochen hat. Von der Vertretung selbst wurde den betreffenden Herren, die Mitglieder der Grundbesitzervereine sind und nur die Interessen der Gemeinde wahrzunehmen angeben, schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Daß die Einsprüche aussichtslos sind, ist als sicher anzunehmen, die Genossenschaft und somit auch die Gemeindevertreter sollen damit nur schikaniert und die Bautätigkeit hinten an gehalten werden.

Raußdorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte u. a. darüber zu beschließen, in welcher Höhe die Lehrer für geleistete Ueberstunden zu entschädigen sind. Ein Antrag der Schulkommission schlägt vor, 1,75 M. hierfür zu bewilligen. Unser Vertreter plädierte für Verminderung von Ueberstunden, da hierdurch die Lehrer überlastet würden und nicht nur sie, sondern auch die Schulkinder darunter zu leiden hätten. Er beantragte, statt dessen eine neue Lehrkraft, die bereits für Michaelsfest notwendig, aber schon für das ganze Jahr in den Etat gestellt sei, bereits jetzt anzustellen. Die Vertretung beschloß, bis 1. Juli Ueberstunden stattfinden zu lassen; es soll jedoch eine neue Lehrkraft angestellt werden, wenn der Ostertermin eine weitere Erhöhung der Klassenfrequenz bringt.

In einem Brief des Leiters der hiesigen Jugendpflege beklagt sich derselbe, daß sich die Gemeindevertretung in der Bewilligung der Kosten für die Ausbattung der Jugendheimräume so hartbzig zeige. Der Herr (Lehrer) führte an, daß ihm eine „staatliche Beihilfe“ von 75 M. überwiesen sei mit der Bestimmung, diese Summe zur Ausschmückung des Jugendheims zu verwenden. Es wurden darauf von der Gemeindevertretung 300 M. bewilligt.

Unter „Verschiebes“ wurde ein Schreiben des Gemeindekirchenrats verlesen, das die Gemeindevertretung zur Teilnahme an einem Festgottesdienst auffordert. Wohlwollend hat man dazu Sonntag, den 9. März, gewährt. Auch vom Landrat war ein Schreiben eingelaufen, den Gedenktag würdig zu begehen. Auf wiederholte Aufforderung des Gemeindevorstehers, sich hierzu zu äußern, verbarste die Gemeindevertretung in Schweigen. Ein Vertreter meinte, daß von einer Feier wohl Abstand genommen werden könne, da aus große Beteiligung nicht zu rechnen und die Zeit für Auslegung einer Subskriptionsliste zu kurz sei.

In geheimer Sitzung wurde über an die Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Spanndienste verhandelt.

Trebbin (Kreis Zeltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Für den Neubau des Forsthauses wurde zunächst der Ankauf von hundertdreißigtausend Pflastersteinen beschlossen. Die Preise der Steine betragen je zur Hälfte 25,50 M. und 23,50 M. das Tausend. Auf Einladung des Gemeindefkirchenrates zur Teilnahme an der kirchlichen Feier am 10. März aus Anlaß der Erhebung Preußens vor 100 Jahren beantragte der Magistrat die Erbringung eines Festzuges mit Musik nach der Kirche und von dort zum Kurpark, an den sich die Schule sowie Vereine anschließen sollen. Für den Abendkommers wurde eine Beihilfe von 100 M. gefordert. Genosse Richter wandte sich mit guten Gründen gegen die Bewilligung von Mitteln. Der Antrag des Magistrats wurde mit 13 Stimmen angenommen. Der Hauptauschuß von Heimatsfest ersuchte um Bewilligung einer Beihilfe von 150 M. zur Deckung des entstandenen Defizits. Der Magistrat bekräftigte die Bewilligung von 100 M. Genosse Richter wendete sich entschieden dagegen. Insbesondere hob Redner die befremdliche Haltung des Hauptauschusses gegen Geschäftsleute und Arbeiter hervor. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hätten allerdings für jeden Radfahrer- und Schützenrummel Geld übrig, wenn aber die Bewilligung des mittelalterliche Zustände gemahnenden Bürgerrechtsgeldes gefordert werde, heiße es: den Einnahmeausfall könne man nicht missen. Es scheint eine Schützen- und Wetternwirtschaft zu herrschen, zum Nachteil der Stadt. Diese Klagen wurden dem Vorsteher in Form, so daß er unseren Redner vorworf, daß durch solche Ausführungen die Stadtverordnetenversammlung zu einem Ständeparlament herabgewürdigt werde. Die Beihilfe wurde abgelehnt.

Klein-Schönebeck—Fichtenau.

Zu dem projektierten Kreiswasserwerk nahm die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung Stellung. Nach längerer Verhandlung wurde der Anschluß an das Kreiswasserwerk auf der Grundlage beschlossen, daß der Kreis das gefamte Rohrnetz legt und das Wasser selbst an die Verbrauchorte vorerst zum Preise von 30 Pf. für den Kubikmeter (für öffentliche Zwecke 15 Pf. pro Kubikmeter, für Löschzwecke kostenfrei) abgibt, das Mindestquantum erniedrigt und jährlich berechnet und bezüglich der Amortisation eine Verringerung des Vertragsentwurfs vornimmt. Genosse Tobias ging im Anschluß daran nochmals auf die Entwässerungsfrage ein und kritisierte besonders, daß die Polizeibehörde, die sich sonst um alles mögliche

bestimmere, trotz mehrfacher Anzeigen nichts unternahme, um die Verleumdung des Brunnenwassers durch die Eidergruben (ein Zustand, den auch der Gemeindevorsteher als „Schmeierei“ bezeichnen mußte) zu verhindern. Der Gemeindevorsteher sagte zu, wegen der Entwässerung ein jahreslängliches Gutachten eingeholen. Die Kellame am Bahnhof Röhndorf führte zu einer längeren Debatte. Da der Bahnhof durch den Bau der Berliner Straßenbahn jetzt der Brennpunkt von vier Gemeinden geworden ist, von denen drei auf der nördlichen Seite liegen, will eine jede durch möglichst wirksamste Kellame „anziehen“ wirken. Das ist natürlich um so schwerer, als schon jetzt so viele Kaseln vorhanden sind, daß bald der Wald verdedt ist. Es soll deshalb der Gartenbaudirektor Lefter zu einem Entwurf aufgefordert werden. Vertagt wurde ein Antrag, den Namen der Gemeinde abzuändern.

Zeuthen.

Mit dem Voranschlag des Etats beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 82 100 M. Unter den Einnahmen befinden sich u. a. Gemeindesteuern mit 65 410 M. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer beträgt wie im Vorjahre 100 Prozent. Von den Ausgaben verzeichnen wir folgende Hauptposten: Gemeindeverwaltung 12 401,80 M., Volksschule 16 718,28 M., Vergütung und Tilgung der Gemeindefschulden 14 193,49 M., Kreissteuern 13 512,31 M. und außerordentliche Ausgaben 9600 M. Wie im Vorjahre ist für das Sommerhalbjahr für Schulfinder eine Freistellstelle unter Aufsicht der Lehrer bewilligt worden. Gleichfalls bewilligt wurde auf Antrag unserer Genossen ein Schularzt. Vom Gemeindevorsteher wurde die Vergrößerung des Gaswerkes angeregt. Die vorgelegten Entwürfe, sowie das hierfür erforderliche Darlehen von 75 000 M. wurden angenommen, jedoch zur nochmaligen Prüfung einer Kommission überwiesen. Ein von den bürgerlichen Vertretern gestellter Antrag, eine Spende von 100 M. für die Feier zur Erhebung Preußens zu bewilligen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Röhndorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung stand die Beschlußfassung über den mit dem Kreise wegen Wassererziehung abzuschließenden Vertrag auf der Tagesordnung. Nachdem eine Anzahl wesentlicher Abänderungen vorgenommen, wurde beschlossen, den verbesserten Vertrag dem Kreise nunmehr vorzulegen. Zum Schluß kam die patriotische Begeisterung der Vertretung wieder zu ihrem Recht. Die Hundertjahrfeier wird auch die Gemeindevertretung in die Kirche und zu den festlichen Veranstaltungen patriotischer Vereine führen. Ob diesmal wieder das „Voll“ von den Honorationen abgefordert wird, kam nicht zum Durchblick, wäre aber nicht unüblich zur Kennzeichnung des patriotischen Spaltfels, der auch bei höchster Begeisterung nicht die Grenze zwischen Spitzheim- und Gummernajonatpatrioten verweicht.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Mordversuchs

Samstags vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung. Angeklagt war der frühere Landwirt und Schlächter Wilhelm Kuzendorf aus Malchow, der beschuldigt wurde, am 9. Januar d. J. versucht zu haben, seine Geliebte dadurch zu töten, daß er sie hinterrißte in eine mit Wasser gefüllte tiefe Longruhe stieß. — Der Angeklagte unterhielt längere Zeit mit der in Malchow bediensteten Heimarbeiterin Anna Heimann ein Liebesverhältnis. Als diese ihn eines Tages vor die Alternativen stellte, sie entweder schließliche zu heiraten, oder aber sich bereit zu erklären für das zu erwartende Kind zu sorgen, erklärte ihr der Angeklagte, sie solle sich „einem Dummeren“ suchen. Wie die Anklage behauptet, soll nur in den Angeklagten der Plan gereift sein, sich der zu entledigen und zwar auf eine Weise, die den Anschein habe, als habe sie Selbstmord verübt. Er bestellte die S. am Abend des 9. Januar d. J. zu einem Abendessen, bei dem er es schon ängstlich vermeiden haben soll, von anderen Leuten gesehen zu werden. Unter der Vorpiegelung, nachsehen zu wollen, ob sich in einem von ihm angestellten Hängeisen ein Fuchsfangen habe, lockte er das Mädchen in die Nähe einer vollgelaufenen tiefen Longruhe. Hier packte er die S., wie diese behauptet, plötzlich von hinten an den Armen und stieß sie in das Wasser hinein. Das Mädchen ging mehrmals unter, kam jedoch schließlich zufällig an eine Stelle, an der es Grund unter den Füßen spürte, so daß sie sich retten konnte.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte seine Tat und behauptete, er habe die S. umarmen wollen und vor Schred sei das Mädchen abgeglitten und ins Wasser gestürzt.

Die Geschworenen sprachen den unmenschlichen Angeklagten des versuchten Mordversuchs schuldig. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust.

Die Wurstküche des Obermeisters.

Vor der Strafkammer in Rordhausen hatte sich dieser Tage der frühere Obermeister der Fleischeinnung zu Jitzel, Wilhelm Eßefe, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. In der Verhandlung erklärten drei Lehrlinge des lauberen Obermeisters unter Eid, daß ihr Lehrling Eßefe, die vom Kreisgericht verworfen waren, wieder zu Wurst verarbeitet hatte. Eine Wurst, die schon auf dem Rist gelegen hatte, wurde in Rohwurst verarbeitet, eine andere, die beamtet und schon im Kot des Schlachthauses lag, fand für den gleichen Zweck Verwendung. Verborene Därme wurden zu Sämmer- und Brauwurst verwendet. Der Meister, der im Orte ein ausgehendes Laden- und Versandgeschäft besitzt, hat auch von dem Fleisch, das zur Zubereitung von Wurst auf dem Rist lag, gekauft und dann wieder auf den Rist geschickt. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Ordnungstübe 6 Monate Gefängnis. Der Angeklagte fand aber milde Richter. Sie erklärten auf nur 200 M. Geldstrafe. Zur Begründung wurde gesagt, der Angeklagte sei in Ehren grau geworden, deshalb sei von einer Gefängnisstrafe abgesehen.

Von demselben Landgericht wurden vor einiger Zeit einige Arbeiter, die einen Arbeitskollegen zum Beitritt in den Bauarbeiterverband veranlassen wollten, wegen Erpressung zu längerem Gefängnisstrafen verurteilt.

Ende eines Dauerprozesses.

In dem großen Prozeß gegen die schwindelhaften Geldvermittler Jacobs und Genossen, der seit dem 10. Februar, also seit beinahe vier Wochen die erste Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Felkstamms beschäftigt, ist gestern die Beweisaufnahme endlich geschlossen worden.

Der Prozeß beleuchtete groß das Treiben gewisser Geldvermittler, die durch höchst verführerische Zeitungsinserate versuchten, zahlreiche Darlehnsucher in ihr Garn zu locken und sie unter falschen Vorpiegelungen auszulindern. Es war ein seltenes Mißgeschick, daß die Verhandlung gegen die beiden Hauptbeschuldigten nicht geführt werden konnte. Der Inhaber eines Geldvermittlungs- und Verkaufsbüreaus Fritz Jacobs (hier gleich am ersten Verhandlungstage aus, weil Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit vorhanden waren und die ärztlichen Sachverständigen ihn für nicht verhandlungsfähig erklärten. Sein hauptsächlichster Helfershelfer, der Kaufmann Hans Dabe, ist zurzeit unauffindbar. Auf der Anklagebank saßen deshalb nur fünf Personen; die Ehefrau des Angeklagten Jacobs, der Kaufmann Leopold Pöner, der Zeichner Karl Jöngler, der Kaufmann Hermann Balz und der Kaufmann Hellmuth Schreiber unter der Anklage des Betruges in zahlreichen Fällen, bezw. der Beihilfe und Begünstigung. Es handelt sich um Hypotheken- und Darlehnsvermittlungen seitens des Jacobs und des Dabe, die auf schwindelhafter Basis beruhten und sich darauf bezogen, den vielen Hunderten von Landwirten, Offizieren, Hausbesitzern, aber auch Studenten und anderen minderebenen Personen sowie Kaufleuten, Bankweckern usw., die sich als Darlehnsucher an Jacobs

oder Dube wandern, die Darlehne nicht zu geben, sondern die ge-
forderte Auskunftsgebühr in die Tasche zu stecken. Es waren in
dem Prozeß mehrere hundert Zeugen zu vernehmen. Jacobs war
früher Malergeselle, vertauschte aber diesen Beruf eines Tages mit
der Tätigkeit eines Geldvermittlers. Er betrieb feinerzeit in Neu-
kölln in der Bersehtstraße ein Hypothekenvermittlungsgeschäft, welches
er später nach der Reichenberger Straße verlegte. Dube, mit dem
Jacobs Hand in Hand arbeitete, betrieb gleichfalls ein solches Dar-
lehnsvermittlungsgeschäft. Für beide war Posner als Auskunfts-
bureau tätig. Er mußte die schlechten Auskünfte über die Per-
sönlichkeiten der Darlehnsnehmer erteilen, auf Grund deren die
Verbindungen mit diesen abgebrochen wurden, nachdem sie die Aus-
kunftsgebühr und sonstigen Spesen entrichtet hatten. Auch die

übrigen Angeklagten wirkten in verschiedenster Form bei diesen Ge-
schäften mit. Jacobs hatte außerdem in der Besselstraße das
„Finanzgeschäft Cito“ aufgemacht. Als Posner eine Strafe von
4 Monaten abzubüßen hatte, übernahm Dube dieses „Finanzgeschäft
Cito“ und Jacobs eröffnete nun ein Auskunfts-bureau und erteilte
nun seinerseits während der unzeitweiligen Abwesenheit des Posner
die Auskünfte.
Auf Grund der wochenlangen Beweiserhebung hielt Staats-
anwalt Gutjahr die Angeklagten sämtlich für überführt. Er führte
u. a. in seinem Plädoyer aus: Das ganze Gewerbe der Darlehns-
vermittlung, die in Zeitungsinserten fort und fort ihre Dienste an-
bieten, ist im letzten Jahrzehnt durch die massenhaft anzutreffenden
Darlehnschwindler stark in Verruf gekommen. Diese Verhandlung

hat ein Kapitel aus der Geschichte solcher Schwindelgeschäfte auf-
gerollt. Jacobs und Frau haben Hunderte von Personen dadurch
geschädigt, daß sie ihnen vorpicgellen, reell Darlehen zu vermitteln,
während es ihnen nur darauf ankam, die Gebühren und Spesen zu
schleudern. Sie haben vorgeschwindelt, daß potentielle Geldmänner
hinter ihren Händen, sie haben aber tatsächlich keinen Pfennig hinter
sich gehabt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Frau Jacobs und
Posner je zwei Jahre, gegen Jacoler 1 Jahr, gegen Holz 4 Monate
und gegen Schmidt 2 Monate Gefängnis.
Das Gericht verurteilte Frau Jacobs und Posner zu je 1 Jahr,
Jacoler zu 9 Monaten, Holz zu 4 Monaten, Schmidt zu 2 Monaten
Gefängnis. Jacoler und Holz wurde je 1 Monat Untersuchung-
haft angerechnet.

In Freien Stunden

Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Nur Original
Schultheiß Märzenbier, 36 Fl. 8⁰⁰
Schultheiß Versandbier, 30 Fl. 8⁰⁰
Patzenhofer-Bier, hell, 36 Fl. 8⁰⁰
Patzenhofer-Bier, dunk., 30 Fl. 8⁰⁰
Champagner-Weiß-Bier, 36 Fl. 8⁰⁰
Liefert ohne Versand Stmk. Stmk. 5019.
Paul Schätzel, Yorckstr. 71.

Zöpfe und Perücken
Gegr. 1898
Haargeschäft
Neukölln, Erkstr. 3

Schleuder-Dähne

Zigarren-Zigaretten-Engros
Private erhalten Engrospreise!
Berlin S., Kottbuserdamm 23.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).
Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben von
Max Grünwald
Heft 4 u. 5:
Geschichte der sozialdemo-
kratischen Parteiorganisation
in Deutschland.
von 247/6
Wilhelm Schröder.
Preis 75 Pl.
Heft 6:
Schüler und die Arbeiter
von
Konrad Haenisch.
Preis 40 Pl.

Zahnpraxis B. Wieser,
Wilmsdorfer Str. 60-61, Nähe Kantstraße.
Sprechstunden 8-1, 3-7, Sonntags 9-1 Uhr. Nach vorheriger
Anmeldung auch abends von 7-9 Uhr. Telefon: Wilhelm 89.
Kostenloses Zahnziehen.
Zahnersatz ohne Gaumenplatte, Plomben, Stiftdähne, Goldkronen.
Reparaturen sofort. Mäßige Preise.
Kulante Zahlungsbedingungen.

H. & P. Uder, Berlin S.O. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Möbel Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchen-Einrich-
tungen, sowie jedes Stück ein-
zeln zu den billigsten Preisen
in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt
Wilh. Sambrecht,
Berlin S.W., Simsonstr. 19.
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.



Der Weg,
sich gut und
billig zu
kleiden.

Wie und wo kleide ich mich ist eine Frage,
die oft gestellt wird. Wer darüber im Zweifel
ist, dem wird folgendes ein Fingerzeig sein.
Ausschaltung des Zwischenhandels beim Ein-
kauf fast der ges. Rohstoffe und Herstellung
im eigenen Betriebe verschaffen meinem Ge-
schäft vielen anderen gegenüber eine
grosse Ueberlegenheit. Die überaus zahlreichen
Anerkennungen aus meinem Kundenkreise be-
weisen die Güte u. den billigen Preis meiner Waren.

Ulster und Paletots

gem. Cheviotstoffe, Cover-coat und Marengo
in halbloser Form und hinten mit Schlitz
ist die Frühjahrsmode.

65	55	50	44	39
32	27	22	18	M.

Gottlieb Weiß

Ecke Stubenrauchstr. **Schöneberg** Hauptstrasse 161.
Man lasse sich nicht durch sogenannte Lockanzeigen irreführen

Emil Preuß

58 Turmstr. 58
Elegante Herren-Moden 1913

empfehle nach Maß
Herren-Rock und Sakko-Anzüge
1 und 2 reihig
48⁰⁰ 52⁰⁰ 56⁰⁰ 60⁰⁰ 64⁰⁰ - 78⁰⁰
Herren-Ulster und -Paletots
1 und 2 reihig
45⁰⁰ 48⁰⁰ 51⁰⁰ 54⁰⁰ 57⁰⁰ 60 - 75⁰⁰

Für beste Verarbeitung und
vorzüglichen Sitz bürgt der
gute Ruf meiner Firma.

Hervorragende Auswahl in
Deutsche und englische
Fabrikate,
in d. neuesten Mustern.

Werkstätte mit fest engagiertem
Zuschneider im Hause.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft
Berlin und Umgegend.



Nur
eigene
Konfektion

Nur
eigene
Konfektion

Einsegnungs-Anzüge
aus schwarzen Stoffen, ein- und zweireihig verarbeitet
14.-, 16.-, 19.-, 21.-, 24.-, 27.-
**Dunkelblaue Cheviot-
und Kammgarn-Anzüge**
in den neuesten Formen
15.-, 18.-, 21.-, 24.-, 27.-, 29.-
32.-, 36.-, 40.-, 42.-, 45.-, 50.-
Anfertigung nach Mass innerhalb 24 Stunden.

N. SCHULMEISTER
BERLIN S.O.
Kottbuser Tor

Warenhaus

LACHMANN & SCHOLZ

Turmstr. 76

Bis 15. März geben wir

Ottost. 1.

Doppelte Rabatt-Marken

Billiger Lebensmittel-Verkauf

Alle Läger sind bestens sortiert!

4 Pack Strelchhölzer 90 Pf.



Max Flatauer

Berlin S., Prinzenstr. 90
zwischen Moritzplatz und Ritterstraße
(früher 23 Jahre Oranienstr. 152).

Sämtliche Neuheiten der Saison
sind in reichhaltiger Auswahl am Lager.

**Anzüge, Paletots,
Ulster.**

Einsegnungs - Anzüge

in riesiger Auswahl
von M. 15,00 bis 36,00.

Anfertigung nach Maß.

MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten. Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem niedriger als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. Diskrete Lieferung, keine Einkassierer. Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel, kulantem Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen und durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage,
dicht an der Potsdamer Straße.

Mitglied des Vereins Berliner Möbel-Industrieller

Sonntags geöffnet

Wilhelm Hermann Lesser

Schöneberg, Kolonnen-, Ecke Sedanstrasse



Der Neubau ist eröffnet!

Eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges!

Neu
aufgenommen:

Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Putz

Kleiderstoffe

Leihhaus Apollo

neben
Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Sonntags geöffnet.

Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neudamm. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Eigene große Betriebswerkstätten

Tausende

von Herren können Geld sparen

wenn sie ihren Bedarf an Bekleidungsstücken in unserem **Spezialhaus für elegante Herren- und Knaben-Moden** decken. Durch unsere geringen Spesen und vorteilhafte Einkäufe sind wir imstande, allerbeste Fabrikate zu aussergewöhnlich billigen, aber streng festen Preisen zum Verkauf zu bringen.

Orig.-Inserat Unsere Grundsätze: Nachdr. verb.

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausprobierte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78

Spezialhaus
eleganter Herren- und Knaben-
Bekleidung fertig und nach Maß
Bekleidung für sämtliche Berufe

Eigene große Betriebswerkstätten

Sonntags sind unsere Geschäftsräume von 12 bis 2 Uhr geöffnet

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten

Braulteute Möbelkaufhaus M. Goldstaub

welche sich ein freundliches Heim gründen wollen, und Vermieter, die ihre Zimmer gut zu vermieten beabsichtigen, aber nicht in der Lage sind, gleich zahlen zu können, werden nirgends vorteilhafter, günstiger u. reeller kaufen wie im

Ecke Gneisenastr. 38 Zossener Str. 38 Parterre u. I. Etage.
An jedem Stück ist der Preis deutlich vermerkt. Uebervorteilung daher gänzl. ausgeschlossen.
Langjährige Garantie für Haltbarkeit der Möbel. — Bei Krankheit und Arbeitslosigkeit größte Rücksicht.
Auch Sonntags geöffnet.

Kaufen Sie von Kavallieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.